

Territoriale Ausgangslage und Perspektiven der Europäischen Union

**Stärkung der territorialen Kohäsion in Europa
unter Berücksichtigung der Lissabon- und Göteborg-Strategien**

**Auf der Grundlage des auf dem Informellen Ministertreffen
im Mai 2005 in Luxemburg diskutierten
Rahmendokuments**

**Ein Hintergrunddokument
für die Territoriale Agenda der Europäischen Union**



Vorwort

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und eine soziale und ökologische Entwicklung sind die zentralen Ziele der Europäischen Union. Die Voraussetzungen innerhalb der EU sind dabei nicht überall gleich. Europas Regionen und Städte stehen vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen, die unser Leben in entscheidendem Maße mitbestimmen. So beeinflusst der Klimawandel unser Arbeiten und Wohnen, verändern demographischer Wandel und Migration die gesellschaftlichen Strukturen und beeinträchtigen unausgewogene Raumstrukturen die nachhaltige Entwicklung unseres Lebensumfeldes.

Bei der Lösung der vielschichtigen Probleme ist Raumentwicklung ein wesentlicher Faktor. Deshalb haben sich die zuständigen Ministerinnen und Minister anlässlich ihrer Informellen Treffen in Rotterdam (2004) und in Luxemburg (2005) darauf verständigt, das EU-Territorium zu analysieren, auf der Grundlage von territorialen Prioritäten Perspektiven für die räumliche Entwicklung der EU zu formulieren und politisch zu diskutieren. Dabei geht es im Kern um eine Erweiterung der Lissabon-Strategie um die territoriale Dimension, damit regionale Besonderheiten zukünftig politisch besser berücksichtigt werden können.

Ich möchte hiermit den Bericht „Territoriale Ausgangslage und Perspektiven der EU“ vorlegen, der diese Analyse beinhaltet und der die Grundlage für die Territoriale Agenda der EU bilden wird. Der von Experten aus den Mitgliedstaaten verfasste Bericht basiert in erster Linie auf den Erkenntnissen des Netzwerkes europäischer raumwissenschaftlicher Einrichtungen (ESPON) und modellhaften Projektbeispielen der transeuropäischen Zusammenarbeit (INTERREG).

Die Experten kommen zu dem Schluss, dass die Umsetzung eines stärker räumlich ausgeprägten Entwicklungsansatzes für unsere Regionen und Städte nur dann erfolgreich sein wird, wenn raumwirksame Aspekte in die Gestaltung und Anwendung nationaler wie europäischer Fach- und Wirtschaftspolitik einfließen. Insbesondere der Politik auf EU-Ebene wird bislang eine deutliche Inkohärenz in Bezug auf ihre territorialen Wirkungen attestiert. Die größten direkten und indirekten Auswirkungen auf die territoriale Entwicklung verursacht demnach die EU-Kohäsionspolitik durch ihre anteilige Finanzierung und Unterstützung der Regionalentwicklung. Sie wird noch zu sehr nach standardisierten Verfahren und ohne Berücksichtigung regionaler Besonderheiten umgesetzt. Von anderen Bereichen, zum Beispiel der gemeinsamen Agrarpolitik, der EU-Verkehrspolitik oder auch von Umweltschutz, Innovation und Energie gehen ebenfalls territoriale Wirkungen aus, ohne dabei die regionalen Gegebenheiten angemessen widerzuspiegeln und aufeinander abgestimmt zu sein.

Da für den territorialen Zusammenhalt bislang keine gemeinschaftliche Rechtsgrundlage besteht, skizziert der Bericht einen konkreten und auf die Integration der territorialen Dimension in nationale und EU-Politik ausgerichteten Fahrplan für die künftige Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Europäischen Institutionen.

Die Umsetzung der Territorialen Agenda soll zu einer zielgenaueren Politik für nachhaltiges Wachstum und für mehr Beschäftigung in Europa führen. Der vorgelegte Bericht leistet in unserer begonnenen Diskussion dazu einen herausragenden Beitrag.

Wolfgang Tiefensee

Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Inhaltsverzeichnis	Seite
Teil A – Definition der Rahmenbedingungen	5
1. Territorialer Zusammenhalt und der Mehrwert territorialer Entwicklungspolitik <i>Gründe für einen territorialen Entwicklungsansatz</i>	5
1.1 Die territoriale Dimension der Lissabon-Strategie	6
1.2 Territorialer Zusammenhalt unter Berücksichtigung der Lissabon und Göteborg-Strategien	7
1.3 Die EU und nachhaltige Stadtentwicklungspolitik	8
1.4 Governance-Philosophie	8
1.5 Verantwortlichkeiten	9
1.6 Instrumente	10
Teil B – Bewertung der Ausgangslage	15
2. Territoriale Vielfalt als Potenzial für die Europäische Union im Zeichen von Lissabon <i>Was heißt territoriale Vielfalt?</i>	15
2.1 Allgemeine Perspektive	15
2.2 Wachstum und Innovation	19
2.3 Verkehr und Energie	29
2.4 Risikomanagement und Beziehungen zum Klimawandel	35
2.5 Umwelt, Natur und Kultur	39
2.6 Territoriale Struktur und Herausforderungen	43
3. Die Auswirkungen von EU-Politiken auf die Raumentwicklung <i>Gründe für die Behandlung von EU-Politiken</i>	51
3.1 EU-Politiken und ihre Auswirkungen	51
3.2 Berücksichtigung der Raumwirksamkeit der EU-Politiken	55
3.3 Fazit	60
Teil C – Entwicklung von Zukunftsperspektiven	61
4. Mögliche Prioritäten zur Stärkung der europäischen Raumstruktur <i>Wege zu einem wettbewerbsfähigen Europa regionaler Vielfalt</i>	61
4.1 Förderung einer stadtreionalen Entwicklung von Metropolregionen, Städten und anderen städtischen Gebieten in einem polyzentrischen räumlichen Muster	62
4.2 Stärkung von Stadt-Land-Partnerschaften und Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge für eine ausgewogene räumliche Entwicklung	64
4.3 Förderung (trans)nationaler wettbewerbsfähiger und innovativer Cluster	66
4.4 Stärkung der transeuropäischen Verkehrs-, Informations- und Kommunikations- (IKT) und Energienetze: Verbindung von Knotenpunkten in der Union und Verbesserung der Anbindung an sekundäre Netze	67
4.5 Förderung eines transeuropäischen Managements technologischer und natürlicher Risiken einschließlich einer integrierten Entwicklung von Küstenzonen, Meeres-, Fluss- und Berggebieten	71
4.6 Stärkung der transeuropäischen ökologischen Strukturen und kulturellen Ressourcen	74
5. Mögliche Prioritäten zur Sicherung kohärenter raumwirksamer EU-Politiken <i>Wege zu kohärenten raumwirksamen EU-Politiken</i>	76
5.1 Integration der territorialen Dimension in den politischen Entscheidungsprozess der EU	76
5.2 Nationale und regionale Raumentwicklungsstrategien zur Verbesserung territorialer Governance in der EU	81
Teil D – Kurzfassung	83
Anhang – Zusätzliche Fallbeispiele (Best Practices) der territorialen Zusammenarbeit	85

“(…) auf lokaler, regionaler, nationaler und kontinentaler Ebene zu kooperieren und sicherzustellen, dass die zukünftige Raumentwicklung Europas mit dem europäischen Traum von Inklusivität, Diversität, Nachhaltigkeit, Lebensqualität, allgemeinen Menschenrechten, den Rechten der Natur und dem Frieden unter den Menschen kompatibel ist.”

(Jeremy Rifkin, The European Dream, New York 2004)

Teil A – Definition der Rahmenbedingungen

1. Territoriale Kohäsion und der Mehrwert territorialer Entwicklungspolitiken

Gründe für einen territorialen Entwicklungsansatz

(1) *"Das territoriale Kapital einer Region unterscheidet sie von anderen Regionen und wird bestimmt durch eine Reihe von Faktoren (zu denen) ... die geographische Lage, Größe, Produktionsmittelfaktoren, Klima, Traditionen, natürliche Ressourcen, Lebensqualität oder Agglomerationsvorteile von Städten gehören können. ... Weitere mögliche Faktoren sind "verborgene Interdependenzen" wie gemeinsames Verständnis, Bräuche und informelle Regeln mit Hilfe derer wirtschaftliche Akteure unter unsicheren Bedingungen zusammenarbeiten können, oder Solidarität, gegenseitige Unterstützung und Austausch von Ideen, die sich in kleinen und mittleren Unternehmen der gleichen Branche oft entwickeln (soziales Kapital). Schließlich ist noch ein nicht greifbarer Faktor zu nennen, "etwas, das in der Luft liegt", das "Umfeld" als Resultat einer Kombination von Institutionen, Regeln, Verfahrensweisen, Produzenten, Forschern und politischen Entscheidungsträgern, welches Kreativität und Innovationen ermöglicht. Aufgrund dieses "territorialen Kapitals" erzielen bestimmte Arten von Investitionen eine höhere Rendite als andere, da sie besser zu der Region passen und ihre Vorzüge und ihr Potenzial effektiver nutzen ..."* (Territorial Economy, OECD Territorial Outlook 2001).

(2) Hinzu kommt, dass sowohl die regionale Dimensionen in europäischen Makroregionen – wie beispielsweise Nord-, Mittel- und Osteuropa, Alpen-, Mittelmeer- oder Atlantischer Raum – als auch in Mikroregionen – wie beispielsweise zahlreiche grenzüberschreitende Räume – das territoriale Kapital einer Region beeinflussen. Viele Komponenten des territorialen Kapitals und der Humanressourcen (wirtschaftlich und nicht-wirtschaftlich, sozial, umweltpolitisch und kulturell, und der „genius loci“), einschließlich ihrer Integration und Verbindung (sowohl grenzüberschreitend als auch transnational) mit anderen Räumen, können zu einer Steigerung der Produktivität und des Wachstums führen. Politiken zur Förderung der Raumentwicklung und der Reduzierung von Entwicklungsunterschieden – im Gegensatz zu verordneter Uniformität oder zum Verlust der Vielfalt – sollten zuallererst Gebiete dabei unterstützen ihre territorialen Entwicklungschancen zu nutzen, ihren Wettbewerbsvorteil bei gleich bleibend hoher Lebensqualität zu maximieren, und somit privatwirtschaftliche Investitionen anzuziehen. Die Förderung regionaler Innovationsstrategien und die Nutzung des territorialen Kapitals sind somit wichtige Voraussetzungen für eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des gesamten EU-Territoriums. Das gilt auch für die europäische territoriale Zusammenarbeit, insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit strukturell schwächerer und stärkerer Regionen. Politische Steuerung und Koordinierung (Governance) spielen hierbei eine wichtige Rolle, da die Förderung nachhaltigen Wachstums die Kompatibilität nationaler Raumentwicklungspolitik mit der Entwicklungspolitik der Regionen und Städte sowie der EU bedingt.

(3) Die Logik von Raumentwicklungspolitiken besteht darin, dass wirtschaftliches Wachstum teilweise auf einer räumlichen Ordnung basiert, die durch verschiedene Politiken auf allen Regierungsebenen sowie durch soziale Trends, technologische Entwicklungen und die Kräfte des Marktes definiert ist. Einige wirtschaftliche und sektorale Mainstream-Politiken haben unbeabsichtigte räumliche Auswirkungen, die die Raumentwicklung beeinträchtigen können. Auf den Raum fokussierte Politiken wirken solchen Einflüssen nicht nur entgegen, sondern was noch wichtiger ist, sie schaffen einen Mehrwert durch die Integration wirtschaftlicher, sozialer und umweltpolitischer Dimensionen sektorübergreifender Politiken. Ein wichtiges Element der Raumentwicklungspolitik ist die Zusammenarbeit verschiedener Tätigkeitsfelder, behördlicher Ebenen und Sta-

keholder, beispielsweise Partnerschaften mit der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft, die in Wachstums- und Entwicklungsprozessen eine wichtige Rolle spielen. Aus diesen Gründen sind Raumentwicklungspolitiken ein wichtiges Instrument zur Stärkung des regionalen territorialen Kapitals.

1.1 Die territoriale Dimension der Lissabon- und Göteborg-Strategie

(4) Der Begriff "territorial" wird in ganz Europa unterschiedlich interpretiert. Trotzdem besteht ein breiter Konsens über mögliche Bedeutungselemente von "territorial", einschließlich der folgenden Aspekte:

- Orte und geographischer Kontext spielen eine Rolle;
- Politiken sollten je nach territorialem Kontext differenziert werden;
- Eine thematische Integration verschiedener Fachpolitiken mit Auswirkungen auf bestimmte Orte (auf welcher Ebene auch immer) wäre wünschenswert – dies ist jedoch offensichtlich schwer zu erreichen;
- Die Einbindung von Akteuren auf subnationaler Ebene (Regionen, Kommunen) ist entscheidend für den Erfolg der Strategie und für eine Übersetzung in die "Regionalsprache der Menschen".

(5) Die Umsetzung der Lissabon-Strategie ist zentrales politisches Ziel der Union zur Schaffung "der wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt, die fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen". Der Europäische Rat von Göteborg 2001 ergänzte die nachhaltige Entwicklung als weitere Dimension. Beim Frühjahrsgipfel in Luxemburg wurde der Lissabon-Strategie neuer Schwung verliehen. Die Nachhaltigkeits-Strategie von Göteborg wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 2005 weiterentwickelt. Bei der EU Stakeholder-Konferenz 2006 in Amsterdam wurden mit Blick auf die Lissabon-Strategie drei Dimensionen der Kohäsion hervorgehoben: eine wirtschaftliche, soziale und territoriale Dimension.

(6) Obwohl dies in der Strategie nicht explizit erwähnt ist, haben sowohl die Ziele von Lissabon als auch die von Göteborg eine ausgeprägte territoriale Dimension. Die territoriale Dimension und das Konzept des räumlichen Zusammenhalts sind für die Umsetzung der Strategie von entscheidender Bedeutung, da die wichtigsten und dynamischsten Kräfte der Wirtschaftsentwicklung – trotz einer gewissen Translokalisierung – zunehmend zugleich lokalisiert und territorialspezifisch sind. Wie an anderer Stelle dargelegt wurde: *"Der Begriff des territorialen Zusammenhalts geht über den des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts hinaus, indem er ihn gleichzeitig erweitert und verstärkt. (Anpassung an die speziellen Bedürfnisse und Merkmale spezifischer geographischer Herausforderungen und Chancen). Das politische Ziel besteht darin, durch Abbau von Disparitäten, Verhindern territorialer Ungleichgewichte sowie Durchführung sektoraler Politiken mit räumlichen Auswirkungen einerseits und einer kohärenteren Regionalpolitik andererseits zu einer ausgewogeneren Entwicklung beizutragen. (In der Kohäsionspolitik spielt Geographie eine Rolle. Dies bedeutet, dass die territoriale Kohäsion in Verbindung mit der Geschichte, Kultur oder institutionellen Situation eines jeden Mitgliedstaates eine andere Bedeutung erhalten sollte.) Darüber hinaus geht es darum, die territoriale Integration zu verbessern und die Zusammenarbeit zwischen den Regionen zu fördern."* (Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt 2003 / Mitteilung der Kommission über Kohäsionspolitik zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung: Strategische Leitlinien der Gemeinschaft, 2007-2013).

(7) Der Prozess der Globalisierung ist eine wichtige Herausforderung für die europäische Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion. Eine der wichtigsten Herausforderungen in dieser Hinsicht ist die beschleunigte Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten. Zu den Faktoren, die diesem Trend zugrunde liegen, gehören niedrigere Produktionskosten sowie die schnelle Entwicklung von Spitzentechnologien und bedeutenden Märkten in Schwellenländern. Internationaler Wettbewerb beschränkt sich nicht nur auf Unternehmen – Regionen und Städte stehen ebenfalls im Wettbewerb zueinander, kooperieren aber auch um wirtschaftlich attraktiv zu sein. Wettbewerber sind in zunehmendem Maße Regionen in anderen Ländern. So spezialisieren sich Regionen und Städte aufgrund spezifischer territorialer Vorteile auf bestimmte Produktionsbereiche. Am wettbewerbsfähigsten sind diejenigen Regionen, die am effektivsten den Herausforderungen der Globalisierung begegnen. Weniger wettbewerbsfähige Regionen können dagegen unter den Folgen der Globalisierung leiden. Wachsende regionale Disparitäten sind die Folge. Soziale Ungleichgewich-

te, Wanderungsbewegungen und die Auswirkungen des Klimawandels sind ebenfalls bestimmende Einflussfaktoren. Letzteres wird insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht bedeutsam und erfordert konkrete Aktionen. Wie an anderer Stelle ausgeführt, „stellt der Klimawandel eine einzigartige Herausforderung für die Wirtschaft dar; er ist der bislang größte und weitest reichende Misserfolg des Marktes. (...) Unter Berücksichtigung aller Sichtweisen und der durch den Review zusammengetragenen Evidenz kann die Schlussfolgerung nur sein, dass frühzeitige und konzentrierte Aktionen die Kosten bei weitem aufwiegen.“ (Stern Review 2006). Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass, „die Treibhausgasemissionen zwischen 1970 und 2004 um 70 % gestiegen sind.“ (IPCC Fourth Assessment Report, Working Group III 2007)

(8) Kurz gesagt geht es bei der territorialen Dimension der Lissabon- und Göteborg-Ziele um die Stärkung des territorialen Kapitals der europäischen Städte und Regionen. In politischer Hinsicht ist die folgende Unterteilung möglich:

- Nachhaltige Nutzung des endogenen Potenzials eines Gebiets einschließlich seiner natürlichen und kulturellen Werte;
- Förderung der Integration eines Raums und seiner Anbindung an andere für seine Entwicklung wichtige Räume;
- Territoriale Governance: Förderung horizontaler und vertikaler politischer Kohärenz.

Bottom-up-Initiativen und Aktivitäten zur Stärkung von Synergien und Kohärenz zwischen verschiedenen Sektoren, wie Raumentwicklungsstrategien und -politiken, sind deshalb in der zweiten Phase der Umsetzung der Lissabon- und Göteborg-Strategien wichtige Erfolgsbedingungen.

1.2 Territorialer Zusammenhalt unter Berücksichtigung der Lissabon- und Göteborg-Strategien

(9) Der erste formale Ansatz zur Definition von „territorialem Zusammenhalt“ stammt aus dem Dritten Bericht der Kommission über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Aufbauend auf dieser Definition hat das Informelle Ministertreffen 2004 in Rotterdam erfolgreich einen weiteren Schritt unternommen, bei dem der politische Rahmen des Konzepts genauer abgesteckt wurde. Dieses Dokument stellt einen weiteren Schritt zur Abgrenzung von territorialer Kohäsion dar.

(10) Das Konzept der territorialen Kohäsion knüpft an das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK, angenommen am 10./11. Mai 1999 beim Informellen Rat der Minister in Potsdam) und die Leitlinien für eine nachhaltige räumliche Entwicklung auf dem europäischen Kontinent (CEMAT-Leitlinien, verabschiedet auf der 12. Europäischen Raumentwicklungsministerkonferenz am 7./8. September 2000 in Hannover) an. Es ergänzt das Konzept des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts durch die Übertragung des zentralen europäischen Ziels einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung auf den Raum. Im Sinne der Lissabon-Ziele liegen die Schlüsselaufgaben zur Stärkung der territorialen Kohäsion in der Aufwertung des territorialen Kapitals und Potenzials aller europäischen Regionen und der Förderung der territorialen Integration, z.B. durch Förderung transeuropäischer Synergien oder wettbewerbsfähiger und innovativer Cluster. Diese Aufgaben müssen nachhaltig angegangen werden durch Förderung öko-effizienter Investitionen sowie durch Erhaltung und Entwicklung von Natur- und Umweltwerten. In der Praxis beinhaltet das Konzept der territorialen Kohäsion die folgenden Punkte:

- Ausrichtung regionaler und nationaler Raumentwicklungspolitik auf eine bessere Nutzung des regionalen Potenzials und territorialen Kapitals – der räumlichen und kulturellen Vielfalt Europas
- Bessere Positionierung der Regionen in Europa sowohl durch Stärkung ihres Profils als auch durch transeuropäische Zusammenarbeit mit dem Ziel einer verbesserten Anbindung und territorialen Integration
- Förderung der horizontalen und vertikalen Kohärenz raumwirksamer EU-Politiken, so dass diese die nachhaltige Entwicklung auf nationaler und regionaler Ebene unterstützen

(11) Wenn also territoriale Kohäsion das politische Ziel ist, sind Raumentwicklungspolitiken die politischen Instrumente. Vor diesem Hintergrund umfasst die Herausforderung der territorialen Kohäsion mehr als die EU-Kohäsionspolitik im engeren Sinn. Sie erfordert einen integrierten und langfristigen Ansatz für den Prozess zur Nutzung des räumlichen Potenzials der EU, welcher auf und zwischen allen politischen Ebenen (regional, national, grenzüberschreitend, transnational und EU) und sektorübergreifend (Landwirtschaft, Verkehr, Umwelt, regionale Wirtschaftsentwicklung, Wettbewerb, etc.) stattfinden muss.

(12) Die im EUREK beschriebene Zielsetzung einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung (vgl. EUREK 1999: die Zusammenführung der drei grundlegenden europäischen Ziele der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion, der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und des kulturellen Erbes sowie einer ausgeglichenen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Raums in einem territorialen Rahmen) ist unter Berücksichtigung der Lissabon-Ziele der entscheidende politische Maßstab um zu beurteilen, ob die Raumentwicklung der EU seit Annahme des EUREK auf dem richtigen Weg ist. In diesem Sinne werden Trends und politische Maßnahmen als Beitrag zur Stärkung der territorialen Kohäsion gewertet, wenn sie der Verbesserung der Nutzung des inhärenten regionalen Potenzials – komparativer, territorialer Vorteile – dienen. Mögliche territoriale Schlüsselindikatoren werden gegenwärtig auf Expertenebene diskutiert.

(13) Betrachtet man die EUREK-Grundsätze (vgl. EUREK 1999: Entwicklung eines ausgewogenen und polyzentrischen Städtesystems und einer neuen Stadt-Land-Partnerschaft; Sicherung eines gleichwertigen Zugangs zu Infrastruktur und Wissen; nachhaltige Entwicklung, intelligentes Management und Schutz des natürlichen und kulturellen Erbes) im Kontext der Lissabon-Ziele, so lassen sich die folgenden drei strategischen Ziele zur Stärkung des territorialen Zusammenhalts ableiten:

- Die Stärke und Vielfalt / Identität städtischer Zentren / Netzwerke als Motoren der Raumentwicklung in Europa verbessern;
- Die Erreichbarkeit und räumliche Integration in der EU verbessern;
- Die Qualität von Europas Natur- und Kulturwerten erhalten und entwickeln sowie nachhaltige Stadt-Land-Verbindungen aufbauen.

Eine besondere Herausforderung liegt in der Stärkung des territorialen Kapitals von Räumen mit aus EU-Sicht schwachen Wirtschaftsstrukturen oder physischen oder geographischen Nachteilen, unter Berücksichtigung ihrer Wechselbeziehungen zu potenziell starken Gebieten in der Union. Im Allgemeinen ist bei einem strategischen Ansatz der strategische Prozess oft von größerer Bedeutung als die Strategiedokumente - aber letztere sind notwendige Nebenprodukte für die Kommunikation.

1.3 Die EU und nachhaltige Stadtentwicklungspolitik

(14) Der Politikbereich „Stadt“ ist inzwischen ein fester Bestandteil europäischer Politiken. Die Europäische Kommission hat ihre Position zur europäischen Stadtentwicklung in ihrer Mitteilung "Nachhaltige Stadtentwicklung in der Europäischen Union: Ein Aktionsrahmen" (Oktober 1998) zusammengefasst. Vier Ziele werden verfolgt:

- Stärkung des wirtschaftlichen Wohlstands und der Beschäftigung in den Städten;
- Förderung von Gleichheit, sozialer Eingliederung und Erneuerung in städtischen Gebieten;
- Schutz und Verbesserung der städtischen Umwelt hin zu lokaler und globaler Nachhaltigkeit;
- Gutes Stadtmanagement und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Die Europäische Kommission unterstreicht den Zusammenhang zwischen Stadtentwicklung, Wachstum und Beschäftigung in ihrer Mitteilung "Kohäsionspolitik und die Städte: Der Beitrag der Städte zu Wachstum und Beschäftigung in Regionen" (13. Juli 2006).

(15) Die Bedeutung von stadtpolitischen Themen wurde von einer Reihe aufeinander folgender EU-Ratspräsidenschaften anerkannt, insbesondere beim Informellen Ministertreffen in Rotterdam und beim Treffen der für die Regionalpolitik zuständigen Minister 2005 in Bristol, bei dem die Vereinbarung von Bristol (Bristol Accord) angenommen wurde. Die Vereinbarung von Bristol zeigt europaweite Grundsätze und Eigenschaften nachhaltiger Gemeinschaften (communities) auf. Die Bedeutung dieser Vereinbarung liegt darin, dass sie in einer Zeit des schnellen globalen wirtschaftlichen Wandels sowohl einen Rahmen als auch einen praktischen Ansatz für nachhaltige Entwicklung, wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit bietet.

1.4 Governance-Philosophie

(16) Der Begriff territoriale Governance bezeichnet die Art und Weise wie die Räume eines Nationalstaats verwaltet und Politiken umgesetzt werden, mit besonderem Bezug auf die Rollenverteilung und Verantwortungsstruktur der verschiedenen Regierungsebenen (supranational, national und subnational) und die den Verhandlungen und der Konsensfindung zugrunde liegenden Prozesse. Territoriale Governance der Europäischen Union stellt in dieser Hinsicht eine besondere

und wachsende Herausforderung dar. Sie konzentriert sich auf die Wirkung von EU-Politiken auf die Raumentwicklung, besonders mit Blick auf die Stärkung der territorialen Kohäsion in der Europäischen Union. EU-Politiken wirken sich in zweierlei Hinsicht auf die Raumentwicklung aus: direkte Auswirkungen durch die Bereitstellung von Informationen und Subventionen (Zuckerbrot) und Maßnahmen zur Einschränkung von Entwicklungsmöglichkeiten (Peitsche) und indirekte Auswirkungen durch die Anregung neuer wirtschaftlicher Aktivitäten (z.B. über den Binnenmarkt oder Infrastrukturverbindungen), durch Einführung neuer Raumkonzepte (z.B. nachhaltige Entwicklung), durch Schaffung neuer Verwaltungsbeziehungen (z.B. EU-Regionen, INTERREG), durch Neuzeichnung von so genannten „Mental Maps“ (besonders in Grenzregionen), durch Bereitstellung von Informationen (z.B. Veröffentlichung von Ranglisten der Mitgliedstaaten) oder durch Bereitstellung solider räumlicher Daten (Europäisches Raumberechnungsnetzwerk ESPON) können politische Entscheidungen beeinflussen (vgl. Unseen Europe, RPB 2004).

(17) Die Raumwirksamkeit der EU-Politiken sollte berücksichtigt werden. Dabei hängt jede Folgenabschätzung stark vom Blickwinkel der verschiedenen Akteure auf die Entwicklung eines Raums ab. EU-Politiken sollten im Sinne der Lissabon-Ziele konsistent sein. Außerdem sollten sie im Rahmen der Raumentwicklung anwendbar sein und mit nationalen und regionalen Raumentwicklungszielen im Einklang stehen. Hierfür ist ein gewisses Maß an politischer Kohärenz der betreffenden (sektoralen und territorialen) Politiken in der EU und in einigen Fällen ein gewisses Maß an politischer Gestaltungsfreiheit erforderlich, welches es Regionen ermöglicht, ihr territoriales Potenzial effektiv zu nutzen.

(18) Bei der Stärkung des territorialen Zusammenhalts unter Berücksichtigung der Lissabon-Ziele handelt es sich nicht um die Schaffung einer Top-down- oder separaten territorialen EU-Politik, sondern um die Integration der territorialen Dimension in europäische und nationale Politiken. Anlässlich des Informellen Treffens der Raumentwicklungsminister 2004 in Rotterdam einigten sich die Minister darauf, das Ziel eines stärkeren territorialen Zusammenhalts auf vier Grundsätze zu gründen (Integration, d.h. – gemäß dem EUREK – bessere Nutzung vorhandener Möglichkeiten statt neuer Verfahrensweisen oder Regeln, Subsidiarität, Erleichterung von Entwicklungen und somit Effizienzsteigerung bei der Erzielung von Kohäsion), von denen Information und Dialog als die wichtigsten angesehen wurden. Obwohl die Raumentwicklung über die territoriale Kohäsion hinaus geht, könnten die Raumentwicklungsminister und die Kommission eine Schlüsselrolle bei der Sensibilisierung für die territoriale Dimension der EU-Politiken und bei der Förderung politischer Kohärenz und Zusammenarbeit auf diesem Gebiet spielen. Die europäischen Institutionen und andere Stakeholder sollten für die territoriale Dimension sensibilisiert und dazu veranlasst werden, angemessen zu handeln. Instrumente wie ESPON und Ziel 3 können die Europäische Kommission und die Raumentwicklungsminister in dieser Rolle unterstützen, indem sie z.B. die analytischen Grundlagen für eine Einschätzung der territorialen Ausgangslage und Perspektiven der Union liefern. Darüber hinaus kommt den europäischen Raumentwicklungsministern eine Rolle bei der Stärkung der transeuropäischen Dimension nationaler und regionaler Raumentwicklungsstrategien und -politiken und bei der Förderung horizontaler und vertikaler politischer Kohärenz zu. Folgende Elemente eines territorialen Governance-Prozesses könnten die Umsetzung kohäsionspolitischer Strategien auf europäischer Ebene (Strategische Leitlinien der Gemeinschaft) und nationaler / regionaler Ebene (Nationale Strategische Rahmenpläne) unterstützen:

- Transparenz als Grundvoraussetzung;
- Wirksamkeitsstudien und thematische Evaluierung zur Untersuchung der Spanne zwischen unmittelbaren Ergebnissen und endgültigen Auswirkungen öffentlicher Interventionen;
- Präsentation von Fällen durch Begünstigte (Verantwortung fördern, Strategien offen legen);
- und kontinuierlicher Erfahrungsaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Regionen – hierfür sind geeignete Formen der Zusammenkunft und Kommunikationsmittel erforderlich.

(19) Die Aufnahme des Konzepts der Territorialen Kohäsion in den zukünftigen EU-Verfassungsvertrag würde eine offizielle, gemeinsame Zuständigkeit der EU und der Mitgliedstaaten für die Stärkung der territorialen Kohäsion schaffen. Hierfür müsste die Governance-Philosophie nicht geändert werden. Vielmehr würde die Aufnahme eine Stärkung des Auftrags und der Verantwortung sowohl der Mitgliedstaaten als auch der Europäischen Union bedeuten, einen kohärenten Ansatz zur Raumentwicklung innerhalb der EU- (und der nationalen) Politiken zu fördern. Die Europäische Kommission müsste dann strukturierter auf die territoriale Dimension ihrer politischen Vorschläge achten. Das Gleiche gilt für die Entscheidungsfindung des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments. In gleicher Weise gäbe dies den Raumentwick-

lungsministern die Chance, ihre informelle Rolle der Sensibilisierung zu stärken (zielgenauer auszurichten) und aktiver zusammenzuarbeiten.

1.5 Verantwortlichkeiten

(20) Obwohl die Entwicklung des europäischen Raums eine gemeinsame Herausforderung ist, bietet das Subsidiaritätsprinzip in dieser Hinsicht eine logische Verteilung von Zuständigkeiten. Der zukünftige europäische Verfassungsvertrag legt eine gemeinsame Zuständigkeit für den territorialen Zusammenhalt fest, ohne diese Struktur zu verändern. Auf diese Weise erhält die gemeinsame Aufgabe eine neue Dynamik und eine gesetzliche Grundlage; ein kleiner aber entscheidender Unterschied im Vergleich zur gegenwärtigen Situation. Allgemein können die Verantwortlichkeiten von der EU, den Mitgliedstaaten und den Regionen wie folgt zugeteilt werden.

(21) Die EU-Mitgliedstaaten und ihre Regionen spielen bei der Nutzung ihres regionalen endogenen Potenzials und ihrer Positionierung im europäischen Raum eine Schlüsselrolle. Sie können auf diese Weise ihr Profil stärken sowie Themen für die transeuropäische Zusammenarbeit und Synergien von Investitionen identifizieren. Die europäischen Institutionen (einschließlich des Europäischen Rats) übernehmen eine Schlüsselrolle bei der Förderung der Kohärenz raumwirksamer EU-Politiken (einschließlich der Entwicklung von Leitbildern, Szenarien, etc.) sowie bei der Erarbeitung strategischer Orientierungsrahmen für nationale und regionale politische Maßnahmen (Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenarbeit). Eine weitere Aufgabe der EU besteht in der Unterstützung der transeuropäischen territorialen Integration über Anreize für die Entwicklung oder Erhaltung von im europäischen Kontext wichtigen Gebieten und Netzwerken und von transeuropäischen Strukturelementen und ihren Verbindungen zu Sekundärnetzen: transeuropäische Verkehrs-, Energie- und Informations- und Kommunikations- (IKT-) Netze, transnationale Wasernetze, Seeverbindungen, Städtennetze, kulturelle Ressourcen und die NATURA 2000 Gebiete.

1.6 Instrumente

(22) Angesichts der gegenwärtigen gemeinsamen Verantwortung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten für die Stärkung der territorialen Kohäsion ist eine effektive und kohärente Anwendung der der Europäischen Union und den EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung stehenden Instrumente erforderlich. Die EU-Instrumente für territoriale Kohäsion lassen sich wie folgt einteilen:

- Territorialspezifische Instrumente. Bis 2006 war INTERREG III das einzige territorialspezifische politische Instrument der EU – jetzt in Ziel 3 verankert. Besonders INTERREG III A und B (grenzüberschreitende und transnationale territoriale Zusammenarbeit) und ESPON (europäische Raumanalysen) hatten eine territorialspezifische Dimension. Ab 2006 bietet die Kohäsionspolitik der EU verstärkte und breiter angelegte Instrumente zur Stärkung der territorialen Kohäsion (vgl. Kohäsionspolitik zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung: Strategische Leitlinien der Gemeinschaft, 2007-2013, Brüssel, COM[2005]0299, vom Europäischen Parlament mit Änderungen angenommen am 26. September 2006). Alle drei Ziele der Kohäsionspolitik (Kohäsion, Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenarbeit) weisen territorialspezifische Elemente und Aspekte auf.
- EU-Instrumente mit einer starken territorialen Dimension, die jedoch primär regionalwirtschaftliche oder sektorbezogene Ziele verfolgen. Bei diesen handelt es sich um die Gemeinschaftsinitiativen URBAN und LEADER und die Mainstream-Ziele 1 und 2 der EU-Kohäsionspolitik (2000-2006), die Leitlinien für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze, Umweltrichtlinien der EU (wie die Richtlinien zu Vogelschutz, Habitaten, Gewässerschutz, strategische Umweltprüfung und Luftqualität), sowie die Verordnung über die Entwicklung des ländlichen Raums.
- EU-Instrumente mit beträchtlichen territorialen Auswirkungen, die jedoch kein territoriales Ziel verfolgen: beispielsweise bezüglich Binnenmarkt, FuE, Wettbewerb und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP – erste Säule).

(23) Die nationalen Instrumente zur Stärkung des territorialen Zusammenhalts in der Europäischen Union sind natürlich von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich. Die nationalen und regionalen Raumentwicklungspolitiken und -strategien können dennoch eine zentrale Rolle übernehmen, indem sie integrierte, raumbasierte Entwicklungsrahmen bieten, und einen Mehrwert für die Kohäsionspolitik und die Lissabon-Aktionspläne schaffen.

Transnationale Kooperationsräume



Transnationale Kooperationsräume 2007 – 2013 (INTERREG IV B)

Nördliche Peripherie	— — — —	Südwesteuropa	— — — —
Ostseeraum	— — — —	Mittelmeerraum	— — — —
Nordwesteuropa	— — — —	Südosteuropäischer Raum	— — — —
Nordseeraum	— — — —	Karibischer Raum	— — — —
Atlantischer Raum	— — — —	Azoren-Madeira-Kanaren	— — — —
Alpenraum	— — — —	Indischer Ozean	— — — —
Mitteleuropa	— — — —		

Regionale Ebene: NUTS 2
 Geometrische Basis: GFK MACON
 Quelle: Europäische Kommission

(Quelle: BBR 2007)

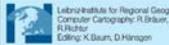
Crossborder Cooperation Areas 2007
Régions de coopération transfrontalière 2007
Regionen grenzübergreifender Zusammenarbeit 2007

Editing/Éditeur/Herausgeber:



Verbandsgemeinschaft Europäische Grenzregionen (AEGE)
 Asociación de Regiones Fronterizas Europeas (ARFE)
 Association of European Border Regions (AEBR)
 Associazione di Regioni Frontaliere Europee (ARFE)
 Comunità di lavoro delle regioni europee di confine (AGEC)
 European Interregional Association of Border Regions (EABR)
 Interregional Association of European Border Regions (IABR)
 Associação das Regiões Fronteiras Europeas (ARFE)
 Związek Europejski Regionów Transgranicznych (ZERT)
 Slovenský zväz Európskych Regiíov Graničných (SERG)

Erstverleger Straße 362, D-48599 Gronau
 Hötterich & Witten
 Edling, J. Götts, M. Gullerms, V. u. Malchus,
 C. Pöndry, M. L. Perou, A. Winter



Leibniz-Institut für Regionale Geographie Leipzig
 Computer Cartography (S. Böhm, A. Müller,
 R. Richter
 Edling, K. Baum, D. Hönigson

Der Druck dieser Karte wurde unterstützt vom
 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin (DFV)
 Priority of the map supported by the
 Federal Ministry of Transport, Building and Urban Affairs, Berlin (DFV)
 Carte imprimée avec le soutien du Ministère fédéral
 des Transports, de la Construction et des Affaires Urbaines, Berlin (DFV)

- AEBR Member/Membre de l'ARFE/Mitglied AEGE
- Non-member of AEBR/Non-membre de l'ARFE/Nichtmitglied AEGE
- 1 Number of the large-scale crossborder cooperation/
 nombre de la coopération transfrontalière vaste/
 Nummer der großräumigen grenzübergreifenden
 Zusammenarbeiten
- AEBR Member/Membre de l'ARFE/Mitglied AEGE
- Partial AEBR Member/Membre partiel de l'ARFE/
 Teilmitglied AEGE
- In the planning stage/brevis in Planning
- Non-member of AEBR/Non-membre de l'ARFE/Nichtmitglied AEGE
- Crossborder region in the planning stage/
 Région transfrontalière en planing
- Grenzübergreifende Region in Planning
- 1 Number of the border and crossborder Region/
 Nombre de la Région transfrontalière et
 Numéro der Grenz- und grenzübergreifenden Region
- National border/Frontière nationale/Staatsgrenze

- A. ANDORRA
- L. LIECHTENSTEIN
- L. LUXEMBOURG
- P.J.R.M. PORTUGAL
- R.F. ROMANIA
- S.L.O.V. SLOVAKIA
- S.M. SAN MARINO
- V. CITA DEL VATICANO



I. Large-scale Crossborder Cooperation
Coopération transfrontalière vaste
Großräumige grenzübergreifende Zusammenarbeit

- 1 Nordisk Måstadsid (DK/NO/SWE)
- 2 BEAC - Basens Euro-Atlantic Council (FR/NO/RUS/UK)
- 3 SEURP - Special EU Programmes Body (EU/UK)
- 4 Noue Fronteiere (DE/NL)
- 5 Oostvliet (NL/BE)
- 6 Oostvliet (NL/BE)
- 7 Communauté de Travail des Pyrénées (ADES/FR)
- 8 COTRAD - Communauté de Travail des Alpes Occidentales (FR/IT)
- 9 Interregional Border Cooperation (BG/GR/RO)
- 10 Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria (AT/HR/HU/SI)
- 11 Adriatic Euroregion (AL/BA/HR/IT/MT/NO)
- 12 Arbeitsgemeinschaft Donau-Region (AT/DE/HR/HU/MK/RO/SK/SRB/UA)
- 13 Euroregion (HU/PL/RO/SK/UA)
- 14 Euroregion Black Sea (AM/AZ/BG/GE/GR/MD/RO/RU/UA)

II. Border and Crossborder Regions
Régions frontalières et transfrontalières
Grenz- und grenzübergreifende Regionen

- 1 Northern Europe and Baltic Sea Europe du Nord et zone baltique Nord Europa und Ostsee-raum
- 2 Central and Eastern Europe centrale et orientale Mittel- und Ost Europa
- 3 North West Europe du Nord-Ouest Nordwest Europa
- 4 Alpes and Danube area Alpes et Danube Alpen- und Donauraum
- 5 South West Europe du Sud-Ouest Südwest Europa
- 6 South East Europe du Sud-Est Südost Europa
- 21 Euroregion Lyma - Limes (PL/RU)
- 22 Euroregion Seldice (IT/PL/RU)
- 23 Euroregion Nemunas (BY/LT/PL/RU)
- 24 Euroregion Pomerania (DE/PL/SE)
- 25 Silesian - Oubliken - Lubick (DK/DE)
- 26 Region Sørlandet - Schleswig (DK/DE)
- 27 Euroregion Baltic - Baltyk (PL/CZ/SK)
- 28 Euroregion Tatra (PL/SK)
- 29 Euroregion Danube - Danubius (HU/RO)
- 30 Euroregion Dniepr (BY/RU/UA)
- 31 Euroregion Subcarpathia (RU/UA)
- 32 Euroregion Carpathian Basin (HU/RO)
- 33 Euroregion Vistula (PL/UA)
- 34 Euroregion Polesie (PL/UA)
- 35 Euroregion Narew (PL/UA)
- 36 Euroregion Wisla (PL/UA)
- 37 Euroregion Dniestr (MD/RO)
- 38 Euroregion Prut (MD/RO)
- 39 Euroregion Siret (MD/RO)
- 40 Euroregion Tisza (HU/RO)
- 41 Euroregion EUREAL (DE/CZ)
- 42 Euroregion Engadina - Engadiner (DE/IT)
- 43 EUROREGIO GRENZES (CZ/DE)

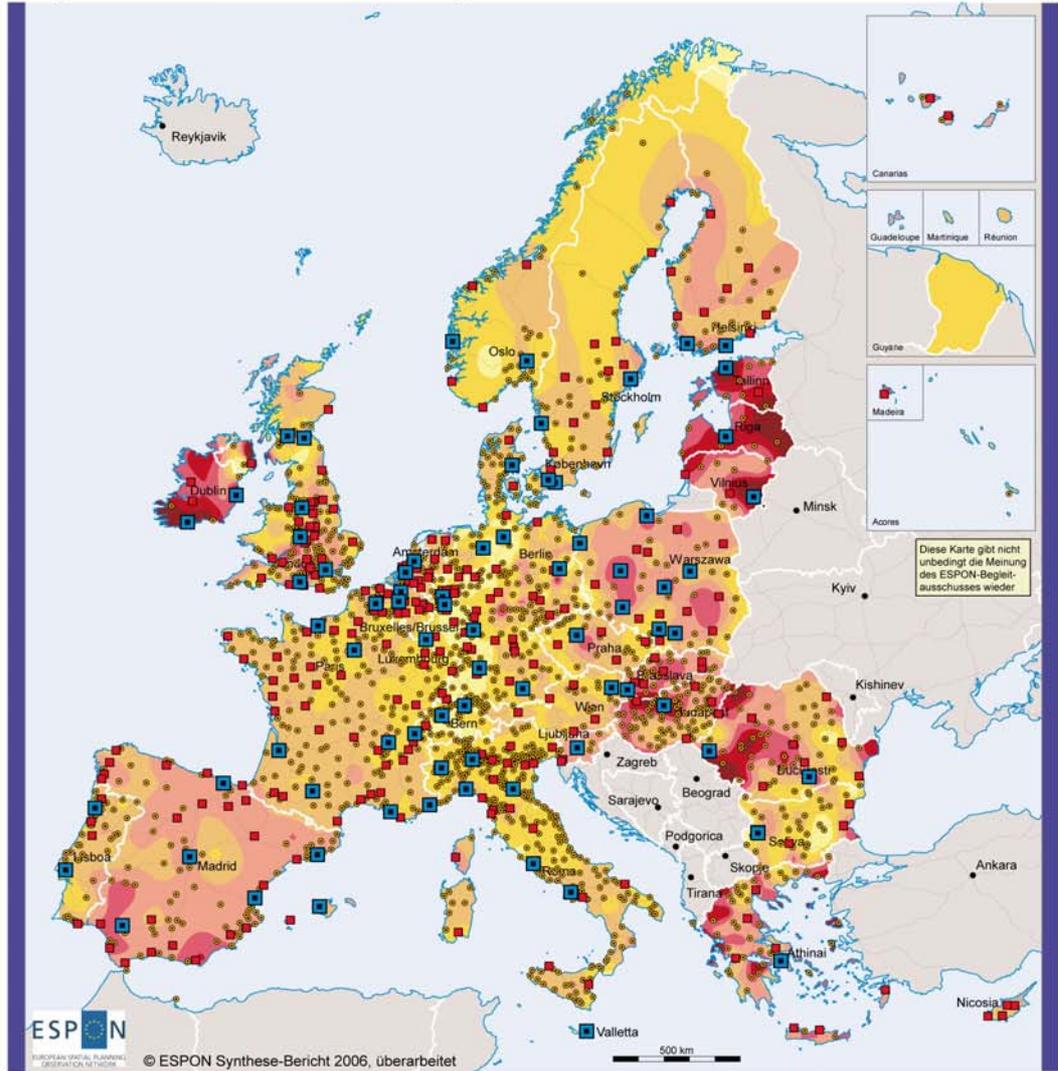
- 44 Lengau Bayerischer Wald - Burren - Malheur (DE/CZ/AT)
- 45 Euroregion Silva Nivica (AT/CZ)
- 46 Euroregion Weinviertel - Znojmo - Znojmo (AT/CZ/SK)
- 47 Euroregion Rila - Balkan (BG/BUL)
- 48 Euroregion Baskijs - Baskijs (FR/ES)
- 49 Euroregion Taly (PL/SK)
- 50 Euroregion Dniepr (BY/RU/UA)
- 51 Euroregion Subcarpathia (RU/UA)
- 52 Euroregion Carpathian Basin (HU/RO)
- 53 Euroregion Vistula (PL/UA)
- 54 Euroregion Narew (PL/UA)
- 55 Euroregion Wisla (PL/UA)
- 56 Euroregion Dniestr (MD/RO)
- 57 Euroregion Prut (MD/RO)
- 58 Euroregion Siret (MD/RO)
- 59 Euroregion Tisza (HU/RO)
- 60 Euroregion EUREAL (DE/CZ)
- 61 North West Region Cross Border Group (EU/UK)
- 62 Irish Central Border Area Network (EU/UK)
- 63 East Border Region Committee (EU/UK)
- 64 Ireland - Wales Crossborder Cooperation (EU/UK)
- 65 Irish/Welsh - North West of Wales (EU/UK)
- 66 Liffey Euroregion (EU/UK)
- 67 Euroregion Scheldemund (BE/NL)
- 68 Euroregion Scheldemund (BE/NL)
- 69 Euroregion Scheldemund (BE/NL)
- 70 EUROREGIO (DE/NL)
- 71 Euroregion Rhein-Wald (DE/NL)
- 72 Euroregion Rhein-Wald (DE/NL)

- 73 Euroregion Mass-Phen (DE/GR)
- 74 Euroregion Saar-Lor-Lux (DE/FR/LUX)
- 75 Region Aachen (FR)
- 76 REGIO PAMNA (DE/FR)
- 77 Region Hainle (DE/FR)
- 78 Region Hainle (DE/FR)
- 79 Confédération Transfrontalière (FR/DE)
- 80 Comité régional Franco-germanique - Canton de Genève - Région Rhône-Alpes (CH/FR)
- 81 Comité du Leman - An - Haute-Savoie - Valais - Genève (CH/FR)
- 82 Comité régional Franco-germanique - Canton de Genève - Région Rhône-Alpes (CH/FR)
- 83 Comité du Leman - An - Haute-Savoie - Valais - Genève (CH/FR)
- 84 Comité régional Franco-germanique - Canton de Genève - Région Rhône-Alpes (CH/FR)
- 85 Comité du Leman - An - Haute-Savoie - Valais - Genève (CH/FR)
- 86 Comité régional Franco-germanique - Canton de Genève - Région Rhône-Alpes (CH/FR)
- 87 Comité du Leman - An - Haute-Savoie - Valais - Genève (CH/FR)
- 88 Comité régional Franco-germanique - Canton de Genève - Région Rhône-Alpes (CH/FR)
- 89 Comité du Leman - An - Haute-Savoie - Valais - Genève (CH/FR)
- 90 Comité régional Franco-germanique - Canton de Genève - Région Rhône-Alpes (CH/FR)
- 91 Confédération des Alpes franco-italiennes (CAPI) (FR/IT)
- 92 Confédération des Hautes Vallées (FR/IT)
- 93 Espace Mont-Bleu (CH/FR/IT)
- 94 Comité Vallée-Valais (France du Grand St. Bernard) (CH/IT)
- 95 Region Sempione (CH/IT)
- 96 Region Insubrica (CH/IT)
- 97 Hochalpenregion (CH/DE)
- 98 Hochalpenregion (CH/DE)
- 99 EUROREGIO via salina (AT/DE)
- 100 Lemgo Zapfen - Weitenstein - Kesselberg (DE/AT)
- 101 Lemgo Zapfen - Weitenstein - Kesselberg (DE/AT)
- 102 Euroregion Salzburg - Berchtesgaden Land - Traunstein (AT/DE)

- 103 Inn-Radach-Euroregion (AT/DE)
- 104 Euroregion Tatra - Štiavnica / Alto Adige - Trentino (IT/AT)
- 105 Adria-Panorama (EU/IT)
- 106 Adria-Panorama (EU/IT)
- 107 Region Trentino - Südtirol (IT)
- 108 Regione Veneto (IT)
- 109 Regione Friuli-Venezia Giulia (IT)
- 110 Slovenia (SI)
- 111 ARGE Kärnten - Slowenien (AT/SI)
- 112 Euroregion Steiermark - Slowenien (AT/SI)
- 113 Sloveno-Hungarian Crossborder Development Council (SI/HU)
- 114 Euroregion West-Hungary (HU/RO)
- 115 Euroregion Podunavlje (HR/SK)
- 116 Euroregion Vápat - Danubius - Iskra (HU/SK)
- 117 Euroregion Ister-Garonn (HU/SK)
- 118 Euroregion Ister-Garonn (HU/SK)
- 119 Euroregion Ister-Garonn (HU/SK)
- 120 Euroregion Ister-Garonn (HU/SK)
- 121 Euroregion Ister-Garonn (HU/SK)
- 122 Euroregion Ister-Garonn (HU/SK)
- 123 Euroregion Ister-Garonn (HU/SK)
- 124 Euroregion Ister-Garonn (HU/SK)
- 125 Euroregion Ister-Garonn (HU/SK)
- 126 Euroregion Ister-Garonn (HU/SK)
- 127 Euroregion Mura-Drava (HR/HU)
- 128 Euroregion Mura-Drava - Inn-Garonn - Euroregion Danube 21 (BG/RO/SRB)
- 129 Euroregion Nisava (BG/SRB)
- 130 Euroregion Danube - South (BG/SRB)
- 131 Euroregion Rousa-Garga (BG/SRB)
- 132 Euroregion Danubius (BG/SRB)
- 133 Euroregion Danube (BG/SRB)
- 134 Euroregion Ister Danube (HU/RO/UA)
- 135 Euroregion Upper Prut (MD/RO/UA)
- 136 Euroregion Upper Prut (MD/RO/UA)
- 137 Euroregion Upper Prut (MD/RO/UA)
- 138 Euroregion Upper Prut (MD/RO/UA)
- 139 Euroregion Upper Prut (MD/RO/UA)
- 140 Euroregion Upper Prut (MD/RO/UA)
- 141 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 142 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 143 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 144 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 145 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 146 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 147 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 148 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 149 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 150 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 151 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 152 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 153 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 154 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 155 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 156 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 157 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 158 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 159 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 160 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 161 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 162 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 163 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 164 Caran - Saragyn (FR/IT)
- 165 Caran - Saragyn (FR/IT)

(Quelle: AEGR / IfL 2007)

Hauptwirtschaftsstrukturen des europäischen Territoriums



Durchschnittliche jährliche Entwicklung des BIP in Kaufkraftstandards in % 1995 bis 2003*



Funktionelle Stadtregionen (FUAs - Functional Urban Areas)

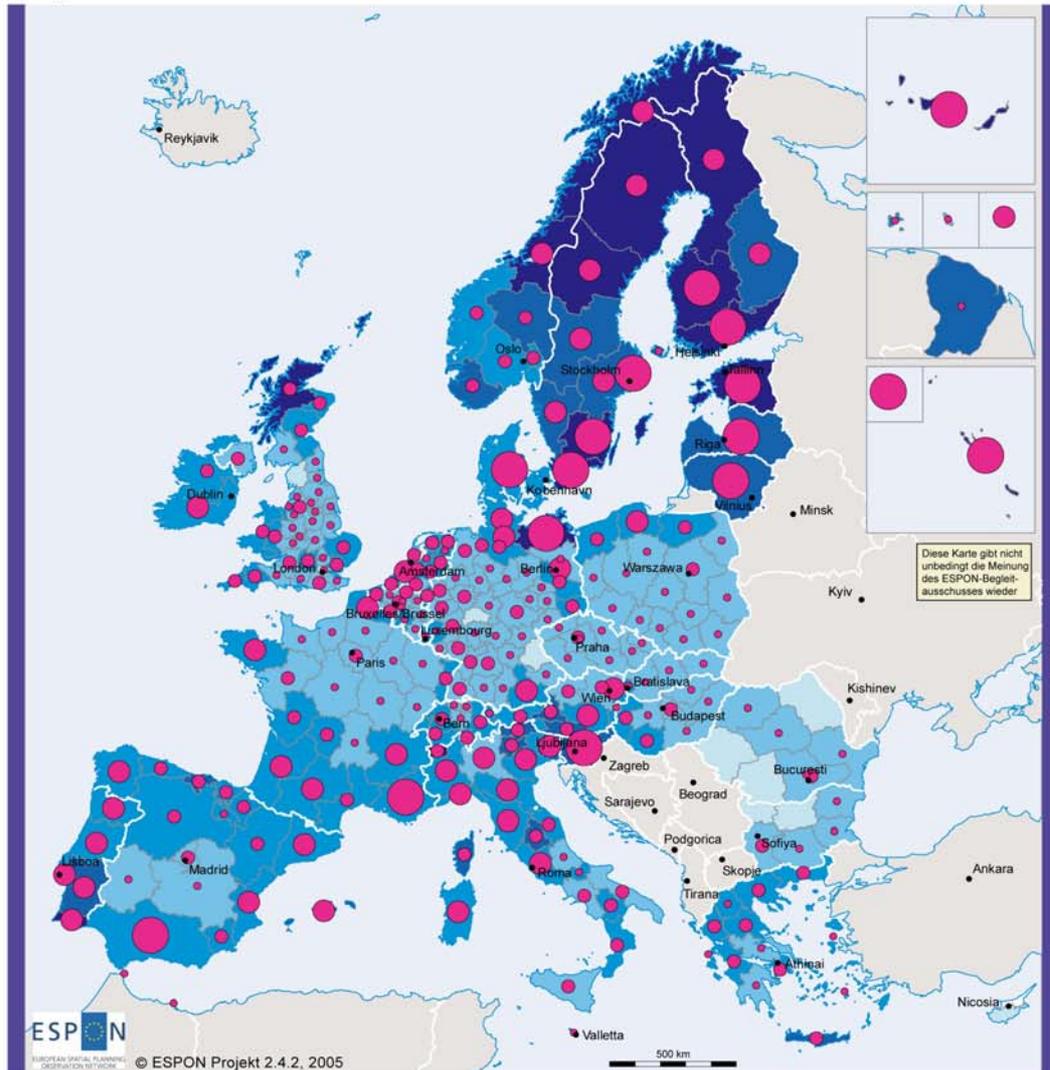
- Europäische Wachstums-Metropolregionen (MEGAs - Metropolitan European Growth Areas)
- Transnationale / nationale FUAs
- Regionale / lokale FUAs

— Autobahnen auf europäischer Ebene

© EuroGeographics Association für die geometrischen Grundlagen
 Regionale Ebene: NUTS 3
 Datenherkunft: BIP: Eurostat, MEGAs: ESPON 1.1.1 Nordregio
 Zypern: Daten nur für von der Regierung kontrollierte Gebiete
 * Rumänien 1998 bis 2003
Quelle: ESPON-Datenbank

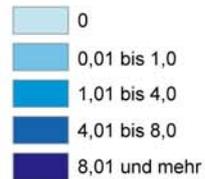
(Quelle: ESPON Synthesis Report 2006, überarbeitet)

Kooperationsintensität



Anzahl der Projektkooperationen nach operationellen Programmen*

Gewichtet nach Bevölkerung (in 100.000)



Absolute Anzahl



© EuroGeographics Association für die geometrischen Grundlagen
Regionale Ebene: NUTS 2
Datengrundlage: ESPON 2.4.2, Erhebung und Analyse von INTERREG-Projekten
Zypern: Daten nur für von der Regierung kontrollierte Gebiete

Quelle: ESPON-Datenbank

* auf der Grundlage der INTERREG-Kooperationsräume: Alpenraum, Atlantischer Raum, Ostseeraum, CADES, Karibischer Raum, Azoren – Madeira – Kanaren, Nordseeraum, Nordwesteuropa, Nördliche Peripherie, Südwesteuropa, Westliches Mittelmeer, Réunion

(Quelle: ESPON Project 2.4.2 (2005): Integrated Analysis of Transnational and National Territories, überarbeitet)

Teil B – Bewertung der Ausgangslage

2. Territoriale Vielfalt als Potenzial für die Europäische Union im Zeichen von Lissabon

Was heißt territoriale Vielfalt?

(24) Die wichtigste Herausforderung für die Europäische Union ist die Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und Dynamik. Es besteht dringender Handlungsbedarf, wenn an dem Grundsatz einer nachhaltigen Entwicklung festgehalten werden soll. Ein verstärkter Fokus auf Wachstum und Beschäftigung ist erforderlich, wobei auch sozialen Aspekten und Umweltbelangen angemessen Rechnung getragen werden muss. Die harmonische Entwicklung des europäischen Territoriums steht vor großen Herausforderungen, für die ein kohärentes Konzept zur effektiven Umsetzung der Lissabon-Strategie in ihrer entscheidenden zweiten Phase bis 2010 notwendig ist. Zugleich müssen territoriale Ausgewogenheit und Kohäsion gewährleistet werden. Das in verschiedenen Regionen und größeren Räumen vorhandene Kapital ist vielfältig, und bietet unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten, von denen einige momentan nicht voll ausgeschöpft werden. Die wichtigsten territorialen Herausforderungen werden im Folgenden beschrieben, basierend auf der Grundlage der neuesten angewandten Forschung, z.B. im Kontext von ESPON.

2.1 Allgemeine Perspektive

Vielfalt als Potenzial und Herausforderung

(25) Der europäische Kontinent besitzt eine große territoriale Vielfalt. In dieser Vielfalt sind Potenziale enthalten, die aktiviert werden und dazu beitragen können, Europa zum wettbewerbsfähigsten Raum weltweit zu machen. Vielfalt kann sich auch in Entwicklungsunterschieden äußern, welche die europäische Kohäsion und Integration herausfordern und manchmal auch gefährden. Die europäische Diversität kann auf vielen verschiedenen geographischen Ebenen diskutiert werden, von einer allgemeinen Einschätzung genereller Strukturen, wie Zentrum-Peripherie, Nord-Süd oder Ost-West, bis hin zu detaillierten Erkenntnissen über die Funktionsweise von städtischen Regionen, Stadt-Land-Beziehungen oder hoher und geringer Bevölkerungsdichte, Erreichbarkeiten, gefährlichen Risiken und von grenzüberschreitenden Gebieten.

Spezifische geographische Merkmale bieten einzigartige Möglichkeiten

(26) Europa kennt viele Regionen mit geographischen Besonderheiten, wie Inseln, Küsten- und Berggebiete, abgelegene (sowohl periphere als auch ultra-periphere und Überseegebiete) oder mit politisch-administrativen Besonderheiten, wie z.B. Grenzgebiete. Insgesamt weisen diese Regionen die gleiche Bandbreite an Entwicklungsmustern wie das übrige Europa auf, und sogar – trotz physischer, wirtschaftlicher und demographischer Einschränkungen – eine breite Vielfalt in Bezug auf den wirtschaftlichen Erfolg, mit äußerst anpassungsfähigen und weniger erfolgreichen Gebieten. Die meisten dieser Regionen haben ein klares territoriales Potenzial, das nicht voll ausgeschöpft wird. Unter anderem werden Berggebiete und Küstenzonen als natürliche Ressourcen für städtische Nutzungen verbraucht. Auch die europäischen Küsten stellen ein natürliches Umfeld dar, welches sozioökonomische Entwicklung begünstigt. Aus diesen Gründen wachsen die Bevölkerung an den europäischen Küsten sowie die Infrastruktur in Küstenräumen, teilweise schneller als im Landesinneren. Der Anteil bebauter Flächen ist an der Küste etwa 25% höher als im Binnenland. Aufgrund ihrer erhöhten ökologischen Sensibilität erfordert die Nutzung dieser Räume besondere Umsicht.

Zentrum-Peripherie Orientierung von Wirtschaft und Bevölkerung

(27) Im Allgemeinen sind die räumlichen Muster von wirtschaftlichen Aktivitäten und Erreichbarkeiten in Europa gekennzeichnet durch ein Zentrum-Peripherie-Gefälle, wobei die besten Werte jeweils im Kernraum Europas liegen. Etwa 46,5% des BIP der 27 EU-Mitgliedstaaten konzentriert sich auf den so genannten Kernraum zwischen den Eckpfeilern London, Hamburg, München, Mailand und Paris. Trotz seiner wirtschaftlichen Bedeutung macht dieser Raum nur 14% des europäischen Territoriums aus und nur ein Drittel der EU-Bürger leben dort. Hinsichtlich der Wirtschaftskraft und insbesondere im Hinblick auf die Lissabon-Ziele stehen die nördlichen Teile Europas dem Kernraum jedoch in nichts nach, sondern übertreffen ihn sogar in einigen Indikatoren. Allgemein bewirken die Kräfte des Marktes eine Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten – auf europäischer Ebene in Richtung europäischer Kernraum oder auf nationaler Ebene in Richtung

wichtiger nationaler Zentren. Gleichzeitig holen Räume außerhalb des traditionellen Kernraumes auf und entwickeln sich. Diese Tendenzen weisen auf eine anscheinende Auflösung der europäischen Zentrum-Peripherie-Muster hin.

Nord-Süd-Unterschiede

(28) Die Zukunft der nördlichen und südlichen Regionen könnte in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen liegen. Viele nördliche Regionen profitieren von ihren gegenwärtigen Stärken im Bereich IKT und Innovation und entwickeln diese weiter. Der Norden könnte trotz Wahrung seines „coolen“ Images mit ernsthaften Herausforderungen zu kämpfen haben: Geringe Erreichbarkeit, ungünstige demographische Entwicklung und ein möglicher Anstieg der Energiepreise. Viele südliche Regionen profitieren von ihrem angenehmen Klima, der strategischen Lage an Schnittstellen zwischen Europa, Nordafrika und dem Nahen Osten und einer Bevölkerungsdichte, die es auch in Zeiten des Bevölkerungsrückgangs erlauben wird, die öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Somit hat der Süden die Aussicht, ein attraktiver „heißer“ Standort für Wissensarbeiter, Dienstleistungsunternehmen, mobile Rentner und Ferien- und Zweitwohnsitze zu werden.

Herausforderungen des osteuropäischen Aufholprozesses

(29) Die wirtschaftlichen Entwicklungsunterschiede zwischen Ost und West liegen auf der Hand. Gleichzeitig ist aber auch erkennbar, dass der Osten in einer Reihe von Bereichen aufholt. Bemerkenswert ist im Osten der EU unter anderem die verbesserte europäische Erreichbarkeit dieser Regionen und der deutliche Anstieg des Pkw-Verkehrs. Auch das BIP-Wachstum ist im Osten wesentlich höher als im Westen. Obwohl diese Zahlen ein schnelles (absolutes) Aufholen der Wirtschaft vermuten lassen, verschärfen sich die Entwicklungsunterschiede in vielen Gebieten weiterhin. Während das Werben um hochqualifizierte Fachkräfte längst ein europaweiter bis globaler Wettbewerb ist, findet der Wettbewerb um Industriestandorte und Produktionsstätten eher zwischen Ost und West statt. Die Stellschrauben in diesem Wettbewerb sind niedrige Arbeitskosten und in einigen Fällen niedrige Umwelt- und Sozialstandards sowie das Verhältnis zum Euro. Gleichzeitig suchen Wirtschaft und Investoren nach Standorten außerhalb der Union.

Das europäische Städtesystem als treibende Kraft für die Entwicklung

(30) Die Metropolregionen, Städte und anderen städtischen Gebiete Europas stellen ein Schlüsselpotenzial für die europäische und regionale Wettbewerbsfähigkeit dar. Sie sind ein Hauptmerkmal der territorialen Struktur sowie Lebensraum von über 80% der europäischen Bürger. Wirtschaftlich gesehen ist das europäische Städtesystem in vielerlei Hinsicht treibende Kraft in der Wirtschaftsentwicklung, sozialen Kohäsion und Verbesserung der Umwelt. Einzelne urbane Regionen und Städte spielen unterschiedliche Rollen. Metropolregionen und Hauptstädte nehmen – neben ihrer Rolle für das alltägliche Leben der Einwohner – häufig auch eine Rolle auf der europäischen und globalen Bühne wahr. Klein- und Mittelstädte erfüllen als Knotenpunkte für die Entwicklung nationaler und regionaler Territorien eine wichtige Funktion, obwohl auch sie in bestimmten Bereichen wichtige Akteure auf internationaler oder europäischer Ebene sein können. Der städtische Wettbewerb um Investitionen und hochqualifizierte Arbeitskräfte hat sich über die Jahre verschärft, mit stärkerem Nachdruck auf Faktoren wie Umwelt, Kultur und integriertes Stadtmanagement zur Schaffung attraktiverer urbaner Räume. Hinzu kommt eine verstärkte Zusammenarbeit von Nachbarstädten, insbesondere zwischen kleineren Städten, die zur Schaffung von Synergien ihre Ressourcen und ihr Potenzial bündeln. Dies gilt auch für Nachbarstädte in verschiedenen Ländern. Das europäische Städtesystem ist momentan von einer Konzentration von Funktionen globaler und europäischer Bedeutung im Kernraum Europas gekennzeichnet, wobei auch außerhalb des Kernraums Potenzial vorhanden ist. Insbesondere die Fähigkeit europäischer Städte mit anderen Städten weltweit zu konkurrieren sollte als wichtige Herausforderung in Bezug auf Europas Wettbewerbsfähigkeit in der Welt gesehen werden.

Beziehungsspektrum zwischen Stadt und Land

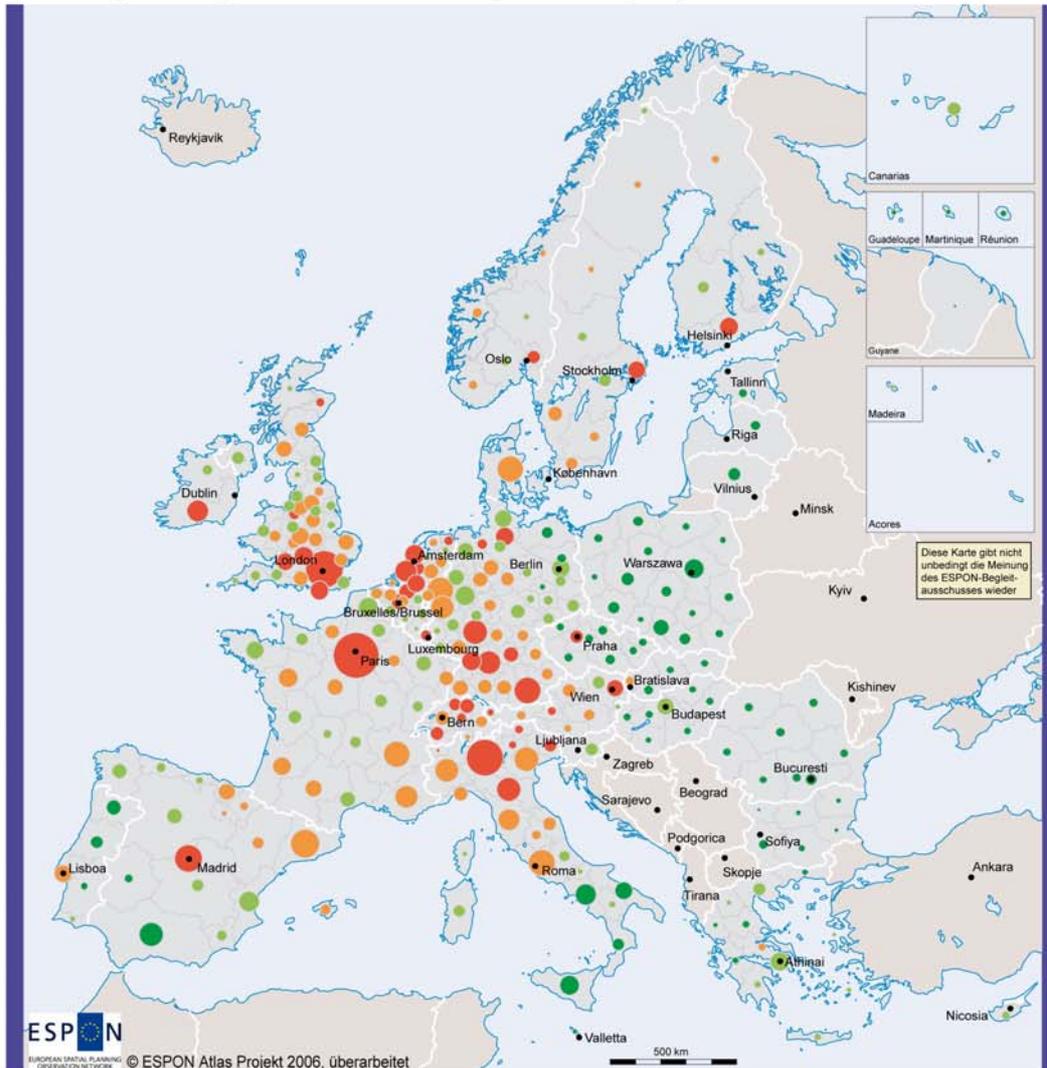
(31) Die Beziehungen zwischen Stadt und Land sind in ganz Europa unterschiedlicher Natur. In einigen Räumen schwimmt der Unterschied zwischen Stadt und Land zunehmend. Dies betrifft insbesondere ländliche Räume in der Nähe von Kernstädten, in denen ein Integrationsprozess von Stadt und Land stattfindet. Während dementsprechend viele ländliche Räume von der stärksten Interaktion mit den nahe gelegenen städtischen Räumen und / oder von einer stärker diversifizierten wirtschaftlichen Grundlage profitieren, laufen sie zugleich Gefahr, ihre ländliche Eigenart und Identität zu verlieren, manchmal gepaart mit starkem Bevölkerungsrückgang. Zugleich sind abgelegene ländliche Räume mit geringer Bevölkerungsdichte einem wachsenden Gegensatz

zwischen Stadt und Land ausgesetzt. Im nächsten Jahrzehnt werden Ballungsräume von den gegenwärtigen wirtschaftlichen und demographischen Tendenzen profitieren, wohingegen viele abgelegene ländliche Räume wachsenden Schwierigkeiten und der Notwendigkeit gegenüberstehen werden, ihr territoriales Potenzial besser in Wert zu setzen. Dies wird ebenfalls durch die verstärkte Polarisierung von Hauptstadtregionen und Hinterland verdeutlicht.

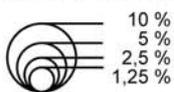
Politische Denkanstöße

- Die europäische Vielfalt ist Quelle sowohl für Disparitäten als auch für bislang unterschätzte Potenziale.
- Geographische Besonderheiten wie Berge, Küsten und Inseln schöpfen ihr Potenzial im Allgemeinen nicht vollständig aus und bieten somit Chancen für sozioökonomische Entwicklung.
- Nord- und Südeuropa verfügen über unterschiedliche territoriale Potenziale, welche ihre Zukunftsperspektiven und ihre Konzepte zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen bestimmen könnten.
- Osteuropa holt nur relativ gesehen auf und wird ernsthafte Schwierigkeiten haben, die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen.
- Der Gegensatz zwischen Stadt und Land wird sich verschärfen, da viele städtische Gebiete im Gegensatz zu den ländlichen Räumen zu den Gewinnern der zukünftigen Entwicklung gehören könnten.

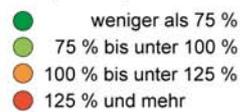
Verteilung des regionalen Bruttoinlandsproduktes (BIP)



**Anteil am gesamten BIP in Euro 2003
des ESPON-Gebietes**



BIP pro Kopf in KKS im EU-Durchschnitt 2003



Keine Daten

© EuroGeographics Association für die geometrischen Grundlagen
Regionale Ebene: NUTS 2
Datenherkunft: ESPON Projekt 3.1, BBR
Quelle: ESPON-Datenbank

(Quelle: ESPON Atlas Project 2006, überarbeitet)

2.2 Wachstum und Innovation

2.2.1 Vielfalt der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit

Europas Stellung in einem beschleunigten globalen Wettbewerb

(32) Obwohl sich das Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards (BIP in KKS) in den letzten 50 Jahren in Europa stark erhöht hat, nimmt der europäische Anteil am globalen BIP ab. Viele Volkswirtschaften außerhalb Europas wachsen schneller als die europäische Wirtschaft. Dies beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und die Attraktivität des Standorts Europa. Mit der Lissabon-Agenda soll Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden. Innerhalb Europas bestehen große Unterschiede in Bezug auf die gegenwärtige Entwicklung des BIP und auf die Fähigkeit, die ehrgeizigen Ziele der Lissabon-Agenda zu erreichen.

Konzentration des BIP

(33) Die höchsten BIP-Werte (in KKS) pro Kopf konzentrierten sich 2002 im Kernraum Europas, erweitert um Norditalien (und Rom) und nordeuropäische Regionen, sowie einigen städtischen Räumen außerhalb des Kernraums – Lissabon, Madrid, Athen, Budapest, Bratislava und Prag. Das niedrigste BIP-Niveau (pro Kopf) lässt sich in den neuen EU-Mitgliedstaaten finden.

Wirtschaftswachstum in den östlichen Teilen der EU und ehemaligen Kohäsionsländern

(34) Das durchschnittliche jährliche Wachstum des pro-Kopf-BIP (in KKS) von 1995 bis 2002 zeigt, dass besonders Regionen in Osteuropa und den ehemaligen Kohäsionsländern aufholen, auch wenn der Abstand noch groß ist. Die Hauptstadtregionen der EU-Mitgliedstaaten, die in den Jahren 2004 und 2007 der EU beitraten, scheinen sich positiv zu entwickeln, in den meisten Fällen mit Wachstumsraten von über 10%. Außerdem sind in einigen Ländern, etwa in Polen, Litauen und der Slowakei, auch andere Regionen leistungsstark und haben insgesamt eine ausgleichende Wirkung auf die nationalen Territorien. Was die vier Kohäsionsländer Griechenland, Irland, Portugal und Spanien betrifft, weisen sehr viele Regionen hohe Wachstumsraten auf. Die vergleichsweise hohen Wachstumsraten im Osten Europas sind allerdings mit Vorsicht zu genießen; das jährliche absolute pro-Kopf Wachstum im Osten ist immer noch niedriger als im Westen.

Wirtschaftswachstum in städtischen Gebieten

(35) Eine Reihe großer städtischer Ballungsräume in Europa sind wichtige Motoren für die europäische Wirtschaft. Einige davon befinden sich auch in Regionen mit den höchsten Wachstumsraten. Als Beispiele sind Cork, Tallinn, Riga, Vilnius, Turku / Åbo und Sevilla zu nennen, sowie die meisten städtischen Ballungsräume in Polen und der Tschechischen Republik. Zusammen mit Budapest, Prag, Bratislava, Lissabon und Valencia – ebenfalls Städte in Regionen mit hohem Wirtschaftswachstum – ergibt dies ein Bild eines Europas mit beträchtlichem wirtschaftlichem Potenzial auch außerhalb des europäischen Kernraums. Die Größe eines städtischen Gebiets ist nicht zwingend entscheidend für sein wirtschaftliches Wachstum. Dies lässt sich an Beispielen wie Göteborg in Schweden demonstrieren, wo die Wachstumsraten höher als in Stockholm sind, oder München in Deutschland, das ein höheres Wachstum als der Metropolraum Rhein-Ruhr hat. Gleichermäßen spielen Klein- und Mittelstädte eine wichtige Rolle als Motoren für die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Region.

Städtische Großräume sind die Hotspots

(36) Städtische Großräume sind in Bezug auf Kompetenzen und Entwicklungspotenzial, vor allem für die Schaffung von Innovationen, ausschlaggebend. Jedoch gibt es für die Bildung von Clustern keine Festlegung in Abhängigkeit von der Größe: kleine und mittlere Städte sowie ländliche Räume sind insbesondere bei der Anwendung von Wissen, aber auch bei der Erzeugung neuer Innovationen sehr wichtig. Kleinere Regionen sind häufig effizienter und ‚regenerativer‘. Durch die Bildung von Netzwerken wird das Gewicht und die Bedeutung von Regionen und Städten erhöht, wobei Skaleneffekte und Verbundvorteile generiert und Synergien geschaffen werden. Kreative, attraktive und interessante Gebiete sind die Hotspots wo sich hochqualifizierte Arbeitskräfte niederlassen wollen und somit Investitionen nach sich ziehen.

Bessere Voraussetzungen in Nord- und Mitteleuropa

(37) Einige Regionen haben eine vergleichsweise große Fähigkeit, zum zukünftigen Wirtschaftswachstum und zum Erreichen der Lissabon-Ziele beizutragen. Den offiziellen Lissabon-

Indikatoren zufolge bestehen im Hinblick auf die wirtschaftlichen Indikatoren wesentliche Unterschiede zwischen den Regionen Europas, wobei sich die nördlichen und mittleren Teile generell in einer besseren Lage als die südlichen und östlichen befinden. Es scheint, dass die Nähe zu einem Metropolraum von europäischer Bedeutung und eine hohe europaweite Erreichbarkeit die Leistung einer Region im Hinblick auf die Lissabon-Indikatoren positiv beeinflusst.

Eine dynamischere Entwicklung in peripheren Gebieten

(38) In den letzten zehn Jahren war die wirtschaftliche Entwicklung in einigen peripheren Gebieten Europas dynamischer als in kontinentalen Kernräumen. Die höchsten Wachstumsraten wurden in Irland und den baltischen Staaten verzeichnet, aber auch im Osten Mitteleuropas und in Südosteuropa verlief die Entwicklung wesentlich dynamischer als im kontinentalen Westeuropa. Auch wenn das ursprüngliche Entwicklungsniveau erheblich niedriger war, haben diese höheren Wachstumsraten zu territorialer Kohäsion und Konvergenz innerhalb der Europäischen Union beigetragen. Die stärkere Dynamik hatte nicht nur eine quantitative sondern auch eine qualitative Verbesserung der Wirtschaft zur Folge. Es fand eine Umstrukturierung statt: Die Material-, Energie- und Verkehrsintensität der Volkswirtschaften wurde beträchtlich reduziert. Der Anteil der Dienstleistungen am BIP erhöhte sich wesentlich, Wirtschaftsräume wurden geöffnet: Das Export- und Importvolumen wuchs schneller als die Produktion. Neben diesen positiven Entwicklungsmerkmalen gibt es jedoch geographische Nachteile und immer noch einige schwerwiegende wirtschaftliche Strukturschwächen und -probleme in peripheren Gebieten, insbesondere in den Mitgliedstaaten, die der EU 2004 und 2007 beigetreten sind, sowie den Bewerberländern.

Unterschiedliche Entwicklungsstrukturen in den äußersten Regionen

(39) Zusätzlich zu den peripheren Regionen gibt es die so genannten äußersten Randgebiete, die am weitesten entfernt vom europäischen Kontinent liegen. Dies sind die vier französischen Übersee-Departements (Guadeloupe, Französisch Guyana, Martinique und Reunion), die Spanische Autonome Gemeinschaft der Kanaren sowie die Portugiesischen Autonomen Regionen Azoren und Madeira. Die große physische Entfernung (gemessen von Brüssel) erstreckt sich von 2.700 km für Madeira bis zu 9.500 km für Reunion und stellt die zentrale Herausforderung dieser Gebiete dar. Sie unterscheiden sich stark im Hinblick auf Größe, natürliche Bedingungen, Bevölkerung sowie wirtschaftliche Basis und Perspektiven. Grundsätzlich haben sie Schwierigkeiten, Skalenvorteile zu erreichen und Erträge von Großinvestitionen zu generieren, was auch in den Arbeitslosenzahlen zum Ausdruck kommt. Wogegen das BIP in KKS für 2003 für die Provinz Las Palmas (95,8) und Madeira (90,4) sehr nahe bei den Durchschnittswerten der EU 25 (=100) lagen, zeigen Französisch Guyana (57,6), Reunion (60,2) und die Azoren (61,1) erheblich niedrigere Zahlen.

Berggebiete mit Potenzialen und Herausforderungen

(40) Der Charakter von Berggebieten ist sehr verschiedenartig, insbesondere im Hinblick auf deren sensibles Ökosystem, bestehenden Siedlungsdruck sowie mögliche Nachteile in der Erreichbarkeit. Auch die wirtschaftliche Situation der europäischen Berggebiete ist höchst unterschiedlich. Einige Gebiete leiden unter geographischen Nachteilen, wogegen andere eine erfolgreiche Entwicklung aufzeigen. Selbst wenn Land- und Forstwirtschaft oft als entscheidend für die lokale Wirtschaft und die kulturelle Identität angesehen werden, ist die Beschäftigung in anderen Wirtschaftssektoren grundsätzlich höher. Beispielsweise wohnt die Hälfte der österreichischen Bevölkerung in den Alpen und wichtige Bestandteile der österreichischen Wertschöpfung werden hier produziert – und nicht nur im Tourismus, sondern in fast allen Wirtschaftsbereichen. Die Alpenregion ist daher für Österreich nicht bloß ein Naturreiservat, sondern erfüllt alle Funktionen eines hoch entwickelten Lebens- und Wirtschaftsraums. Jedoch stellen im Allgemeinen die spezifischen ökologischen und geographischen Gegebenheiten europäischer Berggebiete (Topographie, Erreichbarkeit, Klima, begrenzt verfügbare natürlichen Ressourcen sowie Siedlungs- und Wirtschaftsfläche) besondere Herausforderungen dar – sogar wenn eine Region eine überwiegend dynamische Entwicklung aufweist – und können die Entwicklung in einigen Bergregionen erschweren.

Ausländische Direktinvestitionen in Osteuropa

(41) In einigen Ländern (besonders in Ungarn und der Slowakei) wird das Wachstum fast ausschließlich von ausländischen Direktinvestitionen getragen. Die Erhöhung ausländischer Direktinvestitionen (ADI) ist von großem Vorteil für diese Länder, insbesondere wenn lokale Zulieferer

und lokale Humanressourcen, natürliche Ressourcen und Dienstleistungen eingesetzt werden. Dieser "Pull-Effekt" tritt in solchen Ländern und Regionen bislang jedoch erst selten auf.

Konzentration des Wachstums in einigen wenigen Regionen im Osten

(42) In den meisten Ländern sind ausländische Direktinvestitionen und Wachstum auf wenige Regionen beschränkt; meist sind dies Hauptstadtregionen, westliche Grenzregionen und große Häfen. Die Entwicklung weitet sich allmählich auch auf andere Regionen aus, jedoch handelt es sich hierbei um einen langsamen und ungleichmäßigen Prozess. Regionale Entwicklungsunterschiede haben sich in den letzten zehn Jahren in fast allen neuen Mitgliedstaaten und Bewerberländern verschärft. In vielen Ländern sind die dynamischsten Wirtschaftszweige – die Wachstumsträger – Handel und Gewerbe, Immobilien und Finanzdienstleistungen. Einerseits ist dies plausibel, weil diese Sektoren in den ehemaligen Planwirtschaften unterentwickelt waren, andererseits könnten unverhältnismäßige Proportionen dieser Sektoren im Vergleich zu Industrie und Landwirtschaft Wettbewerbsfähigkeit und Gleichgewicht gefährden.

Die Transformation großer staatlicher Unternehmen und die Entstehung des Mittelstands im Osten

(43) In den Planwirtschaften dominierten große staatliche Unternehmen, während es kaum kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) gab. Die Entstehung kleiner und mittlerer Unternehmen ist somit eine neue Erscheinung, da sie bislang keine Gelegenheit hatten, Kapitalrücklagen zu bilden und ihre Marktposition zu konsolidieren. In vielen Fällen sind die Unternehmen zu klein; die meisten haben keine Angestellten. Es besteht eine Kluft zwischen großen Unternehmen (meistens im Besitz des Staats oder ausländischer Investoren) auf der einen und sehr kleinen „Mikrounternehmen“ (im Besitz von lokalen Unternehmern) auf der anderen Seite – kleine und mittlere Unternehmen fehlen. Dies bedingt auch ein Gefälle zwischen weitgehend automatisierten Hightech-Werken internationaler Unternehmen und lokalen „Mikro-“ Dienstleistungsfirmen ohne Angestellte. Mittlere Unternehmen könnten, gestützt auf lokale Qualifikationen, Begabungen und Traditionen, auf internationaler Ebene wettbewerbsfähig sein und die Beschäftigungslücke schließen.

Wirtschaftswachstum und sinkende Erwerbsquoten

(44) Die Beschäftigung hat sich nicht parallel zum dynamischen Wachstum des BIP erhöht. In vielen Ländern und Regionen der Peripherie herrscht relativ hohe Arbeitslosigkeit. Gleichmaßen schwerwiegend ist das Problem der niedrigen Erwerbstätigkeit. In einigen Ländern sind die Erwerbsquoten in den letzten fünfzehn Jahren drastisch zurückgegangen: Viele Menschen traten in den Vorruhestand, viele Frauen verließen den Arbeitsmarkt, andere gaben die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz auf und werden so nicht mehr als Arbeitssuchende registriert. Es handelt sich um ein ernstzunehmendes Problem, da es ohne eine Steigerung der Erwerbsquote unmöglich ist, mit den fortgeschrittenen Ländern gleichzuziehen.

Mangelnde Ausgewogenheit von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen in den osteuropäischen Mitgliedstaaten

(45) Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen ehemaliger Planwirtschaften sind nicht ausgewogen. Ihr Außenhandel konzentriert sich auf ein oder einige wenige große, entwickelte Länder (Deutschland, Italien), und ihre Handelsbeziehungen untereinander sind – mit Ausnahme der Slowakei – nicht sehr ausgeprägt. Durch den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) erzwungene Handelsbeziehungen brachen nach den Veränderungen des politischen und wirtschaftlichen Systems zusammen, und erholten sich lange Zeit nicht. In den letzten zwei Jahren (seit dem Beitritt zur EU) ist wieder Schwung in diese Handelsbeziehungen gekommen, aber in einigen Fällen liegen die Möglichkeiten noch brach.

Verschiedene Erfolgsrezepte

(46) Es gibt vielfältige Gründe für die florierende Entwicklung einer Region. Während die Lissabon-Strategie für eine Vielzahl von Regionen geeignet sein mag, zeigt sich in anderen Regionen, dass wirtschaftlicher Erfolg auch durch die Ausrichtung auf andere Themen erreicht werden kann, die in einem engeren Zusammenhang mit ihren komparativen Vorteilen und ihrem territorialen Potenzial stehen. Athen, Rom und Barcelona demonstrieren beispielsweise, dass kulturelle Funktionen und Verwaltungsfunktionen sowie konventionelle Sektoren immer noch eine tragfähige wirtschaftliche Grundlage für die Regionalentwicklung sein können. Während dies Beispiele großer Städte sind, wird dieser Sachverhalt bei einer Betrachtung kleinerer Städte oder ländlicher Räume noch klarer.

Clusterbildung – zwei territoriale Dimensionen

(47) Clusterbildung findet sowohl innerhalb der funktionalen städtischen Gebiete und Regionen als auch zwischen ihnen statt. Verbindungen zwischen städtischen Gebieten und Regionen wurden seit den frühen 1990er Jahren primär im nationalen Kontext geschaffen. Nun verläuft die Clusterbildung allmählich auch auf internationaler Ebene. Es entstehen transnationale Verbindungen zwischen Regionen, Städten und Entwicklungszonen in Nachbarländern; verstärkt gilt dies auch innerhalb von Meso-Regionen und im europaweiten oder globalen Kontext. So genannte „Hotspots“ der Wettbewerbsfähigkeit und Innovation befinden sich auch außerhalb Europas. Europa darf sich nicht nach innen wenden, sondern braucht aktive Verbindungen insbesondere zu Nordamerika, Russland und anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion, Asien, dem Nahen Osten und Afrika.

Klimawandel kann Entwicklungsvoraussetzungen beeinflussen

(48) Die Auswirkungen des Klimawandels sind von zunehmender wirtschaftlicher Bedeutung für die Anpassung in europäischen Regionen und anderswo. Unter anderem steigert der Klimawandel eventuell das Risiko von einigen Naturgefahren, da er größere instabile Wetterbedingungen mit sich bringt. Beispielsweise können Trockenperioden und Hitzewellen, vor allem im Mittelmeerraum, zunehmen. Obwohl es bislang noch kein Beweis dafür gibt, dass die Wettbewerbsfähigkeit einer Region durch bestehende Naturgefahren negativ beeinflusst wird, muss die zukünftige Raumentwicklung die Entschärfung von Risiken berücksichtigen. Steigende Risiken, Schäden durch Gefahren und Maßnahmen zur Risikoverminderung werden zunehmend Teil der komparativen Vor- und Nachteile für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Auf lange Sicht kann der Klimawandel auch eine Herausforderung für einige geographische Besonderheiten von Europa, z.B. Küstenräume und Flussbecken, darstellen.

Besondere räumliche Potenziale in Küstengebieten

(49) Europa ist umgeben von Wasser; in geographischer Sicht ist es eine Halbinsel. 2/3 der EU-Grenzen sind Küsten. Heute leben 35,6% der EU-Bevölkerung einschließlich Norwegen und der Schweiz in der Nähe von Küsten und über die Hälfte aller bedeutenden städtischen Agglomerationen sind dort angesiedelt. Jedoch gibt es auch verlassene Küstengebiete, deren Bevölkerung, Beschäftigung und Einkommen rückläufig ist. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung bestehen große Unterschiede, was auch die Hafen-, Fischerei- und Energie-bezogenen Aktivitäten einbezieht. Beide, große, global bedeutende Häfen und kleinere Häfen für Seeschifffahrt über kurze Strecken (short sea shipping), sind zunehmend bedeutende Knotenpunkte für den Transport von Gütern und somit Wirtschaftsfaktoren. Die wirtschaftliche Dimension von fischereibezogenen Aktivitäten variiert. Während man dazu tendierte, den Fischfang verstärkt in städtischen Zentren zu konzentrieren, befinden sich Nahrungsmittelindustrien für Meeresfrüchte immer noch oft an Orten außerhalb des Pendlereinzugsbereichs von Städten. Aquakultur mehr überdies regional konzentriert, und kann für solche Regionen einen wichtigen Entwicklungsfaktor darstellen. Zusätzlich profitieren einige Küstenräume von Öl- und Gasgewinnung sowie Windparks.

Die Lissabon-Strategie und regionale Integration

(50) Der Erfolg der Lissabon-Strategie wird nicht nur von Europas interner regionaler Integration abhängen, sondern auch von der Vernetzung mit seinen Nachbarn abhängen - und steht sogar mit seinen weltweiten Beziehungen in Zusammenhang. Neben Nordamerika und Ostasien ist Europa eines der drei großen Wirtschaftszentren der Welt. Diese drei großen Zentren haben nicht nur intensive Wirtschaftsbeziehungen untereinander, sondern ihre Beziehungen zu dynamischen Schwellenländern (China, ASEAN, Indien, Südamerika) werden ebenfalls zügig ausgebaut. Während in Amerika und Asien die wirtschaftliche Nord-Süd Integration Fortschritte macht, behindern große wirtschaftliche Entwicklungsunterschiede und politische Instabilitäten eine Nord-Süd Integration von Europa, Afrika und dem Nahen Osten. Tatsache ist, dass japanische Unternehmen viermal mehr und US-Unternehmen sogar sechsmal mehr in Entwicklungsregionen aus der Nachbarschaft investieren, als es europäische Unternehmen in der ihrigen tun. Sollte eine solche Nord-Süd Integration einen wirtschaftlichen Vorteil darstellen, so könnte die geringe regionale Integration von Europa und Afrika langfristig die internationale Wettbewerbsfähigkeit von sowohl Afrika als auch Europa untergraben.

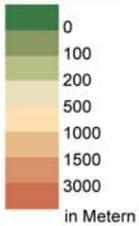
Politische Denkanstöße

- Konzentration des BIP und des "Lissabon-Potenzials" im Kernraum und Norden Europas sowie einer Reihe von städtischen Ballungsräumen.
- Überdurchschnittliches Wachstum in einigen Regionen sowohl in den ost- als auch westeuropäischen Ländern, welches langfristig zu mehr territorialer Ausgewogenheit beitragen könnte.
- Sowohl kleinere als auch größere städtische Ballungsräume können einen Beitrag zu einer ausgewogeneren Entwicklung des europäischen Territoriums leisten.
- Metropolräume mit hoher Erreichbarkeit haben das größte Potenzial, zum Erreichen der Lissabon-Ziele beizutragen.
- Transnationale Cluster von europäischer und globaler Bedeutung sollten identifiziert werden. Wichtige Aspekte dabei sind Benchmarking, fachliche Ebene, „Track Flows“, Mobilität kluger Köpfe (Brain Circulation), Aufbau von Kapazitäten in Regionen (als Treibhäuser der Innovation und Bestandteile von Clustern ersten Ranges), Branding und gemeinsame Identität, sowie der Austausch von Fachwissen und Kapazitäten
- Klimawandel kann die Voraussetzungen für die räumliche Entwicklung beeinflussen. Daher haben Regionalentwicklungspolitiken die Risikoverminderung in Bezug auf natürliche Risiken sowie Klimawandel zu berücksichtigen.
- Maritime sowie küstenbezogene Wirtschaftsfelder und Dienstleistungen spielen eine bedeutende Rolle für die integrierte Entwicklung der betreffenden Regionen.
- Bestimmte Gebiete, wie z.B. Bergregionen und Inseln, weisen eine große Vielfalt in Europa auf. In bestimmten Fällen sollten sie nicht nur als Touristen- und natürliche Rückzugsgebiete, sondern als räumliche Einheiten zum Leben und für wirtschaftliche Aktivitäten mit spezifischen, herausfordernden Faktoren betrachtet werden.
- Langfristig gesehen kann ein höherer Grad an regionaler Integration zwischen Europa und seinen Nachbarn die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Welt stärken.

Das europäische Territorium – physische Darstellung und Integration



Landhöhen



Länder des ESPON-Programms 2006

Größte Städte nach Einwohnerzahl

- 250.000 bis unter 500.000
- 500.000 bis unter 1 Million
- 1 Million und mehr

Europäische Integration

- Mitgliedstaaten der Europäischen Union
- Beitrittskandidaten der Europäischen Union
- Mitgliedsländer der Eurozone
- Teilnehmer am Schengen-Abkommen
- Hauptstädte

© EuroGeographics Association für die geometrischen Grundlagen
 Datengrundlage: Erhebung GTOPO30
 Bezugsdatum für die Europäische Integration: Januar 2007
 Quelle: ESPON-Datenbank

(Quelle: ESPON Atlas Project 2006, überarbeitet)

2.2.2 Orte der Innovation, Forschung und Entwicklung

Innovationen als Investition in die Zukunft

(51) Innovationen sind ein wichtiges Element zur Stärkung der europäischen Wirtschaft. Unter anderem müssen Forschung und Entwicklung (FuE) gestärkt werden, um Innovationskapazitäten aufzubauen und so Europas Perspektiven in der Weltwirtschaft zu verbessern. Vor dem Hintergrund der Ziele der Lissabon-Agenda werden mehr Länder und Regionen versuchen, ihre Wissensbasis zu vergrößern. Gegenwärtig besteht eine breite territoriale Diversität im Hinblick auf FuE-Standorte und Investitionen in FuE.

Starke geographische Konzentration der FuE-Ausgaben

(52) Die Konzentration der absoluten FuE-Ausgaben in den Hauptstadtregionen wird unter anderem besonders deutlich in Österreich, der Tschechischen Republik, Finnland, Frankreich, Ungarn, Griechenland und Portugal, wo die Hälfte der „Spitzenregionen“ die Hälfte der nationalen FuE-Ausgaben ausmachen. In Frankreich sind 45% der nationalen FuE-Ausgaben auf die Ile de France konzentriert (die Region, die in absoluten Werten die höchsten FuE-Aufwendungen aller europäischer Regionen aufweist), während auf die Region mit den zweit-höchsten FuE-Ausgaben (Rhônes-Alpes) nur 10% entfallen.

Regionale Unterschiede der FuE-Intensität

(53) Innerhalb der einzelnen Länder schwankt die FuE-Intensität (ausgedrückt als Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt [FuE-Quote/GERD]; wird häufig als Indikator der gesamten FuE-Aktivitäten eines Landes oder einer Region verwendet als Maßzahl für die relative Bedeutung von FuE innerhalb einer Volkswirtschaft) zwischen den Regionen beträchtlich, wobei eine starke Konzentration der Aufwendungen auf eine kleine Anzahl von Gebieten, vielfach in der Nähe der Hauptstadt festzustellen ist. Regionale Unterschiede in FuE zeigen sich vor allem in Deutschland und in Finnland. Auch in einigen neuen EU-Mitgliedstaaten sind regionale Unterschiede stark ausgeprägt, vor allem in der Tschechischen Republik und in Polen.

Konzentration der FuE-Bedeutung

(54) Betrachtet man die regionale Bedeutung von FuE und die Forschung in einer Region zusammen (ausgedrückt als Anteil am BIP [GERD] sowie andere Forschung im Wirtschaftssektor [BES], berechnet als Anteil der gesamten Beschäftigung in einer Region), so ergibt sich ein Zentrum-Peripherie-Muster der FuE-Bedeutung auf europäischer Ebene und ein relativ unregelmäßiges Muster auf regionaler Ebene. Auf europäischer Ebene demonstrieren die regionalen Zahlen für FuE die schwächere Position der EU-Peripherie, mit Ausnahme der skandinavischen Länder. Betrachtet man einzelne Regionen, so liegen Metropolräume in Europa hauptsächlich in Regionen mit einer überdurchschnittlichen FuE-Bedeutung. Besonders in den neuen EU-Mitgliedstaaten sind Metropolräume Teil der Regionen, die auf nationaler Ebene am besten abschneiden, unter anderem Bratislava, Budapest und Prag. Dublin, Göteborg, Toulouse und Lyon nehmen in ihren Ländern ähnliche Positionen ein.

Nicht alle Metropolräume haben einen FuE-Schwerpunkt

(55) Einige wichtige Metropolräume stützen sich nicht auf eine große Bedeutung von FuE. Dies gilt für Athen und Rom, die eher kulturelle und administrative Funktionen erfüllen, und in ähnlicher Weise für Barcelona, wo konventionelle Industrien, Kultur und Tourismus eine Rolle spielen.

Mittelgroße städtische Räume können eine große FuE-Bedeutung haben

(56) FuE ist nicht nur in Metropolräumen von Bedeutung. Auch eine Reihe von mittelgroßen städtischen Räumen im Kern und im Norden Europas schneiden bei Indikatoren der FuE-Bedeutung gut ab. Oulu in Finnland und Braunschweig in Deutschland sind hierfür die besten Beispiele. Besonders in Deutschland und den Niederlanden lassen sich noch weitere Beispiele finden.

Kulturelle und kreative Fähigkeiten als territoriales Potenzial

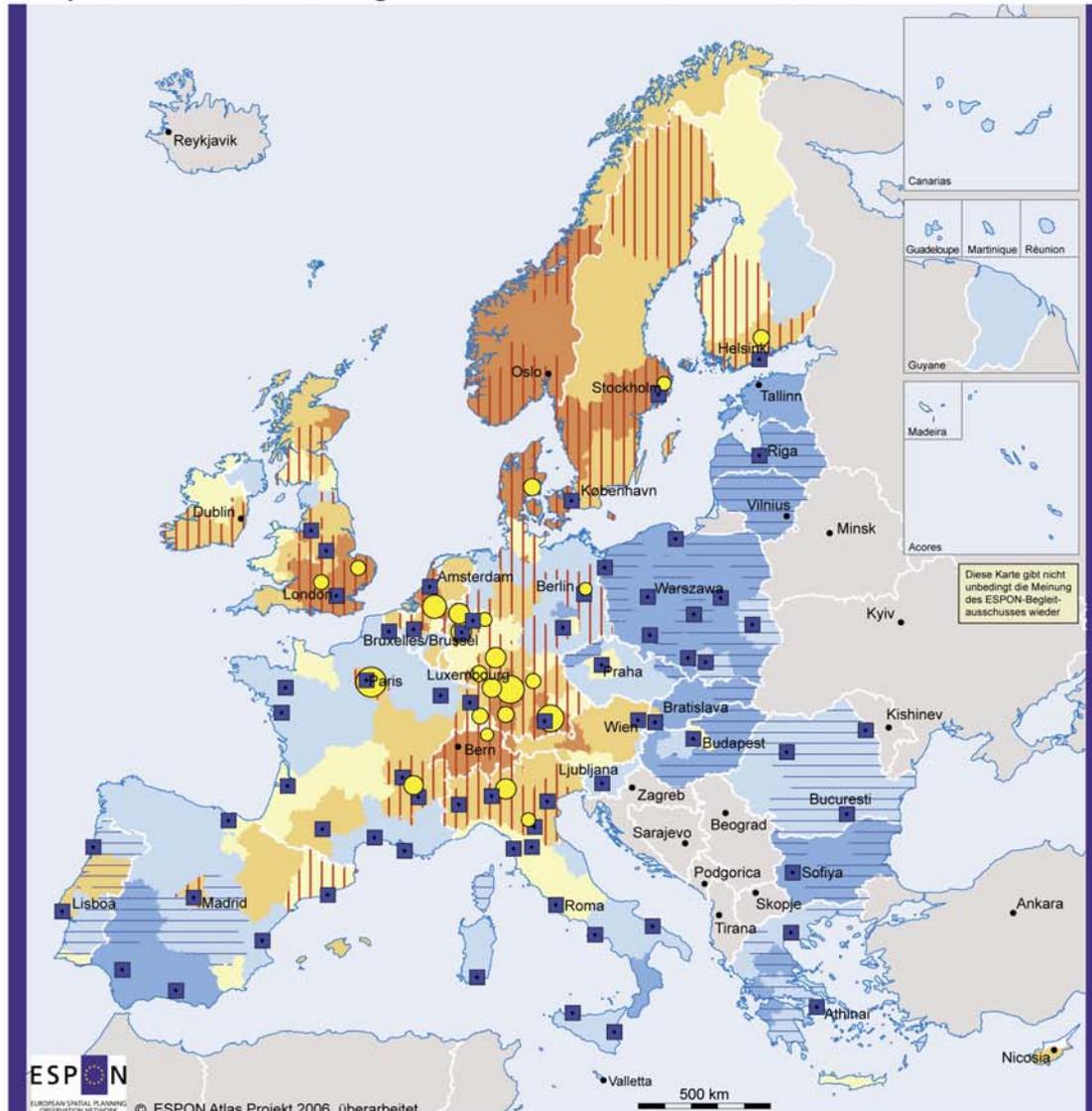
(57) Zeitgenössische Theorien über regionale Wettbewerbsfähigkeit unterstreichen die Bedeutung von „weichen“ Faktoren, wie Humankapital, kulturelles (Wissen und Kreativität) und sozioökonomisches Kapital, Qualität der Umwelt, etc. Diese Faktoren machen Standorte für

hochqualifizierte Arbeitskräfte attraktiv und verbessern die Voraussetzungen für Innovationen. Der Anteil der Arbeitskräfte in kulturellen und kreativen Berufen ist eine Maßzahl für die Einbettung von Kultur und Kreativität in den lokalen Produktionssystemen. Der höchste Anteil an kultureller Beschäftigung findet sich in einer Reihe von städtischen Regionen, vor allem in Hauptstadtregionen (z.B. Bratislava, Budapest, Madrid, Paris, Prag, Wien) oder Ballungsräumen in den Niederlanden, Deutschland und Belgien. Einige Länder weisen ein hohes Maß an „Kreativität“ auf – anders gesagt, sie haben die Fähigkeit, Kulturwerte für stark wissensbasierte Sektoren einzusetzen. Beispiele sind Finnland (Telekommunikation), Schweden (Design und Elektronik), die Niederlande (Medien und Verlagswesen) und die Schweiz (Design und Architektur).

Politische Denkanstöße

- Ausgaben für Forschung und Entwicklung (in absoluten Zahlen) konzentrieren sich in großen Metropolräumen
- Die FuE-Intensität (Ausgaben als Anteil des BIP, GERD) ist stark auf eine kleine Anzahl von Regionen – oft kleinere Metropolräume oder mittelgroße Städte – konzentriert.
- FuE-Aufwendungen und die Anzahl der Wissenschaftler im Wirtschaftssektor sind konzentriert auf den europäischen Kernraum und die skandinavischen Länder.
- Nicht alle europäischen Metropolräume haben ein starkes FuE-Profil.

Europäische Wettbewerbsfähigkeits- und Innovationscluster



ESPON
EUROPEAN SPATIAL PLANNING
OBSERVATION NETWORK

© ESPON Atlas Projekt 2006, überarbeitet

© EuroGeographics Association für die geometrischen Grundlagen
Regionale Ebene: NUTS 2
Datengrundlage: Lissabon-Indikatoren: ESPON Projekt 3.3, CURS;
Index zur Informationsgesellschaft: ESPON Projekt 1.2.3;
Patente: ESPON Projekt 3.1, BBR;
Wissensfunktionen der FUAs: ESPON Projekt 1.1.1
Quelle: ESPON-Datenbank

Wirtschaftliche Lissabon-Indikatoren*

Anzahl der Indikatoren im oberen Quartil minus Anzahl der Indikatoren im unteren Quartil

- > 3 Vorwiegend hohe Leistung
- 1 - 3
- 0 Mittlere Leistung
- 3 - -1
- < -3 Vorwiegend niedrige Leistung
- Keine Daten

Index zur Informationsgesellschaft

- Sehr gering
- Hoch und sehr hoch

Patente

- Regionaler Anteil an gesamten Patentanmeldungen (nur Regionen, die die ersten 50% aller Patente besitzen)
- 5 %
 - 2,5 %

Wissenszentrum von europäischer Bedeutung (FUAs mit 50.000 - 500.000 Studenten, 2000-2001)

(Quelle: ESPON Atlas Project 2006, überarbeitet)

2.2.3 Hotspots der Informations- und Kommunikationstechnologie

Zugang zur Informationsgesellschaft ist wichtig für die Wirtschaft der Zukunft

(58) Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind wichtige Instrumente im täglichen Leben der Bürger und für die betriebliche Kommunikation in Unternehmen und der Industrie. Um Wachstum und Beschäftigung zu fördern und die Lebensqualität zu verbessern, muss ein Zugang zu modernen Informations- und Kommunikationsmitteln gegeben sein. IKT ist ein komplexer und äußerst dynamischer Sektor, und die territorialen Strukturen ändern sich schnell.

Vielfalt der Kommunikationskulturen

(59) Die Einstellung zur Informationsgesellschaft und die Nutzung von IKT-Instrumenten in einem Gebiet sind in hohem Maße kulturell bedingt. Es gibt nationale Unterschiede in Telekommunikationskulturen; so haben Finnland und Schweden hoch entwickelte Kommunikations- und Informationsverarbeitungskulturen, die Tschechische Republik, Griechenland und Italien haben hoch entwickelte Sprachübermittlungskulturen. Dänemark und die Niederlande haben hoch entwickelte Informationsverarbeitungskulturen. Der Zugang und die Zugangsart zur Informationsgesellschaft im so genannten „Global Village“ sind abhängig vom geographischen Standort von Menschen und Unternehmen. Das bedeutet auch, dass IKT-Kulturen als komparative Vorteile, welche die Besonderheiten eines Raums hervorheben, gewertet werden könnten.

Informations- und Kommunikationstechnologie im Norden

(60) In einigen Regionen der nördlichen Länder und im Kernraum Europas ist man in Bezug auf IKT-Verfügbarkeit und dem Lebenszyklusindex der Informationsgesellschaft am weitesten fortgeschritten. Die Stadien dieses Zyklus sind (a) Fähigkeit, IKT zu nutzen, (b) Nutzungsdichte und (c) Auswirkungen der Nutzung. Die Gebiete mit den höchsten Indexwerten werden am ehesten von den Auswirkungen und Entwicklungen von Innovationen in diesem Bereich profitieren. Vor allem Großbritannien, die skandinavischen Länder, Deutschland und die Schweiz haben in diesem Bereich starke Regionen. Die Regionen von Paris und Madrid und einzelne Regionen in Belgien und den Niederlanden schneiden ebenfalls sehr gut ab. Beachtliche Ungleichgewichte bestehen jedoch nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Länder. Insbesondere abgelegene und periphere Regionen scheinen generell hinter dem jeweiligen nationalen Durchschnitt zurückzufallen.

Überraschungen an der Spitze

(61) Ähnlich wie das Nord-Süd-Gefälle gibt es auch ein Ost-West-Gefälle, da der Westen momentan weiter fortgeschritten ist. Die neueren EU-Mitgliedstaaten haben im Durchschnitt einen Rückstand bezüglich der Anwendung von IKT. Es gibt jedoch auch Unterschiede, welche deutlich werden, wenn man IKT-Bereiche einzeln betrachtet. Malta, Slowenien und Estland, z.B. sind führend bei Spitzentechnologien und Anwendungen wie Breitband und e-commerce.

Metropolräume an erster Stelle

(62) Die meisten kommerziell entwickelten Breitbandtechnologien sind sehr nachfrageorientiert und bedienen somit in erster Linie Räume mit einer hohen Bevölkerungsdichte. Sie folgen einem hierarchischen Ausbreitungsmuster: Metropolräume haben die kritische Masse, um Investitionen in die modernsten kommerziell interessantesten Technologien anzuziehen. IKT könnte zwar prinzipiell zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ländlicher und abgelegener Räume beitragen, jedoch fehlt es in ländlichen Räumen oft an einem ausreichenden Nachfrageniveau.

Politische Denkanstöße

- Kulturelle Vielfalt der IKT-Nutzung kann als komparativer Vorteil in Wert gesetzt werden.
- Der IKT-Sektor ist hochdynamisch, und eine Förderung der Nachfrage kann Investitionen in die kommerziell am weitesten entwickelten Technologien nach sich ziehen, was auch für Gebiete mit geringer Bevölkerungsdichte gilt.

- Insgesamt stehen die skandinavischen Länder derzeit im Bereich der IKT-Anwendungen an der Spitze und könnten am ehesten von den Auswirkungen und Entwicklungen von Innovationen profitieren.
- Im Hinblick auf individuelle Anwendungsbereiche von IKT sind unterschiedliche Länder führend.
- Städtische Räume profitieren stärker von IKT als ländliche, da der Schwerpunkt der Ausbreitung in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte liegt.

2.3 Verkehr und Energie

2.3.1 Verkehrsnetze und Erreichbarkeit

Maximierung der Erreichbarkeit

(63) Erreichbarkeit ist einer der wichtigsten Indikatoren zur Beschreibung der territorialen Aspekte eines Verkehrssystems. Die Quantität und Qualität der Infrastrukturausstattung einer Region und ihre Verbindungen zu den wesentlichen Transportnetzen, welche für die Bevölkerung und/oder die wirtschaftlichen Zentren die Qualität des Anschlusses bestimmen (Reisezeit und Kosten), spielen hierbei eine bedeutende Rolle. Erreichbarkeit definiert den relativen Standort eines Gebiets und demonstriert die Entwicklungspotenziale eines Raumes hinsichtlich verfügbarer Verkehrsdienstleistungen. Auf europäischer Ebene kann Erreichbarkeit in Bezug auf einzelne Verkehrsarten oder auf multimodale Erreichbarkeit diskutiert werden. In der Diskussion sollten auch die spezifischen Herausforderungen für die Erreichbarkeit von Berggebieten, Inseln und Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte, und die minimalen Voraussetzungen für den Zugang zu internationalen Märkten berücksichtigt werden. Bei der Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur muss ebenfalls die negativen Umweltauswirkungen beachtet werden.

Zentrum-Peripherie-Muster der Erreichbarkeit über die Straße

(64) In der Erreichbarkeit auf dem Straßenweg zeigt sich ein klarer Unterschied zwischen Zentrum und Peripherie, was die unterschiedlichen Bevölkerungsdichten widerspiegelt. Die Erreichbarkeit über die Straße, die der Bevölkerung die meisten Transportmöglichkeiten bietet, zeigt ein deutliches europäisches Zentrum-Peripherie-Muster. Für alle anderen Verkehrsarten zeigen die Erreichbarkeitsindikatoren weniger ausgeprägte Gegensätze zwischen Zentrum und Peripherie an. Die veränderten Erreichbarkeitsmuster über die Straße zwischen 2001 und 2006 verdeutlichen, dass die Erreichbarkeit sich außerhalb des europäischen Kernraumes verbessert. Insbesondere in Ostdeutschland, West-Polen und der Tschechischen Republik hat die europäische Erreichbarkeit über die Straße mehr als in anderen Teilen Europas zugenommen. In einigen Ländern Osteuropas besteht ein dringender Bedarf, vergleichbare Erreichbarkeitsbedingungen zu schaffen, z.B. Nord-Süd-Straßenkorridore.

Konzentration der Erreichbarkeit über die Schiene

(65) Hohe Erreichbarkeit über die Schiene ist auf die zentralen Gebiete und solche Städte konzentriert, die als Knotenpunkte für die Hochgeschwindigkeitsnetze dienen, sowie entlang der wichtigsten Schienenkorridore. Durch Investitionen in Hochgeschwindigkeits-Bahnverbindungen und -netze können Korridore mit einer höheren Erreichbarkeit auf dem Straßenweg erweitert werden. Dies lässt sich vor allem in Frankreich beobachten, wo die TGV-Linien ans Mittelmeer und an den Atlantik Korridore schaffen, welche deutlich über der durchschnittlichen europäischen Erreichbarkeit über die Schiene (Schienenerreichbarkeit) liegen. Darüber hinaus zeigen die veränderten Muster der Schienenerreichbarkeit zwischen 2001 und 2006, dass sich hier das Zentrum-Peripherie-Muster ausbreitet. Insbesondere in den süd-östlichen Regionen des europäischen Kernraumes und in den meisten italienischen, spanischen und irischen Regionen hat sich die Schienenerreichbarkeit mehr als in anderen Teilen Europas verbessert.

Polyzentrischere Erreichbarkeit auf dem Luftweg

(66) Das Bild der Erreichbarkeit auf dem Luftweg zeigt ein Mosaik von Regionen mit hoher Erreichbarkeit umgeben von Regionen mit geringer Erreichbarkeit. Geringe Erreichbarkeit ist jedoch nicht mehr nur für die europäische Peripherie ein Problem, sondern auch für einige Regionen im Zentrum Europas. Dies ist bedingt durch die Tatsache, dass Gebiete mit hoher

Erreichbarkeit auf dem Luftweg sich um die wichtigsten Flughäfen herum konzentrieren. Trotzdem sind Regionen mit einem Flughafen im zentralen Bereich Europas besser erreichbar als Regionen mit einem Flughafen in anderen Teilen Europas. Das Hinterland der Flughäfen ist sehr begrenzt, wie das starke Erreichbarkeits-Gefälle bei einer Entfernung von den Flughäfen zeigt.

Binnenwasserstraßen und Flussgebiete

(67) Binnenwasserstraßen sind unverzichtbare Verkehrsadern mit großen Auswirkungen auf die industrielle, urbane und kulturelle Entwicklung vieler europäischer Länder und Regionen der EU und ihrer Nachbarstaaten. Einige Verbindungen, wie z.B. Rhein-Main-Donau, Rhein-Rhône, Schelde-Seine, oder Havel-Oder erfreuen sich einer besonderen Bedeutung. Zugleich werden ihre Flussgebiete und Einzugsgebiete vielfältig genutzt und prägen so Landschaften, Wirtschaftsregionen und Ökosysteme.

Knotenpunkte multimodaler Erreichbarkeit

(68) Betrachtet man die verschiedenen Verkehrsarten in ihrer Gesamtheit, so zeigt sich, dass Regionen mit weit überdurchschnittlicher Erreichbarkeit hauptsächlich in einem Bogen angeordnet sind, der von Liverpool und London über Paris, Lyon, und die Benelux-Staaten, entlang des Rheins in Deutschland bis nach Norditalien reicht. Einige Ballungsräume in abgelegeneren Gebieten, wie Madrid, Barcelona, Lissabon, Dublin, Glasgow, Kopenhagen, Malmö, Göteborg, Oslo, Rom, Neapel, Thessaloniki und Athen zeichnen sich ebenfalls durch eine hohe oder mittlere multimodale Erreichbarkeit aus, hauptsächlich durch die Nähe zu internationalen Flughäfen. Zugleich beginnt die europäische Peripherie in Regionen, die normalerweise als zentral angesehen werden.

Die Bedeutung sekundärer Netze

(69) Nicht nur die europäische, sondern auch die nationale Ebene ist durch Zentrum-Peripherie-Muster geprägt. Auf nationaler Ebene gilt für die meisten Länder, dass zentrale Räume eine höhere Erreichbarkeit haben als periphere Küsten- oder Grenzregionen, einschließlich Bergregionen und Inseln. Der Grund hierfür ist, dass Straßen- und Schienennetze sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene eine Zentrum-Peripherie-Struktur aufweisen. „Abgeschiedenheit“ ist somit nicht nur ein Problem der Regionen in der europäischen Peripherie, sondern auch der Regionen in der Peripherie ihrer jeweiligen nationalen Märkte. Dies hebt die Bedeutung sekundärer Verkehrsnetze hervor. Dieser Grundsatz der nationalen „Abgeschiedenheit“ erklärt auch einige der Nachteile, unter denen einige Grenz-, Küsten-, Berg- und Inselregionen zu leiden haben. Diese sollten behandelt werden, um weitere Desertifikation zu vermeiden.

Zunehmender Verkehr insbesondere im Osten der EU und in ländlichen Räumen

(70) Überlastete Verkehrskorridore werden zu einem ernsthaften Problem für die Erreichbarkeit. Die Erhöhung des Verkehrsvolumens wird vor allem ländliche Räume und den Osten der Europäischen Union betreffen. Der Anstieg des Schienenverkehrs wird sich hauptsächlich im Zentrum der EU und in den Hauptkorridoren, die sich nach Spanien und Italien ausdehnen, vollziehen.

Land-See Verbindungen – Meeresautobahnen

(71) Auf dem Weltmarkt gehandelte Güter werden zum Großteil auf dem Seeweg transportiert, und auch innerhalb Europas gewinnt der Kurzstreckenseeverkehr an Bedeutung. Die Anbindung an Seehandelshäfen ist somit eine Schlüsselfrage für die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Große Häfen (z.B. Rotterdam und Hamburg) spielen in der ersten Liga des weltweiten Hafennetzwerkes. Einige kleinere Häfen profitieren von der wachsenden Bedeutung der Seeschifffahrt über kurze Strecken (short sea shipping). Die Verbindung zwischen Häfen als Knotenpunkten in einem europäischen Verkehrsnetz und den zu bedienenden Räumen im Binnenland ist auch ein fester Bestandteil des Konzepts der „Meeresautobahnen“, das zur Bewältigung einer immer stärkeren Überlastung der Landkorridore entwickelt werden muss. Küstenregionen im Zentrum Europas haben mit dem Ärmelkanal und der Nordsee die beste Anbindung und die effizientesten Verbindungen von Häfen in das jeweilige Hinterland.

Erreichbarkeit von Inseln und besondere Entwicklungsherausforderungen

(72) Europa schließt eine große Vielfalt an Inseln ein. Es gibt Inselstaaten, größere Inseln, Inselgruppen und Archipele, sowie Inseln mit festen Verbindungen zum Festland, die daher oft nicht mehr als Inseln wahrgenommen werden. Darüber hinaus gibt es periphere und ultra-periphere Inseln. Es ist unvermeidbar, dass es verschiedene Entwicklungstrends und Herausforderungen für diese verschiedenen Typen von Inseln gibt. Typischer Weise unterliegen Inseln Erreichbarkeitsnachteilen – eine Herausforderung, die insbesondere kleine Inseln in der europäischen Peripherie betrifft und die wirtschaftliche und demographische Entwicklung beeinflusst. Sogar im europäischen Kernraum sind kleine Inseln abgelegener und weniger wirtschaftsstarke als die benachbarten Städte und Regionen auf dem Festland. Jedoch gibt es auch, z.B. im Hinblick auf die demographische Entwicklung, wachsende Inselstaaten und -regionen wie z.B. Åland, die Balearen, Zypern oder Kreta. Deren Bevölkerung wächst überwiegend durch eine Kombination aus positiver Wanderungsbilanz sowie einem positiven natürlichen Bevölkerungszuwachs. Dies unterstreicht, dass die Situationen von Insel zu Insel aufgrund der großen Vielfalt von Inseln stark voneinander abweichen.

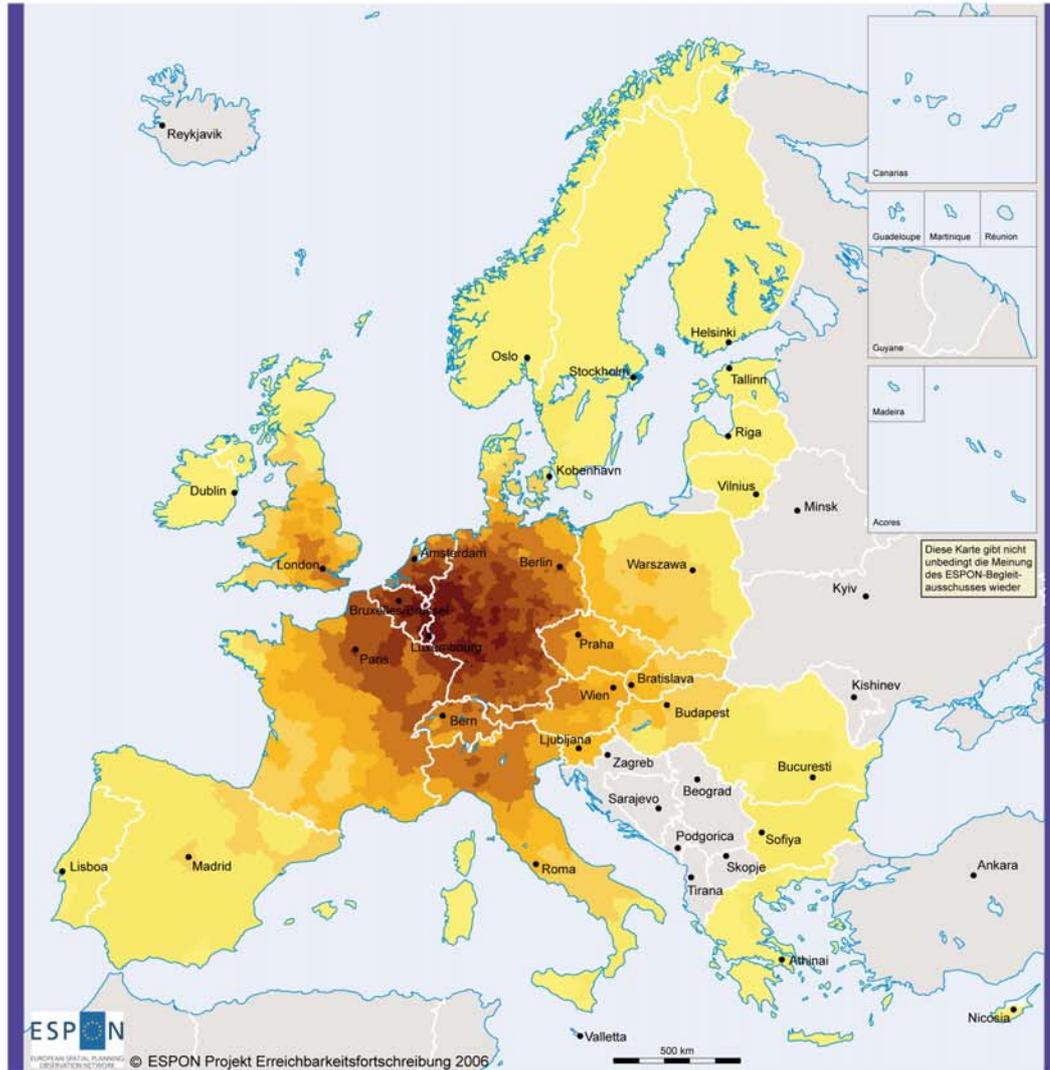
Rückständige Regionen am schwersten betroffen von höheren Transportkosten

(73) Erhöhte Transportkosten als Folge des Anstiegs der Ölpreise oder der Verkehrspreisbildung (z.B. Straße) werden äußerst negative Auswirkungen auf rückständige, ländliche und periphere Regionen haben, d.h. auf die Regionen, die generell weniger wohlhabend als das Zentrum sind.

Politische Denkanstöße

- Erreichbarkeit über Straße und Schiene ist eindeutig im Zentrum Europas am höchsten.
- Erreichbarkeit auf dem Luftweg zeigt ein polyzentrischeres Bild, ist jedoch in hohem Maß auf Städte mit Flughäfen und ihr unmittelbares Hinterland konzentriert. Einige Städte nutzen ihr „territoriales Kapital“, um aus internationaler Perspektive besser erreichbar zu sein.
- Binnenwasserwege und ihre Netze spielen eine wichtige Rolle bei der Verbindung vieler verschiedener Regionen in Europa.
- Der Seeverkehr und „Meeresautobahnen“ sowie die damit verbundene Hafeninfrastruktur sind von besonderer Bedeutung für die Entwicklung bestimmter Küsten- und Inselregionen, da sie ihre allgemeine Erreichbarkeit erhöhen.
- Mit Blick auf die multimodale Erreichbarkeit wird deutlich, dass Flughäfen für die Erreichbarkeit von Räumen außerhalb des europäischen Kernraums von besonderer Bedeutung sind.
- Nationale Zentrum-Peripherie-Muster verdeutlichen, dass es auch im Kernraum Europas Gebiete mit geringer Erreichbarkeit gibt.
- Hochgeschwindigkeitsbahnlinien können Städte zwischen den Hauptknotenpunkten über strategische Planung von Haltepunkten von (einigen) Zügen stärken
- Sekundärnetze sind insbesondere im Hinblick auf den erwarteten Verkehrsanstieg in ländlichen Räumen von besonderer Bedeutung.
- Auswirkungen europäischer Verkehrspolitik begünstigen in den meisten Fällen eine ausgeglichene Raumentwicklung, obwohl sie die Erreichbarkeit zentraler Regionen stärker erhöhen als die Erreichbarkeit weniger zugänglicher Regionen.

Potenzielle Erreichbarkeit im Straßenverkehr



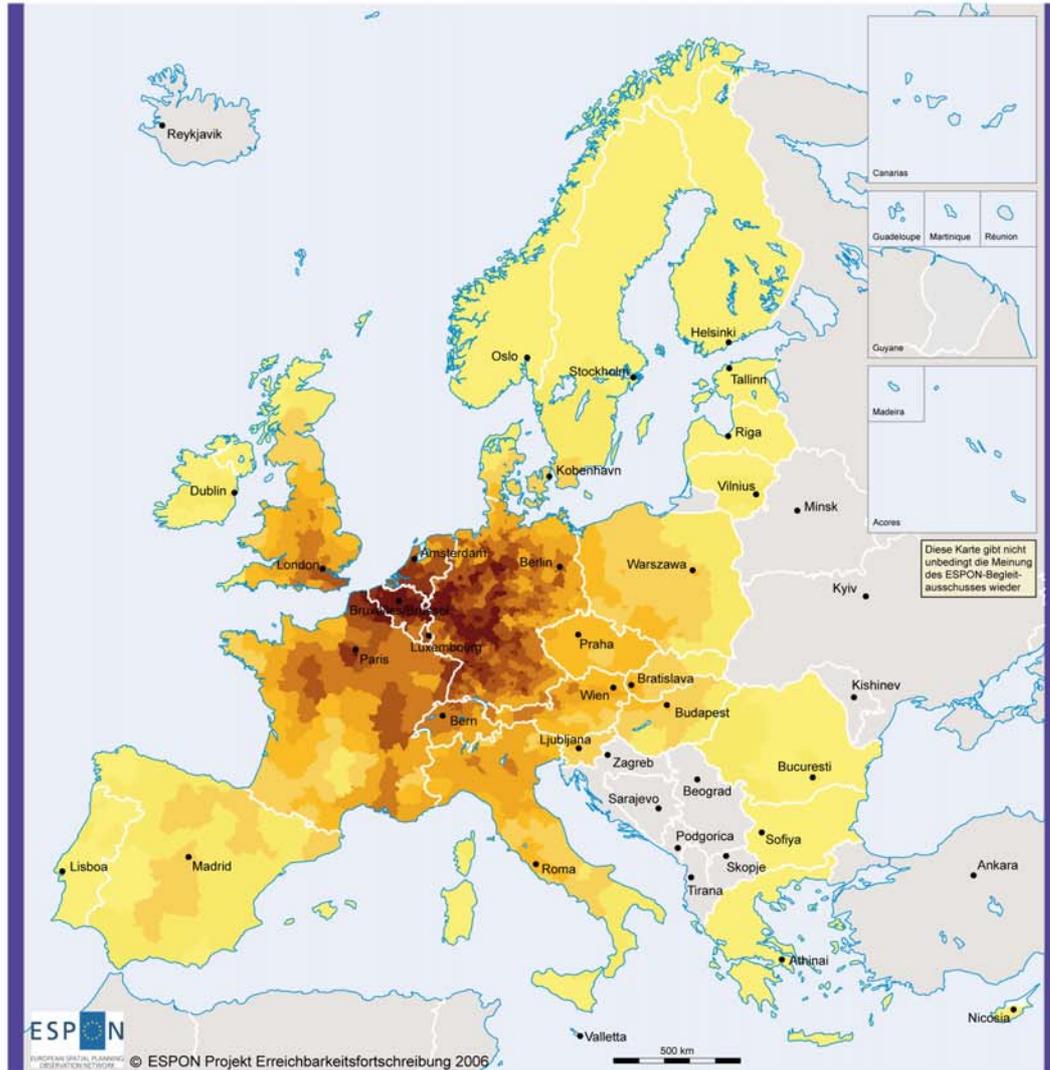
Potenzielle Erreichbarkeit im Straßenverkehr 2006 (ESPON-Gebiet = 100)



© EuroGeographics Association für die geometrischen Grundlagen
Regionale Ebene: NUTS 3
Datenherkunft: RRG GIS-Datenbank,
S&W Erreichbarkeitsmodell
Quelle: ESPON-Datenbank

(Quelle: ESPON (2006): Accessibility Update)

Potenzielle Erreichbarkeit im Schienenverkehr



Potenzielle Erreichbarkeit im Schienenverkehr 2006 (ESPON-Gebiet = 100)



(Quelle: ESPON (2006): Accessibility Update)

2.3.2 Energienachfrage und Energieversorgung

Notwendigkeit einer stabilen Energieversorgung für Europa

(74) Die weltweite Nachfrage nach Energie steigt, während die Ölreserven begrenzt sind; die Folgen werden aller Wahrscheinlichkeit nach Energieknappheit und / oder steigende Energiepreise sein. Die europäische Wirtschaft braucht jedoch eine verlässliche Energieversorgung. Hierin liegt eine starke territoriale Komponente. Aufgrund unterschiedlicher Nachfragestrukturen und verfügbarer Ressourcen sind europäische Regionen auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maße betroffen. Europas Regionen können durch die Erforschung neuer Energieträger und / oder Technologien (oder der Wiedereinführung alter) einen Beitrag zu einer sichereren Energieversorgung leisten. Europa braucht eine territoriale Struktur, die so weit wie möglich „resistent“ gegen Energieknappheit und steigende Energiepreise ist.

Abhängigkeit von Energieeinfuhren unterschiedlich

(75) Die EU und ihre Nachbarstaaten ist als Ganzes weniger abhängig von Energieeinfuhren, da die Abhängigkeitsrate sich von 1990 bis 2002 mit einem Selbstversorgungsanteil von 60,9% in 1990 und 64% in 2002 verbessert hat. Diese Zahl wird jedoch maßgeblich von Norwegen beeinflusst, welches das Neunfache der Energie erzeugt, die es selbst verbraucht. Andere Länder müssen den Löwenanteil der benötigten Energie importieren. Es besteht immer noch eine gewisse Abhängigkeit von einigen Nachbarländern der EU.

Wirtschaft in Osteuropa stärker vom Ölpreisanstieg getroffen

(76) Preissteigerungen sind zu erwarten und sie werden einige Regionen härter treffen als andere. Die Sensibilität gegenüber Preisänderungen schwankt in Abhängigkeit von der Energienutzung. Nicht alle Regionen sind gleichermaßen abhängig von Energieversorgung und niedrigen Preisen. Energieintensive Industriezweige laufen Gefahr, nicht mehr gewinnbringend arbeiten zu können, und die Regionen in denen sie angesiedelt sind, könnten dadurch stark beeinträchtigt werden. Westeuropäische Länder verbrauchen 50% mehr Energie als osteuropäische. Man braucht jedoch für die Erwirtschaftung von einem Euro Einkommen in westeuropäischen Ländern nur 30% der Energie, die hierfür in osteuropäischen Ländern erforderlich wäre. Insbesondere Regionen, die sehr sensibel auf Preise reagieren und eine geringe Selbstversorgung haben, werden hiervon betroffen sein (z.B. Regionen in Lettland, Litauen, Ungarn, Slowenien, Zypern aber auch Frankreich und Italien) gefolgt von hochanfälligen Regionen mit einem hohen Grad an Selbstversorgung (z.B. Regionen in Polen, der Tschechischen Republik, Rumänien, Estland). Einige europäische Regionen und Länder könnten von steigenden Energiepreisen sogar profitieren. Gebiete, in denen Energie erzeugt wird, werden zusätzliches Einkommen generieren, besonders wenn die Produktion über dem Eigenverbrauch liegt.

Steigende Energie- und Transportkosten betreffen vor allem ländliche und abgelegene Räume

(77) Energieknappheiten und / oder steigende Energiepreise wirken sich unmittelbar auf die Transportkosten, auf (energieintensive) Industriezweige und auf das Wohnen aus. Der Anstieg der Ölpreise wird in Bezug auf den Verkehr insbesondere ländliche, rückständige und periphere Regionen treffen, und könnte im Osten der Union eine Verlangsamung des Aufholprozesses im Hinblick auf zurückgelegte Kilometerzahlen zur Folge haben. Ländliche Räume, die nahe städtischen Zentren liegen, könnten hiervon weniger betroffen sein als abgelegene ländliche Räume.

Erneuerbare Energie als territoriales Potenzial

(78) Je nach ihrem spezifischen regionalem Kapital könnten bestimmte Regionen in verschiedenen Bereichen, wie Öl, Gas, Windkraft, Wasserkraft, Sonnen- und Bioenergie, einen Beitrag zur europäischen Energieproduktion leisten. Gebiete, in denen erneuerbare Energieträger produziert werden, werden hoch im Kurs stehen. Sie unterscheiden sich je nach Energieträger (wie z.B. Windkraft, Wasser, Biomasse oder Solarenergie). Über das höchste Potenzial verfügen Regionen mit einem hohen Selbstversorgungsanteil und geringer Anfälligkeit, was auf die meisten Gebiete der EU-15 zutrifft.

- Das Windkraftpotenzial ist besonders hoch in Ländern wie Norwegen, Irland, Griechenland, Schweden, Portugal, Spanien and Großbritannien.

- Das Potenzial der Energiegewinnung aus Biomasse ist besonders hoch in Ländern wie Italien, Polen, den Niederlanden, Deutschland, Großbritannien und Belgien. Die skandinavischen Länder mit ihren großen Waldbeständen haben ebenfalls ein hohes Potenzial für Biomasse, z.B. über Abfallprodukte der Forstwirtschaft.
- Das Potenzial der Sonnenenergie ist in Südeuropa am höchsten, kann jedoch aufgrund moderner Technologien allmählich auch in Nordeuropa genutzt werden.

Steigt die Anzahl energieerzeugender Regionen, so kann dies zu einer Verringerung der bestehenden Ungleichgewichte, und damit zur Stärkung der Kohäsion beitragen.

Aufzeigen verborgener territorialer Ressourcen

(79) Die Art und Weise, in der die verschiedenen Verkehrsflüsse derzeit erzeugt werden und wie andere Funktionen des Energieverbrauchs territorial organisiert sind, beeinflussen die Höhe des Energieverbrauchs. Disperse physische und territoriale Strukturen tragen eher zum Energieverbrauch als zum Energiesparen bei.

Politische Denkanstöße

- Die hohe Anfälligkeit von Steigerungen in den östlichen Teilen Europas führt zu territorialen Ungleichgewichten hinsichtlich der Auswirkungen von Energiepreisänderungen.
- Ein Anstieg der Energiepreise wird die neuen EU-Mitgliedstaaten (und kleinere Länder mit geringer Selbstversorgung) härter treffen als andere.
- Im Bereich Verkehr wird der Ölpreisanstieg besonders nachteilig für ländliche, rückständige und periphere Regionen sein, und eine Verlangsamung des Aufholprozesses an Kilometerzahlen im Osten der EU zur Folge haben.
- Effiziente Energieübertragung (ohne Energieverluste) und ein hohes Maß an Versorgungssicherheit sind erforderlich.
- Alle europäischen Regionen haben unterschiedliche Potenziale für die Produktion erneuerbarer Energien.
- Weniger unregelmäßige territoriale Strukturen könnten zur Energieeinsparung beitragen.

2.4 Risikomanagement und Verbindungen zum Klimawandel

Natürliche und technologische Gefahren

(80) Zwischen natürlichen und technologischen Gefahren muss unterschieden werden. In beiden Fällen besteht eindeutig eine transeuropäische Dimension. Naturgefahren können nach ihren Auswirkungen auf europäische Regionen grob in größere Gruppen eingeteilt werden. In Südeuropa, dem Mittelmeer- und den atlantischen Inseln herrschen Gefahren von Waldbränden, Dürre, Erdbeben und Vulkanausbrüchen vor, während in West- und Nordeuropa hauptsächlich Winterstürme, Sturmfluten und Hochwasser auftreten. In Osteuropa wiederum drohen in erster Linie Hochwasser, Erdbeben und extreme Temperaturen. In Berggebieten kommen Erdbeben- und Lawinengefahren hinzu, während viele Inseln und Küstenregionen mit einer Nähe zu tektonischer Aktivität von Tsunamis getroffen werden können. Am stärksten von technologischen Gefahren bedrohte Regionen sind unter anderem Hafengebiete (einschließlich Küstenzonen) und wichtige Zentren der Ölindustrie und der chemischen Industrie. Nukleare Gefahren drohen offenkundig in Städten / Regionen in der Nähe oder flussabwärts von Kernkraftwerken.

Mitteleuropa mit den meisten Hochwasserereignissen an Flüssen

(81) Überschwemmungen haben sich zunehmend zu einer Bedrohung für die bebaute Umgebung von Flüssen entwickelt, seitdem durch menschliches Handeln Flussbetten samt ihrer hochwassergefährdeten Umgebung verändert, begründet und sogar verlegt werden, und gleichzeitig in tief liegenden Gebieten in der Nähe von Flüssen gebaut wird. Verstärkte Bodenversiegelung und Abholzung hat auch erhöhte Hochwassergefahr zur Folge, da das Regenwasser direkt in den Fluss abfließt und der Zufluss von Wassermassen in den Fluss nicht mehr durch das natürliche Wasserrückhaltevermögen des Bodens verzögert wird. Von 1987 bis 2002 fanden die meisten Überschwemmungen in Nordwestrumänien, Südostfrankreich, Mittel- und Süddeutschland, der Tschechischen Republik und dem Osten Englands statt. In 2005 war Rumänien mit der höchsten Anzahl großer Überschwemmungen konfrontiert.

Mehrere Regionen Europas von Dürre betroffen

(82) In Europa machte die Dürre 2003 fast ein Drittel der wirtschaftlichen Verluste aufgrund von Naturgefahren aus. Die Auswirkung von Dürren auf menschliches Handeln ist beachtlich. Es gibt einige Fälle der Misswirtschaft im Bereich Wasserressourcen, z.B. Überpumpung von Grundwasserleitern, Oberflächenversiegelung, erhöhter Oberflächenabfluss, eingeschränkte Grundwasseranreicherung, übermäßiger Wasserverbrauch in trockenen Gebieten, intensive Landwirtschaft und Bewässerung. Davon abgesehen ist Wasserknappheit in einigen Regionen ein immer schwerwiegenderes Problem. In den osteuropäischen Ländern gab es zusätzlich zu den häufigen Überschwemmungen der letzten 15 Jahre auch große Probleme mit Dürren in den letzten hundert Jahren.

Waldbrandrisiko am höchsten im Mittelmeerraum

(83) Waldbrände (Flächenbrände) können beträchtliche ökologische, soziale und wirtschaftliche Schäden verursachen. In einigen Fällen sind Waldbrände ein natürliches Phänomen, welches für die natürlichen Lebensprozesse in Wäldern wichtig ist. Die höchste Wahrscheinlichkeit von Waldbränden besteht im Mittelmeerraum, und auch teilweise in Bulgarien, der Tschechischen Republik und Rumänien. Das hohe Risiko eines Waldbrands in Mittel-Nord-Portugal und Nordwestspanien ist wohl auch auf die verbreitete Praxis des „Fällens und Verbrennens“ zurückzuführen, welche die Anfälligkeit für Waldbrände zusätzlich erhöht.

Klimawandel beeinflusst Naturgefahren

(84) Der Klimawandel führt zu Änderungen in Wettergrößen und extremen Ereignissen von Temperatur, Niederschlag (einschließlich Schnee und Eis) und Wind. Es ist anzunehmen, dass der Klimawandel vor allem die Häufigkeit von Naturkatastrophen beeinflussen wird. Aufgrund längerer Trockenheiten wird sich vor allem in den südlichsten Räumen Europas eine erhöhte Häufigkeit von Naturgefahren als Konsequenz des Klimawandels ergeben. Sollten sich die Windbedingungen ändern oder eine Häufung extremer Ereignisse eintreten, so könnte sich die Gefährdung durch Winterstürme beträchtlich erhöhen. Beispiele extremer Ereignisse sind der Wintersturm 2005 im Ostseeraum und andere Stürme in anderen Teilen Europas. Darüber hinaus werden die Auswirkungen erhöhter Niederschläge auf Erdbeben und Lawinen vor allem auf lokaler Ebene deutlich werden.

Ungleichmäßige Bedrohung durch Naturgefahren im europäischen Territorium

(85) Das europäische Territorium ist nicht einheitlich von Naturgefahren bedroht, da die Gefahrenstrukturen aufgrund der natürlichen, meteorologischen, klimatischen und geologischen Vielfalt regional unterschiedlich sind. Erdbeben und Vulkanausbrüche sowie Dürren, Waldbrände und einige aktive geologische Störungszonen treten hauptsächlich im Mittelmeerraum, den Atlantischen Inseln sowie in den EU-Überseeräumen auf. Dürren und Waldbrände stellen in Mittel-, Süd- und Südosteuropa eine große Gefahr da. Stürme und Sturmfluten beschränken sich meist auf Küstenzonen und ihr Hinterland, und drohen aus Klimagründen eher entlang der Nord- und Ostseeküste als an anderen Orten Europas. Hochwasser ist ein Problem fast aller großen Flüsse; Sturzfluten und Erdbeben treten in erster Linie in Berggebieten, Lawinen meist in verschneiten alpinen Berggebieten auf. Sicherlich sind vereinzelt auch lokale Ereignisse außerhalb der erwähnten Regionen vorstellbar.

Klare territoriale Wirkung technologischer Gefahren

(86) Katastrophen wie Seveso, Tschernobyl und der Unfall des Öltankers Prestige zeigen, dass solche eindeutig durch menschliches Handeln verursachten Ereignisse eine große Beeinträchtigung für Umwelt und Mensch sein können. Sie können in Verbindung mit Fehlfunktionen technischer Infrastruktur in den meisten europäischen Regionen auftreten. Die Konsequenzen dieser Gefahren sind von menschlichem und auch wirtschaftlichem Interesse. Technologische Gefahren finden sich traditionell in hoch industrialisierten Räumen, wo sie gehäuft auftreten. Da viele traditionelle Siedlungsgebiete industrielle Bedeutung erlangt haben, treten technologische Gefahren gehäuft in der Nähe zu natürlichen Risikogebieten auf.

Politische Denkanstöße

- Die Informationen, abgeleitet von unterschiedlichen Gefahren, verdeutlichen, dass Gefahren im gesamten Territorium und auf allen territorialen Ebenen auftreten. Aus diesem Grund wäre eine bessere Koordinierung des Risikomanagements wünschenswert.

- Anfälligkeit besteht auf menschlicher und sozialer Seite, und auch im Hinblick auf räumliche Strukturen.
- Polyzentrische Raumentwicklung kann die Anfälligkeitsstrukturen in Europa ausgleichen. Es ist anzunehmen, dass alle Anfälligkeitsaspekte (wirtschaftliche, soziale und ökologische) für integrierte Anfälligkeitsanalysen berücksichtigt werden müssen.
- Substanzielle Ziele und Verfahrensvorgaben im Hinblick auf Reduzierung der Anfälligkeit und Risikomanagement sollten in Entwicklung und Forschung integriert werden.
- Anpassungsstrategien für involvierte Stakeholder stellen ein wichtiges Thema dar, welches es zu berücksichtigen gilt.
- Das Triangel „Beständigkeit/Widerstand – Belastbarkeit – Rückzug“ muss bei der Diskussion von Maßnahmen berücksichtigt werden.
- Risiko-Governance könnte als integrierter Bestandteil einer allgemeinen Governance-Strategie angesehen werden.

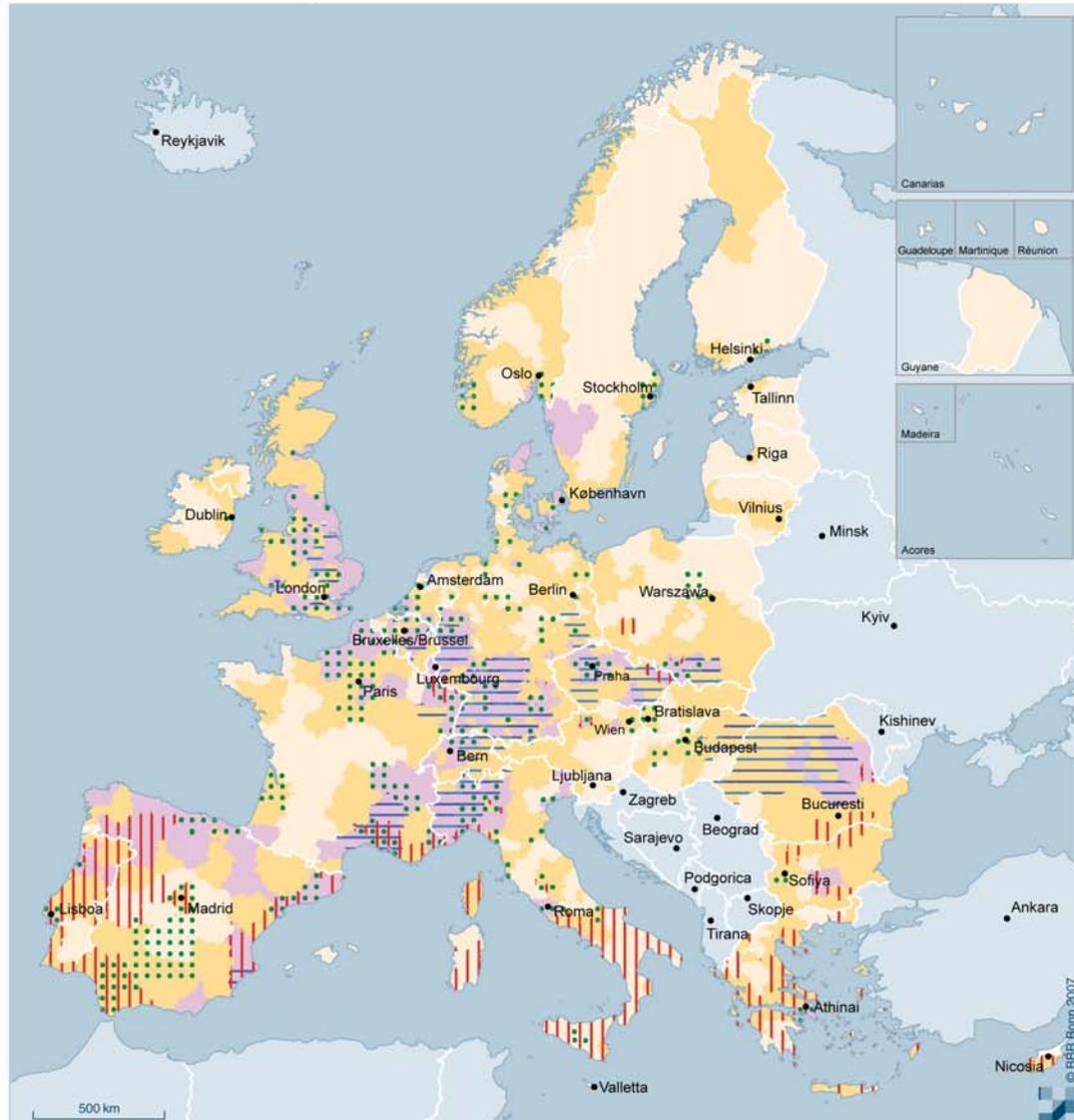
Gemeldete Auswirkungen von ausgewählten größeren Naturkatastrophen auf Länder Europas (1970-2005)*

	Anzahl der Katastrophen	Todesfälle	Geschätzter Schaden (in 1000 €)
Hochwasser	274	3,270	53.577.458
Stürme	215	1,546	34.403.573
Erdbeben	123	19,644	43.936.462
Extremtemperaturen	69	47,466	1.889.329
Waldbrände	63	248	2.471.668
Lawinen	46	1,314	1.023.464
Dürren	26	0	12.989.281
Vulkanausbrüche	7	9	36.769
Gesamt	823	73,497	150.328.003

* Es werden nur Ereignisse in die EM-DAT Katastrophendatenbank aufgenommen, die folgende Mindestkriterien erfüllen: (a) 10 oder mehr gemeldete Tote, (b) 100 oder mehr gemeldete Verwundete, (c) Ausrufung des Notstandes, (d) Internationale Hilfsanforderung.

(Quelle: EM-DAT (2006): Trends and Relationships for the Period 1900-2005, www.em-dat.net/disasters/trends.htm)

Natürliche und technologische Gefahren



Aggregierte Risiken

- gering
- mittel
- hoch
- Keine Daten

Starke Auswirkungen ausgewählter natürlicher und technologischer Gefahren

- Waldbrände
- Überschwemmungen
- Ölverarbeitung, -transport und -lagerung, & Chemiefabriken

Geometrische Basis: GFK MACON
 Regionale Ebene: NUTS 3
 Datengrundlage: ESPON Projekt 1.3.1, GTK
 Ergänzungen für DE and CZ:
 durch nationale Experten

(Quelle: BBR 2007)

2.5 Umwelt, Natur und Kultur

Das einzigartige kulturelle Erbe Europas

(87) Dieser vergleichsweise kleine Kontinent verfügt über ein höchst komplexes System von Landschaften, die das Ausmaß und die Intensität der Entwicklung seiner natürlichen Ressourcen über die Jahrhunderte hinweg widerspiegeln. In den Überresten der ursprünglichen Naturlandschaft Europas und seinen verschiedenartigen kulturellen Landschaften findet sich ein wesentlicher Bestandteil der Fülle an wildlebenden Tieren des Kontinents. Aus diesem Grund sind in den letzten Jahren Schutzgebiete geschaffen worden. In den europäischen Nationalparks und großen Naturschutzgebieten kann sich die Natur frei entfalten und sich die natürliche Evolution ungehindert fortsetzen. Die natürliche Schönheit dieser Gebiete wird auch zur Bereicherung unseres Lebens erhalten. Regionalparks, Naturparks und Biosphärenreservate sind Kulturlandschaften, die über hunderte von Jahren entstanden sind, in Zeiten, zu denen die Menschen in größerer Harmonie mit Natur und Umwelt lebten.

Kulturelle Identität

(88) Das mündliche und immaterielle Erbe wurde international als wesentlicher Faktor für kulturelle Identität, Förderung der Kreativität und Wahrung der kulturellen Vielfalt anerkannt. Es spielt eine entscheidende Rolle für die nationale und internationale Entwicklung, für Toleranz und für die harmonische Interaktion von Kulturen. In einer Zeit der Globalisierung laufen viele Arten des kulturellen Erbes Gefahr zu verschwinden, bedroht durch kulturelle Standardisierung, bewaffnete Konflikte, die schädlichen Auswirkungen des Massentourismus, Industrialisierung, Landflucht, Migration und Umweltzerstörung. Das kulturelle Erbe Europas ist Ausdruck seiner Identität und internationalen Bedeutung. Es ist ebenfalls Bestandteil des täglichen Lebens vieler Menschen und bereichert ihr Leben. Dies gilt gleichermaßen für Kulturlandschaften und die gebaute Umwelt.

Naturerbe als wesentlicher Bestandteil des Lebens

(89) Die Entwicklung natürlicher Ressourcen in der EU findet unter Federführung des Umweltmanagements (Luft, Wasser, Boden) und unter gezieltem Schutz bestimmter Gebiete statt (Schutzgebiete, umweltsensible Gebiete). Die EU-Schutzgebiete sind in den letzten fünfzehn Jahren erweitert worden. Trotzdem sind die meisten Gebiete geschützte "Inseln" geblieben. Die Europäische Union hat ein Netzwerk besonders geschützter Gebiete geschaffen, "NATURA 2000", mit standardisierten Maßnahmen und Verfahren. Verbindungen und Korridore zwischen Schutzgebieten, wie Hecken und Waldgürtel, können zu Migration und genetischem Austausch von Pflanzen und Wildtieren beitragen. Zusätzlich kann eine umfassendere Landnutzungspolitik einen Rahmen schaffen, in dem Schutzgebiete gedeihen können ohne isoliert zu sein. Der Schutz von z.B. Biotopen, die aus traditioneller Landwirtschaft oder anderen wirtschaftlichen Aktivitäten entstanden sind, ist jedoch an sich nicht ausreichend um diese Gebiete zu erhalten. Ihre weniger sensiblen Teile sollten wirtschaftlich genutzt werden, z.B. für Naturtourismus oder ökologischen Landbau, im Einklang mit ihrer ökologischen Funktion.

Städtische Flusslandschaften mit unterschiedlicher Leistungsstärke

(90) Flüsse gestalten die Kulturlandschaft vieler dicht besiedelter Räume in der EU. Städtische Flusslandschaften in Europa haben Wirtschaftskraft, dienen als Verkehrsknotenpunkte, Siedlungsflächen und kulturelle Räume und bieten Erholungsgebiete und natürliche Lebensräume einschließlich – besonders in den letzten beiden Fällen – saisonaler Flüsse in einigen europäischen städtischen Gebieten. Besonders städtische Industrieregionen an europäischen Flüssen stehen immer mehr im Wettbewerb mit Gebieten auf der ganzen Welt.

Situation in Osteuropa

(91) Im Osten der EU sind die institutionellen Bedingungen für die Erhaltung des wertvollsten Teils des Naturerbes bereits gegeben. Ein breites Netzwerk von Nationalparks ist entstanden. Mehr als die Hälfte des von der EU zum Nationalpark erklärten Gebiets befindet sich in den neuen Mitgliedstaaten und den Bewerberländern, auch wenn im Hinblick auf die Verwaltung und Unterhaltung noch Verbesserungen möglich sind. Das Netzwerk von "weniger restriktiv" geschützten Landschaften ist weniger dicht. Ihr rechtlicher Rahmen ist in vielen Fällen nicht ausreichend ausgearbeitet. Besonderes Augenmerk muss auf Gebieten liegen, in denen wertvolle Ökosysteme, umweltsensible Gebiete oder Kulturlandschaften durch Hochwasser, Dürre, Erosion, Brände, Erdbeben und Erdbeben bedroht sind. Das Donaudelta, das größte

natürliche Feuchtgebiet in Europa, kann unter anderem als Beispiel dienen. Gebiete, die solchen Naturgefahren ausgesetzt sind, müssen identifiziert und registriert werden und eine angemessene Kultivierung, Bebauung, Notfallregelung sowie Schutz erhalten.

Die neue Herausforderung der Landrückgabe

(92) Im Osten der EU bedingt die Landrückgabe (Privatisierung) eine neue Herausforderung für den Schutz des Naturerbes. Einige Gebiete, die in den letzten Jahrzehnten zu geschützten Landschaften oder anderen Arten von Schutzgebieten erklärt worden waren, wurden an die ursprünglichen Eigentümer oder ihre Nachkömmlinge zurückgegeben. Angemessene rechtliche und finanzielle Maßnahmen sind erforderlich, um die neuen Eigentümer zu motivieren oder zu zwingen, diese Gebiete im Einklang mit Umweltschutzziele zu nutzen.

Grenzräume sind Kernräume

(93) Ein Großteil der wertvollsten Ökosysteme liegt in Grenzgebieten. Grenzen verlaufen traditionell entlang von Flussläufen, Gebirgszügen oder Küstenlinien – den günstigsten Orten für die Entstehung solcher Systeme. Hinzu kommt, dass viele Grenzräume für Tourismus, Reisen und Wirtschaft jahrzehntelang nicht zugänglich waren. Ökosysteme konnten sich somit während dieser Zeit ungestört und unberührt entwickeln.

Verschieden Risiken bedrohen das Kulturerbe

(94) Umweltverschmutzung, Überflutungen, Erdbeben, Vibration, Beschädigung und "Souvenir-Sammeln" sind die Begleiterscheinungen des Massentourismus. Die Hauptrisiken können identifiziert und gemeinsame Risikomanagementstrategien erarbeitet werden. Es gibt jedoch ein Risiko, dem nur in internationaler Zusammenarbeit begegnet werden kann. Um die UNESCO-Erklärung zu zitieren: *„Angesichts globaler Ereignisse sind wir Zeugen der tragischen Zerstörung kulturellen Erbes, da dieses Erbe insbesondere bei innerstaatlichen Konflikten ein Hauptangriffsziel werden kann, aus symbolischen Gründen und Gründen der Identität, Aggressivität, des Missverständnisses und der Ablehnung“*. Leider findet derartiges auch im EU-Erweiterungsgebiet (Mittel- und Südosteuropa, Zypern) und den angrenzenden Gebieten statt. Aber selbst ohne gezielte Zerstörung wird durch ethnisch-zentrierte Politik oft das kulturelle Erbe eines Bevölkerungsteils dem eines anderen vorgezogen. Rechtliche und fachliche Vorkehrungen müssen zur Wahrung des Respekts für und der Erinnerung an alle Nationalitäten, Sprachen und religiösen Gruppen getroffen werden, um ein spezifisch europäisches Kulturerbe zu schaffen. Dies gilt auch angesichts der Tatsache, dass neue städtische und ländliche Strukturen und andere Änderungen der Landnutzung vorhandene Kulturwerte und kulturelles Erbe zerstören.

Die transnationale Dimension

(95) Die transnationale, aber auch die grenzüberschreitende Dimension des Kultur- und Naturerbes steht in engem Zusammenhang mit obigen Ausführungen. Kulturelle, ebenso wie wirtschaftliche und soziale Prozesse, sind räumlich zerstreut. Künstler und Kunstgegenstände (mit Ausnahme von Architektur) sind räumlich beweglich. Die Kanäle, als Korridore der Mobilität, waren früher teils identisch mit den heutigen und teils von ihnen verschieden. Die Grenzen verliefen anders und spielten nicht die gleiche Rolle wie im 20. Jahrhundert. Grenzen architektonischer und künstlerischer Regionen stimmen nicht mit den heutigen Grenzen überein. Zonen mit einer hohen Dichte katholischer und orthodoxer Klöster erstrecken sich über Grenzen hinweg.

Tourismus als Wirtschaftsfaktor

(96) In den letzten Jahrzehnten hat sich der Tourismus zum weltweit größten Sektor entwickelt, vor der Automobil- und der chemischen Industrie. Aber wie die UNESCO feststellt *„Es ist wohlbekannt, dass der Tourismus sowohl ein Todfeind als auch ein treuer Freund in Fragen der Entwicklung sein kann“*. Die Auswirkungen hängen von der Konstellation verschiedener Faktoren ab, und ihrem qualitativen und quantitativen Verhältnis. Einige Regionen sind in hohem, andere in weniger hohem Maße vom Natur- und Kulturtourismus abhängig. Es gibt Regionen und Städte mit „überlasteter“ kultureller Infrastruktur, und Regionen mit ungenutzten Kapazitäten und Reserven, sowie Regionen und Städte, in denen die Auswirkungen des Kulturtourismus eine entscheidende, mäßig positive oder zu vernachlässigende Rolle für Wohlstand und Beschäftigung gespielt haben.

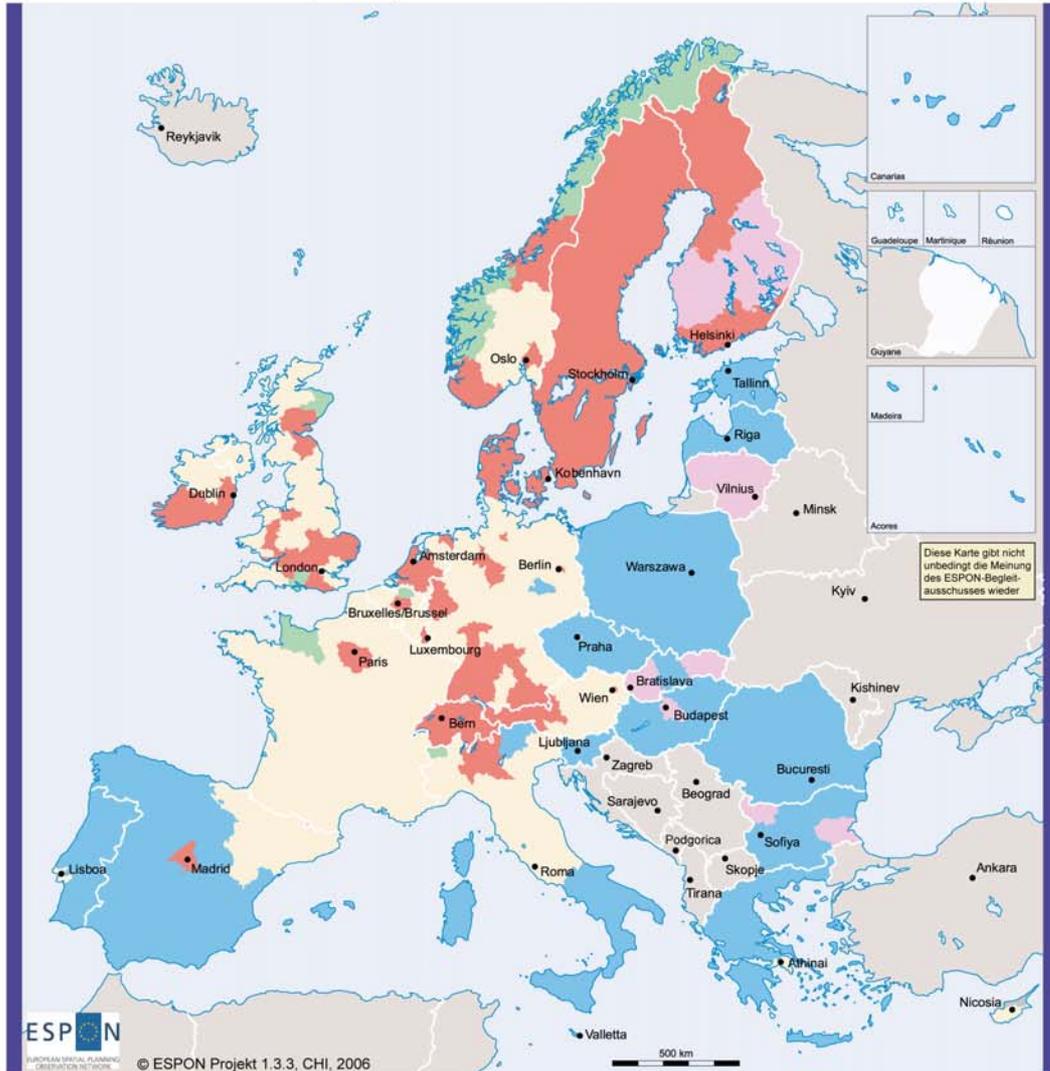
Einige am Wasser gelegene Gebiete sind mit Nachhaltigkeitsproblemen konfrontiert

(97) Die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen von Meeres- und Seeufergebieten hängen in vielen Fällen von ihren Umweltbedingungen ab. Diese Gebiete teilen oft verschiedene gemeinsame Merkmale und stehen durch typische Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen zahlreichen gemeinsamen Herausforderungen gegenüber. Einige Beispiele für gemeinsame und typische Herausforderungen sind: eine unkontrollierte Zunahme von bebauten Flächen und Feriensiedlungen (und damit die Begrenzung des Zugangs zu See und Meeresküste), eine schnell ansteigende Bevölkerung, eine saisonale Nutzung von Infrastruktur und Einrichtungen, eine hohe Anzahl von Zweitwohnungsbesitzern und älteren (pensionierten) Bewohnern, eine Verschlechterung des Ökosystems und ökologischer Schneisen, Abwasseraufbereitung und Wasserverschmutzung.

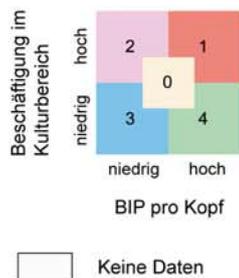
Politische Denkanstöße

- Vermehrte Forschung und Planung auf europäischer Ebene kann dazu beitragen, die Führungsrolle der EU im Bereich des natürlichen und kulturellen Erbes zu erhalten und die Lissabon-Ziele Europas zu unterstützen.
- Die Förderung besserer Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und anderen internationalen Organisationen auf der Grundlage gemeinsamer Ziele könnte einen europäischen Mehrwert für die Inwertsetzung, den Schutz und die Nutzung des europäischen Kultur- und Naturerbes schaffen.
- Städtische Flusslandschaften haben verschiedene Stärken, und ihr endogenes Potenzial könnte ihnen zu Erfolg im interregionalen Wettbewerb verhelfen.
- Die Inwertsetzung des Kulturerbes und ökoeffizienter Schutz in Entwicklung und Planungsstrategien und die Förderung von geeigneten Bildungs-, Ausbildungs- und Wissenstransferprogrammen dürfte erreichbar sein.
- Eine integrierte und nachhaltige Entwicklung und Aufrechterhaltung der europäischen städtischen und ländlichen Umgebungen könnte das bewegliche und das unbewegliche Erbe in Wert setzen, schützen, erhalten und aufwerten, mit dem Ziel einer besseren Lebensqualität.
- Diese Herausforderung ist besonders dringlich in bestimmten Gebieten, die sich zunehmend nicht nachhaltigen Entwicklungstendenzen gegenüber sehen, wie Meeres- und Seeufer.

Verhältnis zwischen BIP pro Kopf und Anteil der Arbeitskräfte im Kultursektor



Regionale Kategorien



- 0: Durchschnittlicher Wert ($x^2+y^2 < 0,752$)
 1: Hohes BIP & hoher Anteil kultureller Berufe
 2: Niedriges BIP & hoher Anteil kultureller Berufe
 3: Niedriges BIP & niedriger Anteil kultureller Berufe
 4: Hohes BIP & niedriger Anteil kultureller Berufe

© EuroGeographics Association für die geometrischen Grundlagen
 Regionale Ebene: NUTS 2
 Datengrundlage: ESPON Projekt 1.3.3, CHI
 Zypern: Daten nur für von der Regierung kontrollierte Gebiete
 Quelle: ESPON-Datenbank

Einbezogenen Berufe (ISCO 88):
 Geschäftsführer kultureller Unternehmen und Einrichtungen; Produktions- und Unternehmensleiter, die sonst nirgends eingeordnet sind; Geschäftsführer kleiner und mittlerer Unternehmen im Kulturbetrieb (Kinos, Theater, Kunstgalerien); Designer und Analysten für Computersysteme; Computerprogrammierer; Computerspezialisten, die nirgends sonst eingeordnet sind; Architekten, Stadt- und Verkehrsplaner; Kunstlehrer (Gymnasium und Hochschule); Kunstlehrer (Sekundarschulen); Archivare und Kuratoren; Bibliothekare; Soziologen, Anthropologen und verbundene Berufe; Philologen, Übersetzer, Schriftsteller, Journalisten und andere Autoren; Bildhauer, Maler und ähnliche Künstler; Komponisten, Musiker and Sänger; Choreographen und Tänzer; Film-, Bühnen- und ähnliche Schauspieler und Regisseure; Fotografen und Bild- und Tongeratebediener; Agenten und Vermittler in Bezug auf kulturelle Aktivitäten; Kulturförderer; Dekorateur und gewerbliche Designer; Rundfunksprecher, Fernsehansager und andere; Straßen-, Nachtclub- und ähnliche Musiker, Sänger und Tänzer; Clowns, Zauberer, Akrobaten und ähnliche Berufe; Mitarbeiter religiöser Einrichtungen; Reiseleiter; Mode- und andere Modelle; Hersteller und Instandsetzer von Präzisionsgeräten; Musikinstrumentenhersteller und -stimmer; Juwelier und Edelmetall-Arbeiter; Gestalter von Schleifscheiben, Töpfer und ähnliche Berufe; Glasbläser, -fräser, -schleifer, -fertiger; Glas-Graveure und -radierer; Glas-, Keramik- und ähnliche Dekormaler; Handwerker für Holz und vergleichbare Materialien; Handwerker für Textil, Leder und vergleichbare Materialien; Buchdrucker, Schriftsetzer und verbundene Berufe; Stereo- und Elektrotypisten; Schriftgraveure und -radierer; Fotografie und ähnliche Berufe; Buchbinder und ähnliche Berufe; Siebdruck, Block- und Textildruck.

(Quelle: ESPON Project 1.3.3 (2006): Impacts of Cultural Heritage and Identity, überarbeitet)

2.6 Territoriale Struktur und Herausforderungen

2.6.1 Auswirkungen demographischer Ungleichgewichte auf zukünftige Arbeitsmärkte und die Daseinsvorsorge

Bevölkerungsrückgang und Überalterung verändern die europäische Gesellschaft

(98) Europa sieht sich einer stagnierenden und in vielen Teilen sogar rückläufigen Bevölkerungsentwicklung bei gleichzeitigem Anstieg des Durchschnittsalters seiner Bürger gegenüber. In der Folge wird der Rückgang an Arbeitskräften die Voraussetzungen für eine dynamische Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, das Sozialsystem und die Daseinsvorsorge beeinträchtigen. Die Möglichkeiten, die Überalterung und den Bevölkerungsrückgang umzukehren, sind begrenzt. Aus diesem Grund sollte sich die Politik auf Anpassungsstrategien konzentrieren. Eine Schlüsselaufgabe der Regionalpolitik ist es, hochqualifizierte Arbeitskräfte hervorzubringen und anzuziehen. Die demographische Entwicklung weist jedoch regionale Unterschiede innerhalb Europas und zwischen Europa und seinen südlichen Nachbarländern auf, in denen ein beträchtlicher Bevölkerungszuwachs erwartet wird.

Wachsende demographische Ungleichgewichte

(99) Die demographische Entwicklung hängt insbesondere mit zwei Faktoren zusammen: (a) natürliche Bevölkerungsentwicklung (Geburten versus Todesfälle) und (b) Nettomigration (Zuwanderung versus Auswanderung). In vielen Teilen Europas sind entweder beide Faktoren negativ und die Bevölkerungszahl geht zurück, oder sie sind positiv und die Bevölkerung wächst. Das Bevölkerungswachstum folgt einer klaren territorialen Struktur, nach der die Bevölkerung in hoch urbanisierten Räumen konzentriert ist, und so vorhandene Ungleichgewichte in der Bevölkerungsdichte verstärkt werden. Die Zuwanderung von außerhalb der EU, insbesondere aus Afrika, ist eine weitere wichtige Herausforderung. Es gibt also ein Nebeneinander von Bevölkerungswachstum und -rückgang, bei dem einige Räume ernsthaft vom Bevölkerungsrückgang bedroht sind, wohingegen andere wachsen, aber teilweise die negativen Effekte eines raschen Bevölkerungswachstums auffangen können.

Europa wird älter, Norden und Osten sind noch nicht im Rentenalter

(100) In vielen Teilen Europas liegt das Durchschnittsalter der Bürger bei Mitte oder Ende dreißig. Dies wird sich in den nächsten Jahrzehnten tief greifend verändern. 2030 wird das Durchschnittsalter in den meisten Teilen Europas bei über 40 liegen, und in einigen sogar bei über 50. In Italien, insbesondere in Norditalien, Nordspanien, Ostdeutschland und in einigen Teilen Finnlands und Schottlands wird das Durchschnittsalter bei Mitte fünfzig liegen. Nur Irland, Südengland und einige Teile Osteuropas und Skandinaviens werden 2030 ein Durchschnittsalter von unter 40 haben. Der Altersanstieg wird den Arbeitsmarkt, die Sozialsysteme und die Daseinsvorsorge beeinträchtigen.

Niedrige Geburtenraten außerhalb des Kernraums

(101) Einer der Hauptgründe für den Bevölkerungsrückgang ist, dass die Geburtenrate niedriger als die Sterberate ist. Diese negative Bevölkerungsentwicklung findet sich in vielen Regionen Europas, insbesondere in weniger zentralen Gebieten, wie großen Teilen von Schweden, Teilen Schottlands, dem Inland Spaniens, Ostdeutschland, großen Teilen Ungarns, Rumäniens, Bulgariens, Estlands, Lettlands und Litauens. In diesen Gebieten werden junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt sehr gefragt sein. Dieses Phänomen könnte eventuell nicht zu dem sich heute bietenden Bild der hohen Jugendarbeitslosigkeit in vielen Teilen Europas passen.

Bevölkerungsrückgang beeinträchtigt Arbeitsmärkte

(102) Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist ein Resultat der Fruchtbarkeitsraten und der Altersstruktur. Diese beiden Faktoren hängen miteinander zusammen. Niedrige Fruchtbarkeitsraten werden zu unausgeglichene Altersstrukturen mit einer alternden Bevölkerung und somit zum Bevölkerungsrückgang führen. Insbesondere in Südeuropa scheinen sich Überalterung und niedrige Fruchtbarkeitsraten wechselseitig zu verstärken, während in großen Teilen der nördlichen Peripherie auch ein Zusammenhang zwischen Überalterung und Nettomigration festzustellen ist, da Regionen mit einer alternden Bevölkerung auch Abwanderungsregionen sind. Abwanderung in der Vergangenheit hat zu einem Gefälle regionaler Altersstrukturen geführt, bei dem ältere Menschen immer öfter überwiegen. Die Veränderung des Durch-

schnittsalters in einer Region wirkt sich offensichtlich auf den Arbeitsmarkt und das Verhältnis zwischen der Erwerbsbevölkerung und der staatlich unterstützten (jüngeren und älteren) Bevölkerung aus, die nicht am Arbeitsmarkt teilnimmt.

Räumlich unterschiedlich Wanderungsmuster

(103) Migration hat wichtige regionale, europäische und globale Komponenten. Das derzeitige Bild verdeutlicht, dass einige der ehemaligen Abwanderungsgebiete (hauptsächlich in den EU-15) nun attraktiver für Zuwanderer sind, beispielsweise Griechenland und Irland. In einigen Ländern zeigen sich jedoch andere Tendenzen. In Polen sind die großen städtischen Ballungsräume und die westlichen Grenzümgebungen Zuwanderungsgebiete, wohingegen die meisten anderen Teile des Landes Abwanderungsgebiete sind. In Italien und dem Vereinigten Königreich existiert ein klares Nord-Süd-Gefälle, während in Frankreich der Südosten des Landes ein Zuwanderungsgebiet ist und der Nordosten vorwiegend ein Abwanderungsgebiet. Im Allgemeinen sind Metropolräume am attraktivsten für die Zuwanderung. Außerdem sind einige Touristengebiete aufgrund ihrer hohen Lebensqualität Zuwanderungsgebiete geworden, da sie Rentner ("graue Migration"), und Menschen aus wirtschaftlich benachteiligten Ländern und Regionen anziehen.

„Brain Drain“ und Wettbewerb um Qualifikationen zwischen städtischen Räumen

(104) Was den Arbeitsmarkt betrifft sind hauptsächlich städtische Gebiete und metropolitane Ballungsräume die Gewinner des derzeitigen demographischen Trends. Dies führt auch zu einem verstärkten Wettbewerb zwischen städtischen Räumen. In Zukunft werden mehr Anstrengungen erforderlich sein um Menschen anzuziehen, und es wird zu einem erhöhten Wettbewerb um die notwendigen Arbeitskräfte kommen. Nicht alle städtischen Räume werden demnach Gewinner des demographischen Trends sein. In manchen altindustrialisierten Gebieten ist bereits jetzt ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Dies lässt vermuten, dass es in der nahen Zukunft eine Knappheit von Humankapital (Arbeitskräften) geben könnte.

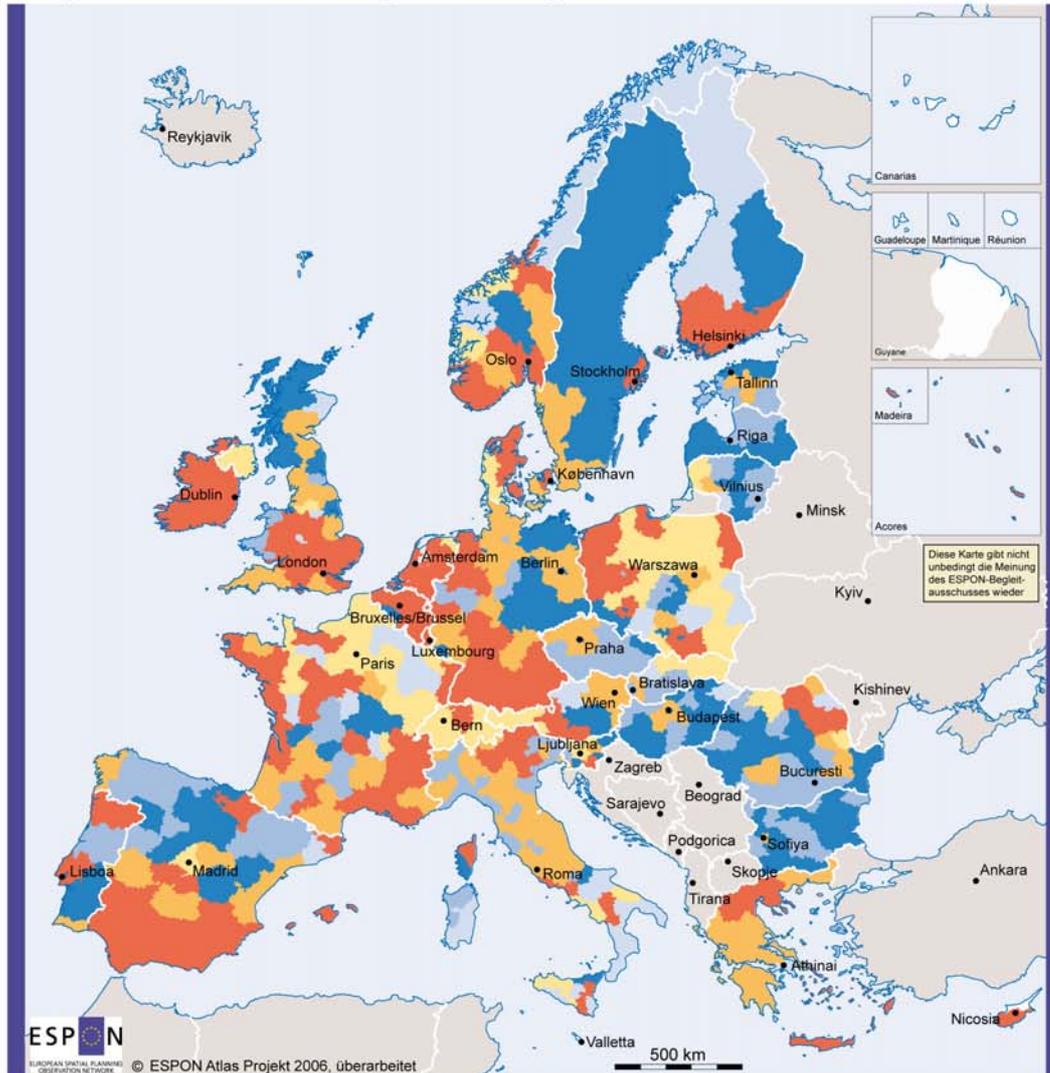
Regionen vor dem Risiko der Entvölkerung und Defiziten in der Daseinsvorsorge

(105) In einigen Gebieten Europas ist der Bevölkerungsrückgang beträchtlich. Besonders dünn besiedelte und abgelegene Räume können von der vereinten Wirkung des natürlichen Bevölkerungsrückgangs und der Abwanderung insbesondere junger Menschen betroffen sein. Beispiele aus Ostdeutschland, Schweden, Schottland oder Teilen des spanischen Binnenlands verdeutlichen, wie drastisch dieser Bevölkerungsrückgang sein kann. In einigen Regionen herrscht sogar die Gefahr einer Entvölkerung, was auch ihre Attraktivität für Investitionen und die Gewährleistung der Daseinsvorsorge gefährdet. Wenn ein Territorium nicht mehr genügend Einwohner hat, um die Daseinsvorsorge gewährleisten zu können, stellen sich grundlegende Fragen über die Organisation der lokalen Gemeinschaft (community).

Politische Denkanstöße

- Es wird immer mehr Ungleichgewichte in der Bevölkerungsentwicklung geben, welche die bereits vorhandenen Ungleichgewichte verstärken.
- Gebildete junge Leute werden in großen Teilen Europas „ein knappes Gut“ auf den Arbeitsmärkten sein.
- Metropolräume und Städte werden wahrscheinlich Nutznießer des demographischen Wandels sein, es wird jedoch einen verstärkten Wettbewerb um Menschen und Arbeitskräfte geben, insbesondere um Hochqualifizierte.
- Insbesondere dünn besiedelte und abgelegene Räume, aber auch altindustrialisierte Räume werden mit einem starken Bevölkerungsrückgang zu kämpfen haben, was die Daseinsvorsorge in diesen Gebieten beeinträchtigen wird.
- Einige Regionen könnten in einen Teufelskreis aus Überalterung, Bevölkerungsrückgang und Abwanderung junger Menschen sowie Migration von außerhalb der EU geraten.
- Überalterung wird in einigen Gebieten Konsequenzen für die Alterstruktur haben. Manche Räume können sich eventuell als "Grey Communities" mit einer höheren Lebensqualität etablieren, wohingegen andere Gebiete langfristig sowohl mit unausgeglichener Altersstruktur als auch mit Bevölkerungsrückgang zu kämpfen haben werden.

Komponenten der Bevölkerungsentwicklung



Bevölkerungsentwicklung nach Komponenten 1996-1999

Bevölkerungswachstum mit

- positivem Wanderungssaldo und positiver natürlicher Bevölkerungsentwicklung
- positivem Wanderungssaldo und negativer natürlicher Bevölkerungsentwicklung
- negativem Wanderungssaldo und positiver natürlicher Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsabnahme mit

- negativem Wanderungssaldo und positiver natürlicher Bevölkerungsentwicklung
- positivem Wanderungssaldo und negativer natürlicher Bevölkerungsentwicklung
- negativem Wanderungssaldo und negativer natürlicher Bevölkerungsentwicklung
- Keine Daten

© EuroGeographics Association für die geometrischen Grundlagen
Regionale Ebene: NUTS 2/3
Datengrundlage: ESPON-Projekt 1.1.4, ITPS
Quelle: ESPON-Datenbank

(Quelle: ESPON Atlas Project 2006, überarbeitet)

2.6.2 Städtische Regionen und Großstädte

Zukünftige Hotspots eines ausgeglichenen Europas

(106) Außerhalb des dominanten europäischen Kernraums gibt es vereinzelte, aber recht gleichmäßig verteilte Netzwerke einzelner Metropolregionen und anderer Städte. Diese gelten als Gegengewicht zur Dominanz des Kernraums und sorgen für eine polyzentrische Struktur auf europäischer Ebene. Dazu gehören Madrid, Barcelona, Rom und Athen im Süden, Dublin im Westen, und Kopenhagen, Stockholm und Helsinki im Norden. Außerdem entstehen im Osten neue Metropolregionen, die für die Integration der neuen EU-Mitgliedstaaten eine entscheidende Rolle spielen, wie Budapest, Prag, Bratislava oder Warschau.

Metropolitane Verflechtungsräume außerhalb des Kernraums

(107) Bei den Metropolräumen außerhalb des Kernraums handelt es sich zumeist um Räume, die eine vergleichsweise hohe europaweite Erreichbarkeit durch ihre Flughäfen haben. Sie haben meistens eine stärkere Wirtschaft als ihre Umgebung und könnten auch in Zukunft junge Arbeitskräfte anziehen, und somit zu wichtigen Knotenpunkten in der zukünftigen europäischen Struktur werden. Kooperationen könnten selbst für die größten städtischen Knotenpunkte der Union einen Mehrwert schaffen, vor allem im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb. Im Allgemeinen sind diese Räume bedeutende Entwicklungsmotoren, die zu einem dispersen europäischen Zentrum-Peripherie-Muster beitragen. In Bezug auf spezifische, wirtschaftlich signifikante Größen übertreffen einige dieser Gebiete sogar Metropolräume im Kernraum Europas.

Regionen zwischen Spitze und Rückständigkeit

(108) Die Rolle und Bedeutung von Metropolräumen im Verhältnis zu Städten und städtischen Gebieten außerhalb der metropolitane Verflechtungsräume unterscheidet sich in Abhängigkeit von dem nationalen Städtesystem. In vielen EU-Mitgliedstaaten herrschen Zentrum-Peripherie Strukturen vor. Seit den 1990er Jahren fand in den meisten europäischen Ländern eine wachsende regionale Polarisierung zwischen zentral gelegenen Stadtregionen einerseits und peripher gelegenen Regionen und Regionen im Strukturwandel andererseits statt. Dies gilt besonders für viele der neuen EU-Mitgliedstaaten, wobei Polen und Litauen die Ausnahme bilden. Städtische Gebiete außerhalb von Metropolräumen sind oft wichtige Antriebskräfte in ihrer Region, und einige von ihnen sind führende Standorte für Forschung und Entwicklung oder hoch spezialisierte Dienstleistungen und Produkte.

Kleine und mittlere Städte bieten als wichtige Knotenpunkte vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten

(109) Einige Klein- und Mittelstädte haben wichtigere Funktionen als größere Städte, und verfügen sogar über ein höheres Wirtschaftswachstum als große Ballungsräume. Diese Funktionen stehen in engem Zusammenhang mit dem territorialen Potenzial und endogenen Kapital eines Gebiets. Außerdem sind kleine und mittlere Städte nicht nur in ihrem weiteren geographischen Kontext von Bedeutung, insbesondere in Regionen außerhalb des europäischen Kernraums ohne große Metropolräume, sondern im Hinblick auf bestimmte Funktionen sogar auch auf internationaler Ebene. Es gibt zum Beispiel einige mittlere Städte, die im Bereich FuE von großer Bedeutung sind und auf ihrem Gebiet zu den Standorten internationalen Rangs zählen. Die Bedeutung kleiner und mittlerer Städte für ihre Region hängt auch von der territorialen Struktur einer Region ab. In dünner besiedelten Gebieten können sie als Entwicklungspole für den ländlichen Raum wirken und die Daseinsvorsorge erbringen. In dichter besiedelten Gebieten bietet die Zusammenarbeit zwischen dicht beieinander liegenden Klein- und Mittelstädten, selbst auf der Basis eines transnationalen Austauschs, oder die Zusammenarbeit mit großen Kernstädten ganz unterschiedliche Möglichkeiten.

Soziale Kohäsion zwischen und in Städten

(110) Städte weisen sowohl soziale Vorteile als auch Nachteile auf und dienen als Motoren der Wirtschaftsentwicklung. Städte bieten die meisten Arbeitsplätze, Unternehmen und Hochschuleinrichtungen und sind wichtige Akteure bei der Realisierung sozialer Kohäsion. Städte schaffen die Grundlage für Innovationen, Unternehmergeist und Wachstum von Unternehmen. Zugleich ist jedoch das soziale Gleichgewicht in Städten und städtischen Räumen, welches zur Erhaltung der Attraktivität der Städte und städtischen Gebiete als Aktionsraum dient, zur Schaffung von Arbeitsplätzen beiträgt, und somit die soziale Kohäsion begünstigt, gefähr-

det. Die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen Wohngebieten innerhalb einer bestimmten Stadt sind oft größer als zwischen verschiedenen Städten. Dies wirkt sich negativ auf ihre Attraktivität, Wettbewerbsfähigkeit, soziale Integration und auch auf die Sicherheit aus. Abgesehen davon haben diese Unterschiede auch negative Auswirkungen für das nachhaltige Wachstum größerer Regionen, der EU-Mitgliedstaaten und der gesamten EU, da zur Stabilisierung dieser Quartiere Ressourcen eingesetzt werden müssen, die dann nicht mehr zur Förderung von Wissen und Innovationen eingesetzt werden können.

Unterschiede innerhalb städtischer Arbeitsmärkte

(111) Unterschiede innerhalb der Arbeitsmärkte in verschiedenen europäischen Stadtregionen werden verstärkt durch ebenso starke Unterschiede innerhalb einer einzigen Stadt. Während die Unterschiede zwischen Städten hauptsächlich die europäische und nationale Kohäsion betreffen, sind die Unterschiede innerhalb der lokalen Arbeitsmärkte kaum ein Thema für die lokale und regionale Entwicklung und Kohäsion. Die Herausforderung der sozialen Kohäsion innerhalb städtischer Gebiete wird am eindrucksvollsten durch die Schwankung der Arbeitslosenraten zwischen verschiedenen Nachbarschaften demonstriert. Bei einem Vergleich zwischen Städten variiert die Arbeitslosenrate zwischen 3 und 32%. Innerhalb einer Stadt kann sich die Arbeitslosenrate in unterschiedlichen Nachbarschaften zwischen 6 und 55% bewegen. Die höchsten Unterschiede zwischen Nachbarschaften finden sich in Städten mit einer hohen allgemeinen Beschäftigung, was eine Herausforderungen für die soziale Kohäsion sowohl auf lokaler und nationaler oder europäischer Ebene bedeutet. Der höchste Grad an interner Kohäsion findet sich in Städten in den nordischen Staaten, Griechenland, Norditalien, Deutschland und Portugal. Besonders herausragende Städte sind Ponta Delgada (PT), Funchal (PT), Enschede (NL), Luxemburg und Firenze (IT).

Politische Denkanstöße

- Es gibt Metropolräume außerhalb des europäischen Kernraums, die im Sinne einer besseren Nutzung ihres territorialen Potenzials und um Ungleichgewichten entgegenzuwirken, gefördert werden können, zur Unterstützung eines ausgeglichenen und polyzentrischen EU-Territoriums.
- Städte außerhalb der Metropolräume sind wichtige Wachstumsmotoren und können im breiteren territorialen Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen (von international bedeutenden Standorten für bestimmte Funktionen bis hin zur allgemeinen Daseinsvorsorge und als ländliche Entwicklungspole).
- Metropolräume und Städte können über die genauere Ausrichtung auf ihre individuellen Profile und die Entwicklung dieser Profile stärker und wettbewerbsfähiger werden.
- Soziales Gleichgewicht und Unterschiede innerhalb der städtischen Arbeitsmärkte können ein entscheidendes Thema für die wirtschaftliche Entwicklung von Städten und Regionen sowie für weitere Unterschiede innerhalb von einzelnen Städten sein.

2.6.3 Ländliche Vielfalt

Ländliche Gebiete mit unausgeschöpften Potenzialen

(112) Viele besonders abgelegene und benachteiligte ländliche Räume weisen ein vielfältiges Muster natürlicher Ressourcen und Umweltwerten auf. Sowohl im Hinblick auf Land- als auch auf Humanressourcen entsteht der Eindruck, dass das Potenzial der ländlichen Räume nicht voll ausgeschöpft wird. Das Verhältnis zwischen materiellen und immateriellen Ressourcen und die Frage wie diese auf lokaler Ebene zusammenwirken, bergen verschiedene Möglichkeiten und Einschränkungen für die lokale Entwicklung. Häufig entscheiden weniger die materiellen Ressourcen über die Wirtschaftskraft, sondern das soziale Kapital und die Art und Weise, wie die einheimische Bevölkerung die vorhandenen Ressourcen zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur und Verbesserung institutioneller Kapazitäten in Wert zu setzen weiß.

Entwicklungszentren in ländlichen Räumen

(113) Städte in ländlichen Räumen sind wichtige Entwicklungspole in diesen Gebieten, die vor allem in dünn besiedelten Gebieten universellen Zugang zu einer Reihe von Dienstleistungen sicherstellen. Durch die in vielen Regionen aktuell stattfindende Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft hat sich jedoch die Funktion und Rolle der ländlich geprägten Städte als

Entwicklungspole entsprechend erweitert, wobei ihre Bedeutung für die Regionalentwicklung unterstrichen wird. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Entwicklung von auf lokalen Vorteilen basierenden Wirtschaftsklustern unter Einsatz von modernen Informationstechnologien zu nennen. Dieses Element könnte über Partnerschaften zwischen ländlichen Gebieten und ihren städtischen Einheiten gefördert werden.

Symbiose zwischen benachbarten städtischen und ländlichen Gebieten

(114) Einige ländliche Räume profitieren von der Nähe zu städtischen Gebieten und davon, dass Menschen aus den städtischen Gebieten in die ländliche Umgebung ziehen. Die physische und funktionale Abgrenzung zwischen Stadt und Land verwischt zusehends, und die Interdependenzen werden komplexer und dynamischer. Zwischen Stadt und Land findet ein struktureller und funktionaler Austausch von Menschen, Kapital, Gütern, Information, Technologie und Lebensweisen statt. Die Bevölkerung in ländlichen Räumen, insbesondere in Reichweite größerer Städte und Ballungsräume wächst stetig, was die Tendenz zu einer zersetzten Siedlungsentwicklung / Suburbanisierung verstärkt und den Nutzungsdruck in weiten Teilen des ländlichen Raums erhöht. Übernutzung, konkurrierende Ansprüche und Interessen können eine Bedrohung für die ländliche Vielfalt als Ganzes darstellen, besonders für die Bereitstellung von natürlichen Vorzügen, das Kulturerbe und die Umwelt. Zugleich kann die Abwanderung aus städtischen Gebieten für einige der Gebiete die zuvor mit Entvölkerung und allen ihren Konsequenzen zu kämpfen hatten eine neue Chance bedeuten.

Entvölkerung in entlegenen ländlichen Räumen

(115) Ländliche Räume und insbesondere abgelegene Räume stehen vor vielfältigen demographischen Schwierigkeiten. Überalterung der Bevölkerung und Abwanderung sind in vielen ländlichen Räumen schwerwiegende Probleme. Da ihre Erwartungen in Bezug auf Arbeitsplätze, Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten oft nicht erfüllt werden können, verlassen Menschen im erwerbsfähigen Alter, besonders gebildete junge Menschen, häufig diese Gebiete, um bessere Möglichkeiten an anderer Stelle zu nutzen. Durch diesen Verlust an überwiegend jungen Menschen und einer gleichzeitigen Zuwanderung von Rentnern in manchen Gebieten sind viele ländliche Räume mit Überalterung und Verfall konfrontiert. Diese Herausforderungen werden oft im Zusammenhang mit der Bevölkerungskonzentration in stark urbanisierten Gebieten gesehen, welche das vorhandene Gefälle in der Bevölkerungsdichte weiter verstärkt. Der demographische Wandel gefährdet die ländlichen Strukturen und besonders periphere ländliche Gebiete. Einige ländliche und insbesondere abgelegene ländliche Gebiete werden mit dem Problem der Entvölkerung konfrontiert und mit Schwierigkeiten, ein tragfähiges Durchschnittsalter zu halten sowie die Daseinsvorsorge in angemessener Weise zu sicherzustellen. Dies kann zu einem Teufelskreis mit der Gefahr der Entvölkerung einiger ländlicher Gebiete führen.

Traditionelle Landwirtschaft hauptsächlich in Osteuropa

(116) Die klassischen ländlichen Gebiete mit traditioneller Landwirtschaft sind vor allem im Osten der EU zu finden. Einschließlich Bulgariens und Rumäniens arbeiten dort über 16,4% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Dies spiegelt sich auch in der Bevölkerungsdichte und der Art der Landnutzung in ländlichen Räumen wieder, die in Osteuropa, sowie in Dänemark, Ostdeutschland, Bulgarien und Rumänien stärker von menschlicher Einflussnahme gekennzeichnet ist. Diese traditionellen landwirtschaftlichen Regionen verfügen über große Reserven und Potenziale, die beispielsweise für extensive und/oder ökologische Landwirtschaft, Bioindustrie, Produktion alternativer Energieträger etc. genutzt werden können. Wenn die Produktion erneuerbarer Energien in Europa allgemein zunimmt, könnten in vielen ländlichen Gebieten gegensätzliche Interessen zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduktion entstehen. Zugleich könnten aber auch neue und möglicherweise bessere Arbeitsplätze und Lebensmöglichkeiten in diesen Räumen geschaffen werden.

Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft

(117) Die ländliche Entwicklung umfasst vielfältige Perspektiven und Prioritäten. Angesichts der gemessen an städtischen Räumen anfälligen und oft schwachen Wirtschaft ländlicher Räume sind Wirtschaftsentwicklung und Tragfähigkeit wichtige Zukunftsthemen. Während „harte“ Faktoren wie Natur- und Humanressourcen, Investitionen, Infrastruktur und Wirtschaftsstruktur traditionell als die wichtigsten Determinanten der Wirtschaftsleistung angesehen wurden, haben jüngste Untersuchungen die wichtige Rolle weniger greifbarer oder „wei-

cherer“ Faktoren einschließlich verschiedener Formen von sozialem, kulturellem, institutionellem, ökologischem und lokalem Wissen beleuchtet. Dieses stellt das Startkapital für die Regionalentwicklung dar. Die Diversifizierung der wirtschaftlichen Grundlage ländlicher Räume, die über Landwirtschaft und Tourismus hinausgeht, verdeutlicht diesen Sachverhalt. Lokales Unternehmertum ist der Schlüssel zur Aktivierung des territorialen Potenzials ländlicher Räume. In dieser Hinsicht wird die effektive und offene Governance mit einer positiven Haltung gegenüber kleinen, einheimischen Unternehmen und Unternehmern eine wichtige Rolle spielen. Genauso müssen öffentliche Einrichtungen vor Ort mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet werden, um Politiken anzupassen und spezifische Maßnahmen zur Unterstützung der Interessen und Belange einheimischer Unternehmen durchführen zu können. Offene, alle einbeziehende weiche Netzwerke fördern außerdem die Aktivierung unternehmerischer Kapazitäten und lokaler Initiativen.

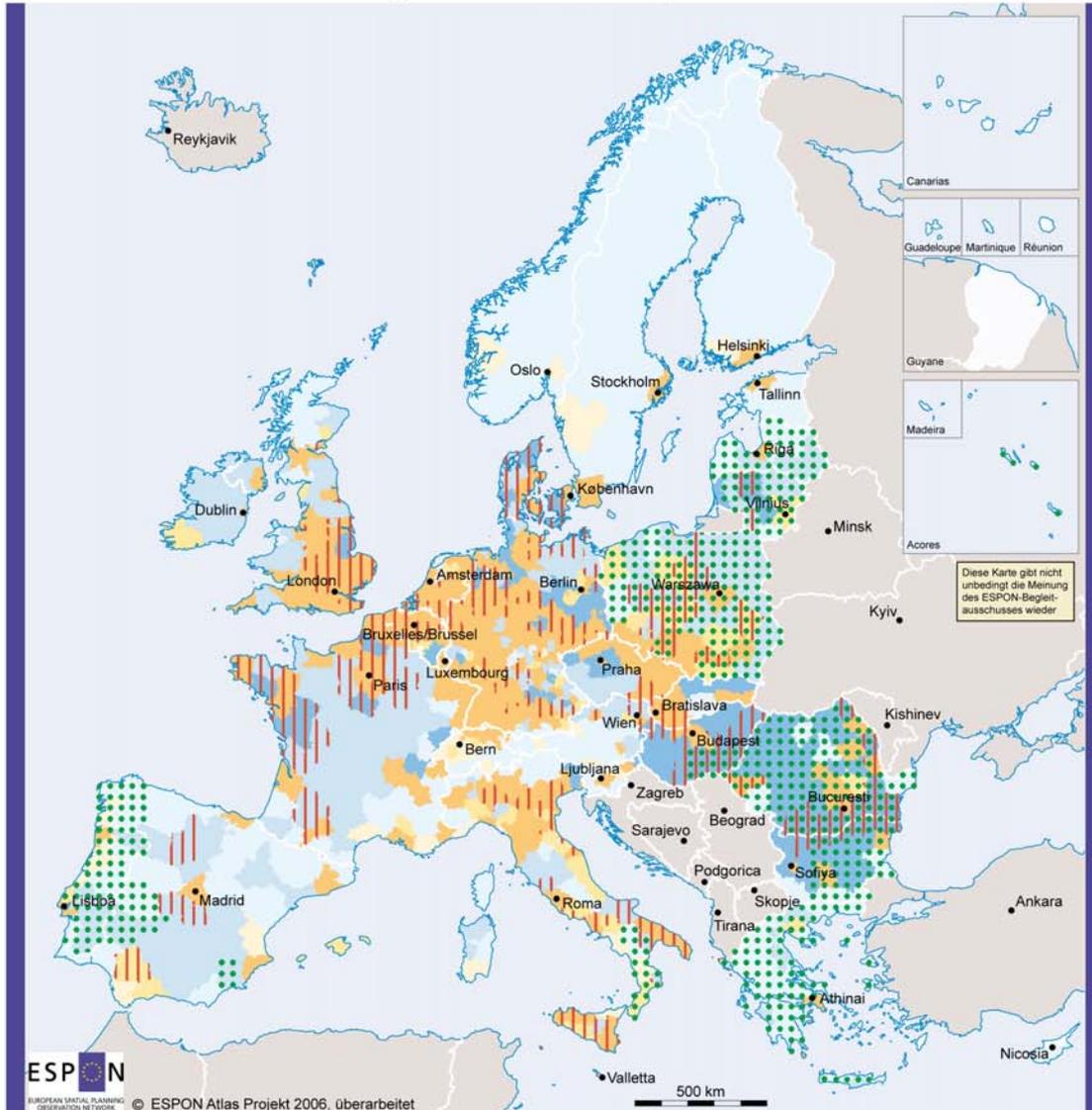
Verkehrsanstieg in modernisierungsbedürftigen Sekundärnetzen

(118) Die sekundären Netze die ländliche Räume erschließen und an die Kernstädte, und damit an die übergeordnete Verkehrsinfrastruktur anbinden, sind insbesondere im Osten der EU oft unzureichend. Dies gilt für alle Verkehrsarten, und insbesondere für multimodale Verkehrsverbindungen. Ungeachtet dieser unzureichenden Verkehrsinfrastruktur wird in ländlichen Räumen zunehmend ein Verkehrsanstieg zu verzeichnen sein, während sich der Verkehr derzeit noch in städtischen Räumen konzentriert. Tatsache ist, dass die höchsten Verkehrsanstiegsraten bis 2020, nämlich 67%, in ländlichen Räumen mit mittleren bis hohen menschlichen Einflüssen („Fußabdruck“) erwartet werden. Für ländliche Räume mit geringen menschlichen Einflüssen beträgt der geschätzte Verkehrsanstieg 45%, und 58% für Räume mit hohen menschlichen Einflüssen. Zugleich werden ländliche Räume am stärksten unter aufgrund der Ölpreise steigenden Transportkosten zu leiden haben. Der Verkehrsanstieg betrifft jedoch nicht alle ländlichen Räume. In Gebieten der Entvölkerung liegt die Herausforderung in der Aufrechterhaltung des vorhandenen Netzes trotz geringerer Nutzung, da die schrumpfende Bevölkerung sich stärker auf private Transportmittel stützt.

Politische Denkanstöße

- Große Teile des europäischen Territoriums bestehen aus ländlichen Gebieten, und es leben noch immer viele Menschen in diesen Gebieten. Sie erwirtschaften jedoch nur einen verhältnismäßig geringen Teil des BIPs, da ihr Potenzial nicht voll ausgeschöpft wird.
- Ländliche Gebiete nahe städtischer Ballungsräume werden von diesem Standortfaktor im Hinblick auf Bevölkerung und wirtschaftliche Entwicklung profitieren, aber sie werden auch mit der Herausforderung der Zersiedlung und Konflikten zwischen ländlichen und städtischen Landnutzungsansprüchen konfrontiert.
- In abgelegenen Gebieten drohen Bevölkerungsrückgang und Schwierigkeiten im Hinblick auf die Gewährleistung der Daseinsvorsorge.
- In ländlichen Räumen wird ein Verkehrsanstieg zu verzeichnen sein, obwohl die derzeitigen Sekundärnetze insbesondere im Osten der EU häufig unzureichend sind.
- Steigende Energiepreise werden insbesondere im Hinblick auf Transportkosten negative Auswirkungen auf viele ländliche Gebiete haben.
- Langfristig könnten Landnutzungskonflikte zwischen der Nahrungsmittelproduktion und alternativen Energien entstehen, da einige ländliche Gebiete die Möglichkeit haben werden, von einer zunehmenden Produktion von alternativen Energien zu profitieren.
- Die Diversifizierung der wirtschaftlichen Grundlage in ländlichen Räumen wird gestützt von der Förderung des Unternehmergeistes in diesen Gebieten sowie von der Schaffung lokaler Netzwerke und Behörden mit geeigneten Kompetenzen.

Ländliche Gebiete und deren regionale Diversifizierung



Stadt-Land-Typologie

- Starker städtischer Einfluss, starke menschliche Eingriffe
- Starker städtischer Einfluss, mittelstarke menschliche Eingriffe
- Starker städtischer Einfluss, geringe menschliche Eingriffe
- Niedriger städtischer Einfluss, starke menschliche Eingriffe
- Niedriger städtischer Einfluss, mittelstarke menschliche Eingriffe
- Niedriger städtischer Einfluss, geringe menschliche Eingriffe
- Keine Daten

Gebiete mit intensiver Landwirtschaft 2000

- Hoher Anteil (60% und mehr)

Beschäftigung in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei 2004

- Hoher Anteil (10% und mehr)

© EuroGeographics Association für die geometrischen Grundlagen
Regionale Ebene: Stadt-Land-Typologie & Landwirtschaftsgebiete: NUTS 3;
Beschäftigung in der Landwirtschaft NUTS 2

Datengrundlage: Stadt-Land-Typologie: ESPON Projekt 1.1.2, CURS;
Abgrenzung von Stadt-Land für CH und NO ESPON Projekt 3.3;
Agrarintensität: ESPON Projekt 2.4.1, GTK;
Beschäftigung in der Landwirtschaft: ESPON Projekt 3.1, BBR

Quelle: ESPON-Datenbank

(Quelle: ESPON Atlas Project 2006, überarbeitet)

3. Die Auswirkungen von EU-Politiken auf die Raumentwicklung

Gründe für die Behandlung von EU-Politiken

(119) Für eine effektive Nutzung des territorialen Kapitals Europas müssen sich sektorale wirtschaftliche und territoriale EU-Politiken und mitgliedstaatliche Raumentwicklungspolitiken wechselseitig strukturell verstärken. Zielkonflikte und Widersprüchlichkeiten zwischen verschiedenen EU-Fachpolitiken haben eine ineffiziente Einteilung der EU-Ressourcen und einen geringeren politischen Wirkungsgrad zur Folge. Momentan gibt es jedoch keine effektive und strukturierte territoriale Governance der EU. Im politischen Entscheidungsprozess der Union wird die räumliche Dimension der EU-Politiken nicht explizit berücksichtigt.

3.1 EU-Politiken und ihre Auswirkungen

Die Kohäsionspolitik der EU

(120) Die Stärkung des territorialen Zusammenhalts im Sinne der Lissabon-Ziele ist ein langfristiger Prozess. Aus ESPON-Studien geht hervor, dass die Strukturfonds-Programme 2000 bis 2006 – in klarer Abhängigkeit von nationalen Politiken - zur Stärkung des territorialen Zusammenhalts und zur polyzentrischen Entwicklung beigetragen haben. Die EU Kohäsionspolitik für 2007 bis 2013 demonstriert eine Veränderung in der politischen Philosophie hin zu einer expliziten Unterstützung der Lissabon-Ziele und einer stärkeren Berücksichtigung des territorialen Kapitals der europäischen Regionen (einerseits werden territoriale Besonderheiten bei der Stärkung regionaler Potenziale explizit berücksichtigt; andererseits werden Möglichkeiten zur Stärkung transeuropäischer Strukturelemente des EU-Territoriums bereit gestellt). Eine besondere Herausforderung stellt in diesem Zusammenhang die Entstehung zahlreicher neuer innerer und äußerer Grenzen dar.

(121) Durch Kofinanzierung regionaler Entwicklungsmaßnahmen ist die EU Kohäsionspolitik direkt raumwirksam, beispielsweise durch die Umstrukturierung von Stadt und Land, die Bebauung von Flussufern, die Schaffung neuer Gewerbegebiete und Infrastruktur und den Entwicklung von Tourismus- und Erholungsgebieten. Sie hat außerdem starke indirekte Auswirkungen, etwa auf die allgemeine Förderung der Regionalentwicklung, die Auswahl von Prioritäten und von Governance-Konzepten, die von der EU eingeführt bzw. gefördert werden (nachhaltige Entwicklung, Additionalität, Subsidiarität, mehrjährige Programmierung, Partnerschaft), auf die Unterstützung neuer Allianzen (zwischen EU und Städten / Regionen und transeuropäische Allianzen) sowie auf die Verfügbarkeit von aktuellen Daten und Know-how (ESPON, URBAN, INTERREG etc).

Die Gemeinsame Agrarpolitik

(122) Ähnlich wie die Kohäsionspolitik hat auch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) verschiedene räumliche Auswirkungen. ESPON-Studien zeigen, dass Mittelzuweisungen von GAP und Kohäsionspolitik in einem gewissen Maß im Widerspruch zueinander stehen. Die Ausgaben für die GAP sind zum Beispiel tendenziell eher auf die wohlhabenden und dichter besiedelten Räume der EU konzentriert. Dies ist einerseits plausibel, da diese Politiken unterschiedliche Ziele und Schwerpunkte haben. Da diese beiden Politiken allerdings den Hauptteil des EU-Haushalts ausmachen und starke territoriale Wirkungen zeigen, kann dies auch als Schlüsselfrage für eine stärkere Kohärenz zwischen EU Politiken und Mittelzuweisungen angesehen werden.

(123) Der Liberalisierungsprozess der GAP wird wahrscheinlich starke, aber unterschiedliche Auswirkungen auf die Entwicklung und Position vieler ländlicher Gebiete haben. Der Verlust von Subventionen wird zu einer Verlagerung hin zu neuen Kulturpflanzen führen, mit einer wachsenden Konzentration der Produktion in einigen Regionen bei gleichzeitiger Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung in anderen. In ländlichen Gebieten mit einer anfälligen natürlichen Struktur könnte eine Verlagerung von der Produktion hin zu einer multifunktionalen Agrowirtschaft (Freizeit, Erholung, Tourismus, Naturraummanagement) und anderen Landnutzungen stattfinden. So genannte semi- oder transrurale Räume könnten aufgrund der Verlagerung der landwirtschaftlichen Produktionswerte unter einen erhöhten urbanen Entwick-

lungsdruck geraten, mit einer gleichzeitig steigenden Anzahl von Akteuren und Interessen an der ländlichen Entwicklung. Die genauen Auswirkungen auf die Entwicklung des EU-Territoriums werden noch untersucht.

Die Verkehrspolitik der EU

(124) Die EU-Verkehrspolitik hat bedeutende territoriale Auswirkungen, insbesondere durch Infrastrukturentwicklung und Preispolitik. ESPON-Analysen zeigen, dass Verkehrsinvestitionen beträchtliche positive Effekte auf das Entwicklungspotenzial vieler Regionen außerhalb des Pentagons (London, Paris, Mailand, München und Hamburg) haben. Starke positive Auswirkungen lassen sich im Nordosten Spaniens, in den Küstenregionen Italiens (besonders an der Ostküste), in anderen italienischen Regionen und im Süden Skandinaviens beobachten. Positive Auswirkungen sind auch im südlichen Teil Ost- und Mitteleuropas sichtbar. Außerdem sind nicht unbedeutende indirekte Auswirkungen der EU-Verkehrspolitik auf Städte und Regionen zu nennen. Während Gebiete rund um Bahnhöfe mit Hochgeschwindigkeitsverbindungen von der Entwicklung des Hochgeschwindigkeitsnetzes profitieren können, sind andere Gebiete von Missständen gekennzeichnet. Aufgrund von Investitionen in die TEN (Trans-europäische Verkehrsnetze) ist ferner eine Neupositionierung von Häfen und Flughäfen im europäischen Verkehrsnetz zu erwarten.

Baltic Gateway – ein INTERREG III B-Projekt aus dem Ostseeraum mit Partnern aus sieben Ländern – will die neuen EU-Mitgliedstaaten in das Verkehrssystem der südlichen Ostsee integrieren. Ein Element der Zusammenarbeit ist die Integration der Wasserwege der südlichen Ostsee in das paneuropäische Verkehrsnetz und die Nutzung des Konzepts der "Meeresautobahnen" als effektive Alternative zu überlasteten Straßen. Zur Verbindung des trans-europäischen Netzes mit lokalen und regionalen Märkten baut das Projekt auch auf die Erweiterung der sekundären Regionalverkehrsnetze. Bei der Projektinitiative unterzeichneten politische Entscheidungsträger des südlichen Ostseeraums eine gemeinsame Erklärung über interregionale Zusammenarbeit im Verkehrsbereich, die von dem so genannten „Baltic Gateway Quick Start Programm“ konkretisiert wurde, welches prioritäre Verkehrsprojekte für den gesamten südlichen Ostseeraum herausstellt.

► www.balticgateway.se

Die Umweltpolitik der EU

(125) Bestimmte EU-Umweltpolitiken haben eine sehr direkte und starke Raumwirksamkeit, da sie Rahmenbedingungen für territoriale Entwicklungen und Politiken setzen. Die Strategische Umweltprüfung (SUP) trägt zur Verbesserung und Beurteilung verschiedener Alternativen bei. Andererseits ist die Umsetzung der EU-Umweltpolitiken nur unzureichend mit Raumplanungsinstrumenten verknüpft, die bei konkreten Raumentwicklungsfragen Politiker und Entscheidungsträger verschiedener Sektoren zusammenbringen. Obwohl die höhere Ebene bei der Folgenabschätzung einbezogen wird, ist mit der SUP das Problem der politischen Inkohärenz nicht gelöst. Die Habitat- und Vogelschutzrichtlinien, die Rahmenrichtlinien über Luftqualität und Gewässer, die Nitratrichtlinien und die Seveso-Richtlinie sowie die vorgeschlagene Richtlinie für Bodenschutz können sich auf alle Landnutzungs- und Standortaktivitäten auswirken: betroffen sind z.B. Pläne für Wohngebiete sowie Bebauungspläne um Flughäfen, Seehäfen und Autobahnen, die Tragfähigkeit der Viehwirtschaft oder die Festlegung und Nutzung von Küstenerholungsgebieten etc. Andererseits spielen die Habitat- und Vogelschutzrichtlinien eine wichtige Rolle bei der Erhaltung und Entwicklung wichtiger ökologischer Strukturen. Trotzdem gibt es nicht genügend Anhaltspunkte, ob dieser Vorteil eine Folge der Umsetzung der Richtlinie oder der vorhandenen ökologischen Struktur selbst ist. Neue, grenzüberschreitende Initiativen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie können die transeuropäische Raumplanung aufwerten. Da die EU-Umweltpolitiken nicht genügend kommuniziert werden, rufen sie oft eine ablehnende Haltung derjenigen regionalen und lokalen Stakeholder hervor, die sie letztlich umsetzen sollen.

Die **Maritime Safety Umbrella Operation (MSUO)** wurde eingerichtet um INTERREG-finanzierte Projekte im Bereich der Meeressicherheit (mit Partnern aus insgesamt sechzehn Ländern), verwandte Initiativen (z.B. IKZM und Raumordnung auf dem Meer) sowie entsprechende Stakeholder aus dem maritimen Bereich (z.B. politische Entscheidungsträger, die

Schifffahrtsindustrie, Küstengemeinschaften, etc.) zu koordinieren. Eines der Ziele der MSUO ist es, Wissens- und Informationslücken zu schließen, so dass gegenwärtige und mögliche neue maritime Projekte effizient funktionieren können. Unter den Projekten sind Aktivitäten zur Rettung menschlichen Lebens, zur Gewährleistung der Sicherheit von Schiff und Ladung, Schutz der Meeresumwelt und zur Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Meeressgüter. Im Allgemeinen geht es um drei Themenfelder: Reaktion (auf See und an der Küste), institutionelle Bereitschaft und Prävention (einschließlich des Risikomanagements) sowie Küstenzonenmanagement und Raumordnung auf dem Meer.

► www.maritime-safety.org

FuE Politik der EU

(126) Die Auswirkungen der Rahmenprogramme für Forschung und Entwicklung (FPs) sind am stärksten in den wohlhabenden europäischen Kernregionen zu spüren, in denen sich F&E konzentrieren. Diese Regionen erhalten aufgrund ihrer guten akademischen und privaten Forschungsinfrastruktur mehr Mittel aus den Rahmenprogrammen; aber auch weil sie die notwendige „kritische Masse“ besitzen, um die Risiken einer Beteiligung in potenziell komplexen transnationalen Projekten tragen zu können. Vorhandene regionale Stärken sind demzufolge ein Schlüsselfaktor um festzustellen, wie wahrscheinlich es ist, dass eine Region Mittel aus Rahmenprogrammen erhält. Trotzdem lassen vergleichsweise hohe Beteiligungsraten pro BIP-Einheit in weniger entwickelten Regionen vermuten, dass die Rahmenprogramme einen Beitrag zur Schließung der FuE-Disparitäten zwischen den europäischen Regionen leisten. Hinweise auf direkte externe Effekte auf umliegende Regionen sind nur begrenzt erkennbar. Allerdings können die Auswirkungen einer Beteiligung in hohem Maße zur Verbesserung des F&E-Profiles einer Region beitragen.

(127) Der FuE-Fokus der Strukturfondsprogramme unterscheidet sich beträchtlich, selbst zwischen auf den ersten Blick ähnlichen Regionen. Die Strukturfonds sind im Vergleich stärker auf die Unterstützung unternehmerischer FuE-Aktivitäten (v.a. KMU) ausgerichtet als die Rahmenprogramme, welche einen Großteil ihrer Mittel auf öffentliche und akademische FuE-Einrichtungen lenken. Es gibt wenig Anzeichen für eine Koordinierung der zwei wichtigsten Teile der europäischen FuE-Politik (RPs und Strukturfonds) auf regionaler Ebene. Es ist anzunehmen, dass in einer solchen Koordinierung ein beträchtliches Potenzial zur wechselseitigen Verstärkung dieser Programme im Hinblick auf die Raumentwicklung läge. Eine wichtige Herausforderung wird sein, zu gewährleisten, dass die europäische FuE-Politik auf vorhandene Verbindungen zwischen Städten und Gemeinden (sowie Unternehmen und Institutionen) innerhalb und zwischen den europäischen Regionen aufbauen kann.

Die Energiepolitik der EU

(128) Die europäische Energiepolitik beeinflusst den Raum hauptsächlich über räumlich verschiedene Energiepreise, der Energieproduktion, den Energiequellen und den Standorten der Transeuropäischen Energienetze (TEN-E). Auch territoriale und urbane Strukturen beeinflussen die Menge und Art des Energieverbrauchs. Energiepreise scheinen einen maßgeblichen, wenn auch kleinen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum zu haben. Die Öffnung der Energiemärkte ist ein wesentlicher Bestandteil europäischer Energiepolitik. Obwohl diese noch lange nicht abgeschlossen ist, ist mit ihr bereits eine Senkung der Preise entweder für Privathaushalte oder für die Wirtschaft verbunden. Außerdem ist die Verfügbarkeit transeuropäischer Energienetze eine wichtige Voraussetzung um wettbewerbsfähige Energiepreise für den Verbraucher zu sichern. Die EU-Energiepolitik stützt sich nun auf die Entwicklung von erneuerbaren Energiequellen und Energieeffizienz. Durch vermehrte Nutzung endogener Energiequellen können beide Ansätze starke Auswirkungen auf lokaler Ebene hervorrufen. Die treibenden Kräfte einer solchen Politik sind in den kommenden Jahren Biotreibstoffe für den Verkehr sowie Biomasse-, Wind- und kleine Wasserkraftwerke für die Stromerzeugung. Eine neue Herausforderung besteht in der langfristigen Sicherung der Energieversorgung. Die EU scheint hierbei eine anfällige Position einzunehmen, da die Energieversorgung von einigen wenigen Ländern abhängig ist.

BTN (Bioenergy Technology Transfer Network) – ein INTERREG III B-Projekt aus dem Ostseeraum mit Partnern aus fünf Ländern – versucht neueste Forschungsergebnisse und

Technologien in praktische Anwendungen lokaler und regionaler Anbieter umzusetzen. Hierzu wurde unter anderem ein Netzwerk von Bioenergie-Entwicklungszentren gegründet, welches eine stärkere Nutzung von Bioenergie und regionalen Wertschöpfungsketten unterstützt. Diese Aktivitäten haben dabei geholfen, Entscheidungsträgern Informationen über regionale Bioenergiequellen zu liefern. Außerdem haben sie dazu beigetragen, ein breiteres Verständnis über die positiven Wirtschafts- und Beschäftigungseffekte der Bioenergiegewinnung zu erreichen, das Know-how über die Verfügbarkeit und über Zukunftstechnologien zu erhöhen sowie Engpässe in der Bioenergie-Nutzungskette zu identifizieren und zu beseitigen.

► www.bdc-network.jypoly.fi

Fischereipolitik der EU

(129) Die Fischereipolitik der EU scheint wesentliche – beabsichtigte wie auch unbeabsichtigte – territoriale Auswirkungen zwischen und innerhalb der Küstenregionen zu haben. Die Auswirkungen sind unterschiedlich, je nachdem ob Küstenfischerei mit kleineren Schiffen, Fischerei in entfernten Gewässern mit größeren Fischereifahrzeugen, Fischanlandungen, Fischverarbeitung oder Aquakultur in den Regionen vorherrschen. Es ist erwiesen, dass die Fischereipolitik wohlhabende Regionen im Gegensatz zu den abgelegenen, wesentlich von der Fischerei abhängigen Gebieten begünstigt. Begünstigte Regionen können die Maßnahmen des Fischereifonds (FIAF) aufgrund ihres guten Zugangs zu Produkten und Märkten besser nutzen. Das gleiche gilt für Wiederauffüllungspläne. Diese sind dazu vorgesehen, Flotten, die aus bedrohten Beständen fischen zu „bestrafen“ oder ihnen zumindest Beschränkungen aufzuerlegen. Eine unbeabsichtigte, teils territoriale Konsequenz ist dass die unterschiedlichen Flottensegmente unter unterschiedlichen Bedingungen arbeiten. Größere Fischereifahrzeuge können im Gegensatz zu kleineren Küstenfischereifahrzeugen weit von ihrem Heimathafen entfernte Ressourcen nutzen. Es sind jedoch meist nicht die kleinsten Fahrzeuge, die eine Gefahr für die Bestände darstellen oder die Lebensräume zerstören. Interessanterweise erhalten einige Regionen höhere Fördermittel aufgrund von Erwägungen, die gar nicht oder nur teilweise mit der Situation des Fischereisektors zusammenhängen. Dies führt dazu, dass einige Regionen besser dastehen als andere. ESPON-Analysen zeigen außerdem, dass einige Länder und Regionen einen wesentlichen Teil der gesamten EU-Mittel erhalten.

Die EU-Meeresspolitik

(130) Im Hinblick auf die Meeresspolitik lässt sich feststellen, dass die Europäische Kommission kürzlich das Grünbuch „Die künftige Meeresspolitik der EU: Eine europäische Vision für Ozeane und Meere“ veröffentlicht hat, das für einen integrierten Ansatz der Meeresspolitik plädiert.

Die Stadtentwicklungspolitik der EU

(131) Die Strukturfonds sind die wichtigsten Finanzierungsinstrumente der EU im Kontext von Stadtentwicklungspolitiken. Ein zusätzliches wichtiges Anliegen dieser Politiken ist es, die Ausarbeitung integrierter Stadtentwicklungskonzepte zu unterstützen. Denn der traditionelle sektorspezifische Ansatz und die damit verbundene Verteilung von Kompetenzen und Verantwortung auf verschiedene Entscheidungsebenen hat die Lösung städtischer Herausforderungen bislang behindert. Zugleich steht die Forderung nach einer integrierten Stadtentwicklungspolitik im Einklang mit der "Erklärung über die Leitlinien der nachhaltigen Entwicklung" des Europäischen Rates (16.-17. Juni 2005).

Das **Historic Neighbourhood Rehabilitation Projekt** bietet ein umfassendes und integriertes Konzept zur Schaffung von öffentlichen Räumen in Peristerona (Zypern), unter Verbindung von drei herausragenden lokalen Elementen (zwei historische Gebäude und ein Jahreszeitenfluss). Ziel des Projekts ist es, die historischen Wohnviertel aufzuwerten, die Dorfkirche und die Moschee als wichtige Elemente der lokalen und regionalen Identität und als Symbole des friedlichen Zusammenlebens der beiden Religionen auf der Insel zu präsentieren, sowie einen attraktiven Raum für soziale Interaktion zu schaffen. Maßnahmen sind unter anderem der Umbau des Dorfplatzes, Landschaftsbau, Einführung von Verkehrsleitsystemen, Bau von

Brücken und Fußwegen und Überführung vorhandener Versorgungsdienste in ein modernisiertes unterirdisches Netzwerk.

► www.peristerona.org.cy/english/projects.shtm

► www.moi.gov.cy

Binnenmarkt- und Wettbewerbspolitiken der EU

(132) Die Wettbewerbsregulierung (z.B. Beschränkung staatlicher Beihilfen, Marktliberalisierung und Antimonopol-Gesetzgebung) kann sich durch Beeinflussung von Standortentscheidungen sowohl positiv als auch negativ auf Raumentwicklungsmuster auswirken. In dieser Hinsicht ist die Liberalisierung des Luftverkehrmarktes ("the Single European Sky") von besonderer Bedeutung, da diese sich sowohl auf die Mobilität als auch die Standortentscheidungen von Unternehmen auswirken wird. Diese Liberalisierung hat zur Entstehung von Regionalflughäfen und Billigfluglinien beigetragen. Abgesehen von der Förderung der Privatisierung ist als wichtigste Änderung die "Home Carrier" Norm zu nennen, durch die nationale Fluglinien von jedem gewünschten europäischen Knotenpunkt (hub) starten können. Das bilaterale Open-Skies-Abkommen zwischen der Union und den USA – über Abflüge von jedem Knotenpunkt der EU oder USA – wird einen noch größeren Binnenmarkt schaffen und wahrscheinlich eine weitere Konsolidierung der Fluggesellschaften nach sich ziehen. Die Fusion der KLM und Air France ist hierfür ein gutes Beispiel.

Andere EU-Politiken

(133) In den nächsten Jahren werden weitere Untersuchungen zur Vertiefung und Erweiterung von Wissen und Erkenntnissen über die Raumwirksamkeit von EU-Politiken notwendig sein. Andere EU-Politiken, wie die EU-Finanz- und Wirtschaftspolitik und Geldpolitik oder die Politiken in den Bereichen Außenhandel, Nahrungsmittelsicherheit und Unternehmen und Industrie können auch wichtige territoriale Auswirkungen haben, sowohl durch ihren spezifischen Inhalt als auch im Zusammenhang mit anderen EU-Politiken.

In der Ostseeregion haben heterogene Plansysteme und unterschiedliche Raumentwicklungsinstrumente und -kulturen oft eine Verzögerung oder sogar Verhinderung transnationaler Zusammenarbeit und Kommunikation im Hinblick auf gemeinsame raumwirksame Aktivitäten und Entscheidungen zur Folge. Das **COMMUN Projekt** (Promoting Spatial Development by Creating COMMONscapes), das alle elf Ländern der INTERREG III B Ostseeregion einbezieht, schafft eine Grundlage für effizientere Kommunikation und Zusammenarbeit, um gegenwärtige und zukünftige transnationale Aktivitäten und Investitionen zu unterstützen. Es werden strategische Instrumente entwickelt für einen transnationalen Wissens- und Erfahrungsaustausch hinsichtlich territorialer Herausforderungen (z.B. TEN-T und IKZM), nachhaltiger Raumentwicklung und wirtschaftlichen Zusammenwachsens, besonders im Ostseeraum. Das Hauptinstrument ist eine öffentlich zugängliche Webseite mit vergleichbaren Informationen und praktischen Beispielen aus allen beteiligten Ländern, auf der ihre Planungs- und Verwaltungssysteme in der nationalen und englischen Sprache vorgestellt werden.

► www.commin.org

3.2 Berücksichtigung der Raumwirksamkeit der EU-Politiken

Der Politikprozess der EU in Kürze

Vorbereitungsphase: In rechtlicher Hinsicht ist dies die offenste Phase. Offiziell wird auf Initiative der Europäischen Kommission ein Vorschlag für einen Rechtsakt ausgearbeitet. Zuvor jedoch versuchen viele verschiedene Stakeholder (EU-Institutionen, Verwaltungen der EU-Mitgliedstaaten, NROs, private Akteure, etc.) Themen auf die politische Agenda der EU zu setzen. Es handelt sich hierbei um einen relativ verschwommenen Lobby-Prozess. Um solchen politischen Debatten einen Rahmen zu geben und politische Empfehlungen auszuarbeiten erstellt die Europäische Kommission oft Mitteilungen wie Grün- oder Weißbücher, oder die regelmäßigen Kohäsionsberichte, bevor ein offizieller Vorschlag erarbeitet wird. In dieser Vorbereitungsphase baut die Europäische Kommission meist auf die Unterstützung von Experten aus den EU-Mitgliedstaaten, von NROs und privaten Akteuren. Bevor die Europäische

Kommission einen Vorschlag einbringt, werden mögliche Auswirkungen abgeschätzt und eine interne Konsultation zwischen den Dienststellen der Kommission (Interservice Consultation) durchgeführt.

Entscheidungsphase: In dieser Phase beraten der Ausschuss der Regionen (AdR) und der Wirtschafts- und Sozialausschuss (EESC) über den Vorschlag der Europäischen Kommission. Der Rat und (je nach Verfahren) das Parlament entscheiden dann über den Vorschlag. Dies ist eine rechtlich sehr komplizierte Phase. Je nach rechtlicher Grundlage für verschiedene Vorschläge im EU-Vertrag sind verschiedene förmliche EU-Beschlussfassungsverfahren vorgesehen.

Umsetzungsphase: Verordnungen der EU sind für die EU-Mitgliedstaaten direkt bindend. Richtlinien müssen in nationales Recht umgesetzt werden. Manchmal delegiert der Rat eine Durchführungs- oder Rechtsetzungsbefugnis an die Europäische Kommission. In solchen Fällen setzt die Europäische Kommission so genannte Komitologieausschüsse zur Zusammenarbeit mit nationalen Vertretern ein. Solche Ausschüsse können rechtlich bindende Entscheidungen treffen, z.B. über die Verwaltung der Strukturfondsprogramme. Diese Entscheidungen sind meist technischer Natur, manchmal aber auch mit politischen Konsequenzen.

(134) Wie in Teil A erwähnt können die Raumentwicklungsminister und die Europäische Kommission bei der Sensibilisierung für die Raumwirksamkeit von EU-Politiken und bei der Förderung politischer Kohärenz und Zusammenarbeit eine Schlüsselrolle spielen. Solange jedoch keine Rechtsgrundlage für den territorialen Zusammenhalt existiert, gibt es auch keine offiziellen Verpflichtungen oder Anreize, die Raumwirksamkeit im EU-Politikprozess zu berücksichtigen. Eine effektive Handhabung der territorialen Wirkung ist somit nur bei starker politischer Führung und Steuerung („Political Leadership“) und einer großen politischen Verantwortung auf EU-Ebene möglich. Damit ist ein starkes Netzwerk von Stakeholdern gemeint, das sich auf eine solide Grundlage von territorialem Wissen, Informationen und Fachkompetenz stützen kann und effektive Verbindungen zum politischen Entscheidungsprozess der EU hat. Rechtlich bietet besonders die Vorbereitungsphase als rechtlich und politisch offenste Phase gute Möglichkeiten, um territoriale Auswirkungen der Politiken mit einzubeziehen. Der sektorale Aufbau des Politikprozesses bildet hierbei die größte Herausforderung.

Politische Führung bei der Steuerung der Raumwirksamkeit von EU-Politiken

(135) Die Raumentwicklungsminister der EU sind am besten geeignet, Bewusstsein und Kenntnis der Raumwirksamkeit von EU-Politiken zu vertiefen und den Anstoß für einen Dialog über einen kohärenteren Ansatz innerhalb der EU-Politik zu geben. Ihre informelle Rolle im EU-System verleiht ihnen die Freiheit, Fragen offen zu analysieren und zentrale politische Herausforderungen zu definieren. Die Minister können jedoch nicht mehr tun als eine solide Datenbasis zu liefern und die territoriale Dimension der EU-Politiken auf die Agenda der EU zu setzen. Hinsichtlich einer effektiven Steuerung der territorialen Wirkung von EU-Politiken sind sie vom Engagement der formalen EU-Institutionen, insbesondere der Europäischen Kommission als Initiator von EU-Politiken, abhängig. Mit anderen Worten, Steuerung der territorialen Wirkung von EU-Politiken ist nur möglich, wenn die Europäische Kommission und die Raumentwicklungsminister als treibende Kraft für andere Stakeholder eng zusammenarbeiten.

(136) Das Weißbuch über Europäisches Regieren stellt fest: *“Die territorialen Auswirkungen der EU-Politik in Bereichen wie Verkehr, Energie oder Umweltschutz sollten berücksichtigt werden. Diese Politikbereiche sollten Teil eines geschlossenen Ganzen sein, wie in dem zweiten Kohäsionsbericht der EU festgestellt wird; eine allzu sektorspezifische Betrachtungsweise ist zu vermeiden. Desgleichen sollten die auf regionaler und lokaler Ebene getroffenen Entscheidungen mit einem breiteren Spektrum von Grundsätzen für eine nachhaltigere und territorial ausgewogenere Entwicklung innerhalb der Union übereinstimmen.”* (vgl. Europäisches Regieren – ein Weißbuch). Die Europäische Kommission beabsichtigt, den verbesserten Dialog mit den EU-Mitgliedstaaten und ihren Regionen und Städten zur Entwicklung von Indikatoren zu nutzen, um festzustellen, wo mehr Kohärenz nötig ist. Auf vorhandene Arbeiten wie dem EUREK wird aufgebaut. Die Förderung einer verbesserten Kohärenz zwischen Raumentwicklungsmaßnahmen auf verschiedenen Ebenen sollte auch in die Überprüfung der

Politiken hinsichtlich der nachhaltigen Entwicklungsstrategie einfließen. Das Weißbuch stellt ebenfalls fest, dass EU-Politiken neu ausgerichtet werden müssen auf die *„... Förderung der territorialen Vielfalt.“* (vgl. Europäisches Regieren – ein Weißbuch). Bereits 2001 hatte die Europäische Kommission die Notwendigkeit festgestellt, die territoriale Wirkung der EU-Politiken eindeutig zu berücksichtigen.

(137) Der Dritte Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Gemeinschaftlichen Strategischen Leitlinien für die Kohäsionspolitik von 2007 bis 2013 führen dieses Ziel unter der Überschrift territorialer Zusammenhalt aus. In jüngsten Stellungnahmen zum territorialen Zusammenhalt unterstützen das Europäische Parlament und der Ausschuss der Regionen (AdR) diesen Ansatz. Der AdR hat sogar eine Fachkommission zur territorialen Kohäsion eingerichtet. Zu diesem Zeitpunkt ist jedoch noch nicht klar, welche Auswirkungen das Ziel einer stärkeren Kohärenz in der politischen Praxis haben wird. Ein vorsichtiger Schluss kann gezogen werden: die Europäische Kommission unternimmt über die Kohäsionspolitik erste anfängliche Schritte, um die politisch sensible Frage nach einem kohärenten Ansatz für die Raumwirksamkeit von EU-Politiken zu behandeln. Bis jetzt handelt es sich jedoch um einen wenig ausgereiften und anfälligen Punkt auf der europäischen Agenda.

Politisches Verantwortungsgefühl und Engagement: Der Stakeholder-Dialog über territoriale Kohäsion

(138) Um Verantwortungsgefühl und Engagement für territoriale Kohäsion zu stärken, haben die EU-Raumentwicklungsminister mit den zentralen „Stakeholdern“ der territorialen Kohäsion einen Dialog begonnen, so z.B. mit den EU-Institutionen, nationalen, regionalen und lokalen Vertretern, NROs und privaten Akteuren, die an raumwirksamen Politiken beteiligt sind. Informationen auszutauschen und mehr Klarheit und bessere Einsichten in die territorialen Wirkungen von EU-Politiken zu gewinnen, hat bei diesem Dialog eindeutig Priorität. Bis jetzt fand der Dialog auf sehr informeller und flexibler Ebene statt, mit einem Schwerpunkt auf der Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses. Noch hat der Dialog das Stadium eines strukturierten und gut organisierten Stakeholder-Netzwerkes nicht erreicht, das die politischen Agenden der Europäischen Kommission und der Präsidenschaften im Hinblick auf Dossiers mit territorialer Wirkung beobachtet und diskutiert. Eine Beurteilung der Effektivität des Dialogs wäre zu diesem Zeitpunkt verfrüht.

Territoriale Analysen und Folgenabschätzungen der EU

(139) Ein weiteres Schlüsselement bei der Steuerung der territorialen Wirkung von EU-Politiken ist die Verfügbarkeit einer soliden „Datenbasis“ über die wichtigsten räumlichen Strukturen, Prozesse, Tendenzen, Szenarien, Typologien, Indikatoren, Daten, Karten, Methoden und politischen Konsequenzen. Die Hauptaufgabe liegt in der Erstellung gezielter Analysen, die Stakeholder in wichtigen Phasen des Politikprozesses auch wirklich einsetzen, angefangen mit der frühen Anfangsphase des politischen Prozesses, in welcher der Rahmen für politische Fragen abgesteckt und von Fachleuten aus der gesamten Union diskutiert wird. Andere wichtige Zeitpunkte sind das Verfahren der Folgenabschätzung, die Interservice Consultation, die Meinungsbildung im Ausschuss der Regionen und im Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie die Entscheidungsfindung in Rat und Parlament.

(140) Obwohl sich die solide Datenbasis noch im Aufbau befindet (hauptsächlich über ESPON), haben territoriale Analysen bereits eine wichtige Rolle bei der Erarbeitung der EU-Kohäsionspolitik für 2007 bis 2013 gespielt. Außerdem entwickelt ESPON Methoden zu ex ante Folgenabschätzungen für Vorschläge der Europäischen Kommission. Wenn der politische Wille dazu besteht, könnten diese im Rahmen der förmlich integrierten Folgenabschätzung eingesetzt werden. Bis jetzt wurde diese Möglichkeit noch nicht untersucht. ESPON arbeitet ebenfalls an Untersuchungen, die einzelne geographische Gebiete der EU genauer betrachten. Diese Entwicklungen bieten viel versprechende Perspektiven.

Territoriales Fachwissen im Politikprozess der EU

(141) Experten spielen im politischen Entscheidungsprozess der EU eine herausragende Rolle. Die Europäische Kommission kann Experten sowohl zu offiziellen Ausschüssen als auch

zu informellen Treffen einladen. Diese Experten stammen normalerweise aus EU-Netzwerken. Die Aufgabe besteht in der Schaffung eines EU-Netzwerks von territorialen Experten und in der Beobachtung der Agenda der Europäischen Kommission, so dass die Kommission rechtzeitig über verfügbare territoriale Fachleute informiert werden kann.

(142) Derzeit entsteht ein umfassendes Netzwerk von EU-Fachleuten, hauptsächlich aufgrund von ESPON und der Territorialen Agenda der EU-Raumentwicklungsminister. Die Europäische Kommission hat bereits in einigen Fällen territoriale Experten hinzugezogen. Dies gilt insbesondere für die Erarbeitung der Kohäsionspolitik für 2007 bis 2013 und einiger Umweltdossiers, wie die Thematische Strategie zur Städtischen Umwelt, die INSPIRE-Richtlinie und die Initiative über Integriertes Küstenzonenmanagement. Seitens der Europäischen Kommission und der Raumentwicklungsminister gibt es jedoch bislang kein strukturiertes Konzept zum Einsatz territorialer Experten.

Die territoriale Dimension in der Komitologie der EU

(143) Die Komitologie der EU ist eine weitere wichtige Möglichkeit zur Befassung mit territorialen Auswirkungen von Politiken. Obwohl Komitologieausschüsse meistens mit technischen und formalen Umsetzungsfragen befasst sind, können ihre Entscheidungen territoriale Wirkungen entfalten, z.B. über die Festsetzung von Umweltstandards.

(144) Im Jahr 2001 hat die Europäische Kommission eine Arbeitsgruppe zur Raum- und Stadtentwicklung eingerichtet, und zwar als Unterausschuss des Verwaltungsausschusses für die Regionalpolitik (AEUR - Ausschuss für die Entwicklung und Umstellung der Regionen). Auf diese Weise könnten die Diskussionen über territoriale Herausforderungen mit der offiziellen EU-Komitologie für EU-Kohäsionspolitik verbunden werden. Die Arbeitsgruppe hat die territoriale und urbane Dimension der EU-Kohäsionspolitik vertieft. Diese „Ehe“ stellte sich jedoch - insbesondere zu Anfang – wegen unterschiedlicher Interessen und Verantwortlichkeiten innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission als schwierig heraus. Somit bleibt die Festlegung einer effektiven Struktur und Agenda innerhalb der EU-Komitologie eine Herausforderung.

(145) Im Folgenden wird ein Abriss der gegenwärtigen Möglichkeiten einer Einbindung territorialer Aspekte in den EU-Politikprozess gegeben.



Die EU-Perspektive innerhalb der Raumentwicklungspolitiken der Mitgliedstaaten

(146) Die Verbesserung der Kohärenz der raumwirksamen EU-Politiken ist nicht nur eine Herausforderung für den Politikprozess der EU (horizontale Kohärenz). Die Herausforderung besteht auch darin, die Raumentwicklungspolitiken der EU-Mitgliedstaaten mit den EU-Politiken so zu verknüpfen, dass sie sich wechselseitig strukturell verstärken, und so eine effektive Nutzung des territorialen Kapitals Europas ermöglicht wird (vertikale Kohärenz). Diese Bottom-up-Perspektive auf die territoriale Governance in der EU ist traditionell nur schwach ausgeprägt. In den letzten Jahren wurde eine Reihe von Instrumenten und Anreizen geschaffen, um diese vertikale Kohärenz zu verstärken, beispielsweise über die Kohäsionspolitik, die Lissabon-Strategie und neue Governance-Konzepte für die Raumentwicklung.

Die EU-Perspektive innerhalb nationaler und regionaler Raumentwicklungsstrategien

(147) In den vergangenen Jahren wurde die isolierte Betrachtungsweise des eigenen Territoriums in vielen regionalen und nationalen Raumentwicklungspolitiken überwunden. Aspekte der europäischen Politik und transeuropäischer territorialer Strukturen, Prozesse und Wechselwirkungen werden nun von Anfang an berücksichtigt. Angetrieben von den Herausforderungen der Lissabon-Strategie versuchen Städte und Regionen mehr und mehr, ihr einzigartiges territoriales Kapital zu identifizieren und sich innerhalb Europas zu positionieren. Außerdem haben einige Länder ihr Raumplanungsrecht geändert und Bestimmungen mit Bezug zu den Konzepten und Zielen des EUREK eingeführt.

(148) Zugleich werden in vielen Mitgliedstaaten Maßnahmen ergriffen, um die wachsende territoriale Wirkung der EU-Politiken zu antizipieren. Dies ist keine leichte Aufgabe, da schwerwiegende Barrieren bestehen. So weisen relevante EU-Politiken und nationale bzw. regionale Raumentwicklungspolitiken beispielsweise unterschiedliche Politikzyklen, Ziele, Prioritäten, Verteilung von Zuständigkeiten, Verhandlungsprozesse und Konsensfindung auf. Hinzu kommt, dass die Raumentwicklungsbehörden der Mitgliedstaaten in zunehmendem Maße an EU-Dossiers beteiligt sind, was hauptsächlich an den Herausforderungen der Kohäsionspolitik liegt. In etwa der Hälfte der Mitgliedstaaten wurden die Zuständigkeiten für Raumentwicklung und regionale Wirtschaftsentwicklung in einem Ministerium zusammengefasst. In anderen EU-Mitgliedstaaten hatten die Raumentwicklungsminister eine koordinierende Rolle bei den INTERREG III B-Programmen 2000-2006. In vielen Fällen bot ihnen dies den Zugang zu den nationalen Bestimmungen für die Verhandlungen über die Kohäsionspolitik 2007 bis 2013 und die Finanzielle Vorausschau, und sie konnten territoriale Aspekte artikulieren.

(149) Die niederländischen Ministerien für Äußere Angelegenheiten und Raumentwicklung haben kürzlich in Eigeninitiative die potenziell raumwirksamen Vorschläge der Europäischen Kommission in der nationalen Raumplanungskommission diskutiert. An dieser Kommission sind alle territorial relevanten niederländischen Generaldirektoren beteiligt. Sie bereitet alle Regierungsentscheidungen zur Raumentwicklung vor. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass die neue EU-Gesetzgebung besser in Raumentwicklungsentscheidungen und das Raumplanungssystem integriert werden kann, wenn sie frühzeitig antizipiert wird.

Raumentwicklungsstrategien und strategische Rahmensetzungen der EU

(150) Im Einklang mit den obigen Ausführungen ist es den meisten EU-Mitgliedstaaten gelungen, ihre Raumentwicklungsprioritäten mit den einzelstaatlichen strategischen Rahmenplänen für die EU-Politiken über Kohäsion und die Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2007 bis 2013 zu verknüpfen. Allerdings blieb die Beteiligung der Raumentwicklungsminister an den nationalen Lissabon-Aktionsprogrammen 2005 bis 2008 im Allgemeinen gering. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass in offiziellen Diskussionen über die Strategie immer noch nicht ausreichend anerkannt wird, dass Raumentwicklungspolitiken die geeigneten Bedingungen für das Erreichen der Lissabon-Ziele schaffen könnten.

Grenzüberschreitende und transnationale Raumentwicklungsstrategien

(151) Die transeuropäische Zusammenarbeit kann Skaleneffekte und Synergien nicht nur erhöhen, sondern auch Zielkonflikte und Widersprüche in den Politiken verringern. Viele Regionen versuchen sich besser zu positionieren, indem Grenzen überwunden und gemeinsame grenzüberschreitende und transnationale Raumentwicklungsstrategien entwickelt werden. Da diese Regionen aufgrund unterschiedlicher Verwaltungssysteme, Zuständigkeiten, Sprachen, politischer Zyklen, politischer Prioritäten, etc. mit großen Herausforderungen konfrontiert sind, ist die EU-Kohäsionspolitik, und hier insbesondere die Instrumente für die territoriale Zusammenarbeit, in vielen Fällen eine *conditio sine qua non* für eine derartige Zusammenarbeit.

ELAT – das Eindhoven, Leuven, Aachen Top Technological Triangle – ist eine der ersten Regionen Europas, die versucht die Lissabon-Strategie aus einem transnationalen Blickwinkel heraus umzusetzen. Aufgrund der Lage des ELAT-Dreiecks zwischen dem flämischen Städtenez, dem Ruhrgebiet und der niederländischen Randstad, geht die Bedeutung der Zusammenarbeit innerhalb von ELAT über die Größe dieser Regionen hinaus. ELAT zielt auf die Schaffung günstiger Raumentwicklungsbedingungen ab, um zu *einer gemeinsamen europäischen Region der Spitzentechnologie* zu werden. Mit Unterstützung von INTERREG III B-Nordwesteuropa möchte die Region ihre Stellung auf europäischer und auch globaler Ebene stärken. Dabei hilft eine *gemeinsame transnationale Raumentwicklungsstrategie*, *einzigartiges territoriales Kapital* zu identifizieren sowie Skaleneffekte und Synergien zu steigern.

► www.elat.org

3.3 Fazit

(152) Die Sektor- und Wirtschaftspolitiken der EU und die Raumentwicklungspolitiken der EU-Mitgliedstaaten stärken sich bislang nicht wechselseitig in ihren Zielen, Prioritäten und Maßnahmen. In einigen Fällen trifft sogar das Gegenteil zu. Dennoch scheinen sie gute Chancen für eine bessere Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten des EU-Politikprozesses zu bieten. Zugleich werden viele EU-Mitgliedstaaten aktiv, um die territoriale Wirkung der EU-Politiken zu antizipieren, wobei sie jedoch auf schwerwiegende Hindernisse stoßen, wie unterschiedliche Politikzyklen, Ziele, Prioritäten, Zuständigkeiten, Verhandlungsprozesse und Konsensfindung zwischen relevanten EU-Politiken und nationalen und regionalen Raumentwicklungspolitiken.

(153) EU-Politiken haben sowohl direkt als auch indirekt eine starke, aber sehr unterschiedliche und oft verdeckte Wirkung auf die Raumentwicklung in der Europäischen Union. Obwohl EU-Politiken äußerst wichtig für die Stärkung der territorialen Kohäsion sind, gibt es wesentliche Inkohärenzen und Überschneidungen zwischen den jeweiligen EU-Politiken und ihrer territorialen Wirkung. Zugleich gibt es ein großes Potenzial für Synergien. Obwohl die EU keine Kompetenz für die Raumentwicklung besitzt, sollte berücksichtigt werden, dass die indirekten und somit häufig unbemerkten Konsequenzen der Politiken weit bedeutsamer sind und sich dies in künftig noch verstärken wird.

(154) Die Möglichkeiten, um zur effektiven Handhabung der territorialen Wirkung von EU-Politiken werden nur teilweise und zögerlich genutzt. Sowohl die Europäische Kommission als auch die EU-Raumentwicklungsminister können ihre Führungsrolle in dieser Hinsicht stärken. Ein umfassendes Netzwerk von territorialen Stakeholdern entsteht, jedoch bis jetzt ohne Struktur und gezielte Steuerung. Die Entwicklung der Analysegrundlagen zur Berücksichtigung der territorialen Politikwirkungen sieht viel versprechend aus. Es bedarf strategischerer Denk- und Handlungsmuster.

(155) Die Stärkung der Kohärenz von nationalen und regionalen Raumentwicklungspolitiken mit Sektor- und Wirtschaftspolitiken der EU ist eine sehr große Herausforderung, die aufgrund der Lissabon-Ziele und der Kohäsionspolitik nach und nach in den EU-Mitgliedstaaten thematisiert wird. Die europäische Dimension wird in immer mehr Raumentwicklungspolitiken berücksichtigt. Gemeinsame grenzüberschreitende und transnationale Entwicklungsstrategien werden von einer wachsenden Zahl von Regionen genutzt. Raumentwicklungsbehörden werden in innerhalb der EU-Mitgliedstaaten immer stärker in Diskussionen über die EU einge-

bunden. Trotzdem bleibt noch viel zu tun bis sich Raumentwicklungspolitiken und EU-Politiken wechselseitig verstärken.

Teil C – Entwicklung von Zukunftsperspektiven

(156) Vor dem Hintergrund der Lissabon-Ziele bestehen die wichtigsten Aufgaben zur Stärkung des territorialen Zusammenhalts darin, das territoriale Kapital und Potenzial aller europäischen Regionen aufzuwerten und die territoriale Integration voranzutreiben, z.B. durch die Förderung transeuropäischer Synergien sowie wettbewerbsfähiger und innovativer Cluster. Diese Aufgaben müssen nachhaltig bewältigt werden, indem ökoeffiziente Investitionen gefördert, Natur- und Umweltwerte erhalten und entwickelt, dem aktuellen demographischen Wandel begegnet und das lebenslange Lernen unterstützt werden. Praktisch beinhaltet das Konzept der territorialen Kohäsion Folgendes:

- Ausrichtung der regionalen und nationalen Raumentwicklungspolitiken auf eine bessere Nutzung des regionalen Potenzials und territorialen Kapitals – die räumliche und kulturelle Vielfalt Europas;
- Bessere Positionierung der Regionen in Europa, sowohl durch Stärkung ihres Profils als auch durch transeuropäische Zusammenarbeit mit dem Ziel einer verbesserten Anbindung und territorialen Integration;
- Förderung der horizontalen und vertikalen Kohärenz raumwirksamer EU-Politiken, so dass diese die nachhaltige Entwicklung auf nationaler und regionaler Ebene unterstützen.

Wenn also territoriale Kohäsion das politische Ziel ist, sind Raumentwicklungspolitiken die politischen Instrumente. Vor diesem Hintergrund umfasst die Herausforderung der territorialen Kohäsion mehr als die EU-Kohäsionspolitik im engeren Sinn. Sie fügt dem Prozess zur Nutzung des räumlichen Potenzials einen integrierten und langfristigen Ansatz hinzu, der auf und zwischen allen politischen Ebenen (regional, national, grenzüberschreitend, transnational und der EU) sowie sektorübergreifend (Landwirtschaft, Verkehr, Umwelt, regionale Wirtschaftsentwicklung, Wettbewerb, etc.) angegangen werden muss. Die im EUREK beschriebene Zielsetzung einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung ist unter Berücksichtigung der Lissabon-Ziele der entscheidende politische Maßstab um zu beurteilen, ob die Raumentwicklung der EU seit Annahme des EUREK auf dem richtigen Weg ist. In diesem Sinne werden Trends und politische Maßnahmen als Beitrag zur Stärkung der territorialen Kohäsion gewertet und ermöglichen damit die Nutzung des inhärenten regionalen Potenzials oder komparativer territorialer Vorteile.

4. Mögliche Prioritäten zur Stärkung der europäischen Raumstruktur

Wege zu einem wettbewerbsfähigen Europa regionaler Vielfalt

(157) Die Analyse hat die Herausforderungen der territorialen Struktur der Union unter Berücksichtigung der Lissabon-Ziele aufgezeigt; die unausgewogene Verteilung von Wettbewerbsfaktoren, die schwierige Aufgabe der städtischen Vernetzung zur Bildung starker Wettbewerbscluster, wachsende Umweltbelastungen, einige schwerwiegende transeuropäische Engpässe und verschiedene Verbindungslücken in wichtigen Verkehrs-, IKT- und ökologischen Netzen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich sechs mögliche Prioritäten zur Inwertsetzung des territorialen Kapitals und Potenzials aller europäischen Regionen und zur Förderung der territorialen Integration. Angesichts der vielfältigen territorialen Potenziale innerhalb der EU müssen diese Prioritäten je nach sozialem, physischem und geographischem Kontext und je nach politischer Ebene, auf der sie angewandt werden, flexibel behandelt werden. Bei den ersten drei Prioritäten liegt der Schwerpunkt auf der Schlüsselrolle der Städte als Entwicklungsmotoren, unter Berücksichtigung des Potenzials für verstärkte Stadt-Land-Partnerschaften und Funktionale Stadtregionen mit (trans)nationaler Bedeutung (nach ESPON-Kategorie „functional urban areas (FUA)“) sowie strategische Funktionale Stadtregionen mit europäischer oder sogar weltweiter Bedeutung. Bei den anderen drei Prioritäten liegt der Schwerpunkt auf den „anderen“ transeuropäischen Strukturelementen die für die Stärkung der territorialen Kohäsion von entscheidender Bedeutung sind. Die im Folgenden

dargelegten sechs Prioritäten bilden den Rahmen für die in der Territorialen Agenda der EU verabschiedeten Prioritäten zur Stärkung der Raumstruktur Europas.

1. Förderung einer territorialen Politik für Metropolregionen, Städten und anderen städtischen Gebieten als Entwicklungsmotoren in einem polyzentrischen räumlichen Muster
2. Stärkung von Stadt-Land-Partnerschaften und Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge für eine ausgewogene territoriale Entwicklung
3. Förderung (trans)nationaler wettbewerbsfähiger und innovativer Cluster (durch Stärkung der internationalen Identität und Spezialisierung von Städten und Regionen sowie durch Identifizierung von Synergien von Investitionen und Prioritäten für die Zusammenarbeit, einschließlich der Zusammenarbeit in der territorialen Entwicklung, Arbeitsmärkte, Ausbildung, Bildung, F&E, Risikokapital für KMUs etc.)
4. Stärkung der transeuropäischen Verkehrs-, IKT- und Energienetze: Verbindung von Knotenpunkten in der EU und Verbesserung der Anbindung an sekundäre Netze (mit besonderem Augenmerk auf Entwicklungskorridore, die Erreichbarkeit natürlich oder geographisch benachteiligter Räume, Seeverbindungen und die Anbindung an die Nachbarländer der EU)
5. Förderung des transeuropäischen Managements technischer und natürlicher Risiken einschließlich einer integrierten Entwicklung von Küstenzonen, Meeres-, Fluss- und Berggebieten
6. Stärkung der wichtigsten transeuropäischen ökologischen Strukturen und kultureller Ressourcen

4.1 Förderung einer stadtreionalen Entwicklung von Metropolregionen, Städten und anderen städtischen Gebieten als Entwicklungsmotoren in einem polyzentrischen räumlichen Muster

(158) Die Stärkung des territorialen Zusammenhalts verlangt, dass die Rolle der europäischen Städte als Motoren für Wachstum und Entwicklung besondere Berücksichtigung findet. Wie die Analyse der territorialen Situation deutlich macht, gibt es eine große Bandbreite an städtischen Merkmalen und Herausforderungen in Europa. Zugleich findet eine verstärkte transeuropäische territoriale Integration in Form von Netzwerken von Metropol- und kleineren Stadtregionen statt. Vor diesem Hintergrund sind effektive politische Maßnahmen auf EU-Ebene notwendig, aber schwierig. Eine weitere Verlagerung von rein fachpolitischen Top-down-Strategien hin zu integrierten ebenenübergreifenden Ansätzen für unterschiedliche räumliche Situationen ist erforderlich. Besondere Anstrengungen sind vor allem zum Aufbau eines starken europäischen Netzwerks von Metropolregionen erforderlich, durch das Europa innerhalb der globalen Wirtschaft seine Wettbewerbsfähigkeit demonstrieren kann. Aus diesem Grund sollten die folgenden Aktionslinien von 2007 bis 2010 ausgearbeitet werden.

Stärkung der Metropolregionen und ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit

(159) Wettbewerbsfähige und gut integrierte Metropolregionen, wie die Räume zwischen Tokio und Kioto in Japan und zwischen Washington D.C. und Boston in den USA, sind die Motoren der Weltwirtschaft. Der wichtigste entstehende europäische Metropolraum ist das Nordwesteuropäischen Delta, in dem einige wichtige Städte-Cluster wie die Randstad und das Ruhrgebiet liegen. Auch andere Gebiete haben das Potenzial, sich zu Metropolregionen ersten Ranges zu entwickeln. Für die territoriale Kohäsion ergibt sich hieraus eine doppelte Herausforderung: Erstens muss die richtige Mischung aus Komplementarität und Wettbewerb innerhalb und zwischen den städtischen Clustern in jeder Metropolregion gefunden werden; zweitens muss ein stärker ausgewogenes europäisches Muster von Metropolregionen erreicht werden. EU-Politiken können Zusammenarbeit und Entwicklung anregen und ein nachhaltiges und wettbewerbsfähiges Umfeld erleichtern. Bis jetzt wurden folgende Themenfelder der territorialen Politik im europäischen Kontext nicht ausreichend berücksichtigt und sollten daher bei der Halbzeitbewertung der EU-Kohäsionspolitik und bei der Erarbeitung eines neuen Weißbuchs zum Verkehr in der EU in Betracht gezogen werden:

- **Identifizierung des Potenzials und der Wechselbeziehungen europäischer Metropolregionen.** Die Europäische Kommission und die Raumentwicklungsminister sollten gezielte Analysen des Potenzials und der Wechselbeziehungen europäischer Metropol-

regionen und ihrer Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit der EU anregen (mit Hilfe von ESPON aber auch anderer Quellen und Blickwinkel), einschließlich des Aspekts einer effektiven Steuerung.

- **Der Beitrag der EU-Politiken zu wettbewerbsfähigen und integrierten europäischen Metropolregionen.** Die Möglichkeiten, Metropolregionen mit Hilfe der Kohäsionspolitik und anderen EU-Politiken (z.B. Verkehrs-, Binnenmarkt- und Wettbewerbspolitik) sollten ausgewertet werden. Zudem könnte eine Beurteilung der Ergebnisse der europäischen Programme für territoriale Zusammenarbeit erstellt werden. Drittens soll in Zusammenarbeit mit den Behörden für Städtepolitik ein Aktionsplan zu Städten als Entwicklungsmotoren in Betracht gezogen werden, der auf der Basis des Kommissionsdokuments zur Stadtentwicklung erarbeitet werden könnte.

METREX wurde als Netzwerk der Europäischen Metropolregionen und Ballungsgebiete wurde 1996 gegründet, umfasst fünfzehn Staaten und ist vereinigt Fachleute, d.h. Politiker, Beamte und Berater, die sich mit Raumentwicklung und Raumplanung auf Ebene der Ballungsräume befassen. Über eine intensive Vernetzung und Projekte, die v.a. durch INTERREG finanziert werden, leistet METREX einen Beitrag zu den Zielen des Europäischen Raumentwicklungskonzepts (EUREK) und zur Fragestellung der Steuerung von Metropolen. METREX fordert von der Europäischen Kommission ein Grünbuch über "The Metropolitan Future of Europe. The contribution of Metropolitan Regions and Areas to Growth, Competitiveness, Sustainability and the Social Face of Europe" (Ergebnisse des Talents, Tolerance Technology Forum, Ausschuss der Regionen, 7. März 2006).

► www.eurometrex.org

Stärkung der nationalen und internationalen Rolle und Position der Städte und städtischen Gebiete außerhalb der Metropolregionen zur Förderung einer polyzentrischen Raumentwicklung im nationalen Kontext

(160) Insbesondere in den neuen EU-Mitgliedstaaten konzentriert sich die Entwicklung zu stark auf die größte Metropolregion, häufig das Gebiet um die nationale Hauptstadt. Die Herausforderung besteht darin, sicherzustellen, dass Wachstum und Innovationen in Metropolregionen nicht zu Lasten der Entwicklung von Klein- und Mittelstädten erreicht wird. Stattdessen sollte die Stärkung metropolitaner und städtischer Netze miteinander im Einklang stehen und sich wechselseitig verstärken. Aus diesem Grund sollte den folgenden territorialen Fragestellungen bei der Halbzeitbewertung der Kohäsionspolitik und bei der Erstellung eines neuen Weißbuchs zum Verkehr in der EU Rechnung getragen werden:

- **Rolle und Potenzial von Sekundärstädten im europäischen Städtesystem.** Die Europäische Kommission und die Raumentwicklungsminister sollten weitere Anreize für zielgerichtete Analysen dieser Themenfelder schaffen (z.B. von ESPON), einschließlich des Potenzials für eine bessere Verbindung von Sekundärstädten und Metropolen. Hierzu sind Untersuchungen erforderlich, die „heranzoomen“, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Spezialisierung spezifischer Räume zu identifizieren.
- **Rolle der EU-Politiken bei der Stärkung des europäischen Städtesystems.** Es sollten weitere Diskussionen geführt werden, ob und in welchem Ausmaß verschiedene EU-Politiken (Verkehr, FuE, Kohäsion, etc.) bessere Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Ebenen des Städtesystems der EU sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Klein- und Mittelstädten ermöglichen können, vorzugsweise in einem grenzüberschreitenden oder transnationalen Kontext. Diese Frage könnte in einen Aktionsplan über die Rolle der Städte als Entwicklungsmotoren aufgenommen werden.

Das **VITAL CITIES Projekt** – mit Partnern aus sieben Ländern – setzt einen speziellen Ansatz ein, um jenen negativen Auswirkungen auf den städtischen Lebensraum, auf Wohngebiete, Infrastruktur und Freiräume entgegen zu wirken, die durch eine wachsende Ansiedlung von Einkaufszentren auf der grünen Wiese entstehen. Zersiedlung, ein erhöhtes Verkehrsvolumen und Umweltbelastungen sind mögliche Folgen. Das INTERREG III B CADSES-Projekt zielt darauf ab, durch eine verstärkte Unterstützung des innerstädtischen Einzelhandels eine ausgewogenere regionale Entwicklung zu erreichen und das polyzentrische Städtesysteme zu stärken. Hierbei arbeiten Vertreter des öffentlichen Dienstes in einem innovativen Ansatz einer transnationalen öffentlich-private Partnerschaft zusammen. Die Europäische Charta des "Netzwerks VITAL CITIES" (verabschiedet am 12. Mai 2006 in Berlin) betont, "(...) die tragende

Rolle des Einzelhandels als wichtiger Impulsgeber für eine ausgewogene räumliche Entwicklung. Dort, wo der Handel stark ist, entwickeln sich dynamische Städte und Regionalzentren, die auf das Umland ausstrahlen können und so die Partnerschaft zwischen Stadt und Land stützen. Weder die Wirtschaft, noch die Politik allein können eine solche Entwicklung gewährleisten. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der Kooperation aller Akteure. (...)

► www.vital-cities.net

4.2 Stärkung von Stadt-Land-Partnerschaften und Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge für eine ausgewogene räumliche Entwicklung

(161) Wie die Analyse gezeigt hat, liegt die Stärke des Europäischen Territoriums in erster Linie in seiner Vielfalt. Deswegen muss bei der Stadt-Land Diskussion differenziert werden zwischen den verschiedenen Stadt-Land-Konstellationen, wie ländliche Räume im Umland städtischer Ballungsräume, ländliche Räume mit städtischen Entwicklungszentren und abgelegene ländliche Räume. Angesichts dieser Vielfalt sind maßgeschneiderte Lösungen erforderlich. Gefragt ist mit anderen Worten ein politisches Konzept, welches das Potenzial städtischer und ländlicher Gebiete einschließlich ihres Zusammenspiels erforscht, die Bedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung verbessert und einschränkende Faktoren und Engpässen so begegnet, dass bestehende Möglichkeiten optimal genutzt werden. Vor diesem Hintergrund sollten die folgenden Aktionslinien im Zeitraum 2007 bis 2010 ausgearbeitet werden.

Stärkung der Stadt-Land-Partnerschaft

(162) Oft werden im ländlichen Raum territoriale und endogene Potenziale und die Möglichkeit von Stadt-Land-Partnerschaften nicht optimal genutzt. Dies betrifft konkrete Ressourcen genauso wie soziales Kapital, institutionelle Infrastruktur, Entwicklung der ländlichen Gemeinschaft und unternehmerische Kapazitäten der Partner vor Ort. Die Herausforderung besteht darin, eine integrierte Sichtweise ländlicher und städtischer Entwicklung zu schaffen, die städtische und ländliche Gebiete als gleichberechtigte Partner ansieht, sowie gemeinsame Entwicklungsvorteile und Strategien zu betrachten, die eine bessere Nutzung der bestehenden Potenziale ermöglichen könnten. Außerdem sollten neue Arten der Steuerung genutzt werden. Vor diesem Hintergrund sollten die folgenden territorialen Themenfelder auf die politische Agenda der Europäischen Union für 2007 bis 2010 gesetzt werden, insbesondere im Hinblick auf die Halbzeitbewertung der EU-Kohäsionspolitik und der Politik für den ländlichen Raum sowie die Erarbeitung des 7. Umweltaktionsprogramms und des nächsten Weißbuchs "Verkehr". Die Europäische Kommission und die Raumentwicklungsminister könnten zu folgenden Themen einen Stakeholder-Dialog anstoßen, um herauszufinden wie diese Politiken effektivere Stadt-Land-Partnerschaften fördern könnten:

- **Die Rolle der Verkehrs- und IKT-Netze.** Oft ist die Erreichbarkeit in ländlichen Räumen gering, besonders wenn das Transportmittel nicht der private PKW ist. Deswegen muss eine Diskussion über die Verbesserung von multimodalen Verkehrsverbindungen und sekundären Netzen geführt werden. Zudem wird erwartet, dass der Straßenverkehr in den nächsten Jahrzehnten im ländlichen Raum schneller zunehmen wird als im städtischen. Dies erfordert einen Diskurs darüber, wie mit den Auswirkungen dieses Anstiegs (z.B. auf die Umwelt) umgegangen und wie gewährleistet werden kann, dass der ländliche Räume sogar von diesen Entwicklungen im Hinblick auf eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Erreichbarkeit profitieren.
- **Die Auswirkungen von Energiepreisen in ländlichen Räumen.** Dieses Thema muss näher untersucht werden (z.B. von ESPON). Ländliche Räume mit geringer Erreichbarkeit, werden durch steigende Energiepreise wahrscheinlich besonders benachteiligt. Andererseits kann ein Anstieg der Energiepreise auch die Produktion erneuerbarer Energien in diesen Räumen begünstigen. Es muss ein Dialog darüber geführt werden, wie besonders negative Auswirkungen steigender Energiepreise auf die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume abgefedert und wie positive Effekte der Produktion erneuerbarer Energien vollständig genutzt werden können.
- **Die Wirkung von Metropolregionen und städtischen Gebieten auf ihr Hinterland.** Eine Schlüsselfrage ist, wie positive Effekte ermöglicht werden. Besonders in Gebieten, in denen die Integration des städtischen und ländlichen Raums immer mehr voranschreitet, stellt sich die Frage, wie die Stadt-Land-Partnerschaft so gestärkt werden kann, dass

unter Nutzung des unterschiedlichen territorialen Potenzials größere und leistungsstärkere Regionen entstehen. In diesem Zusammenhang sind Zersiedlung, Brachflächenrevitalisierung, „soziale Gerechtigkeit“, Gleichwertigkeit, ländliche und städtische Landnutzung und Identitäten als Schlagwörter zu nennen. In überwiegend ländlichen Räumen mit einzelnen städtischen Zentren stellt sich die Frage, wie eine Stadt-Land-Partnerschaft einerseits dazu beitragen kann, städtische Zentren als Wachstumspole für die gesamte Region zu stärken, und wie andererseits Dienstleistungen für den ländlichen Raum bereitgestellt und eine endogene, nachhaltige Entwicklung gefördert werden können, ohne dass die umliegenden Gebiete in eine Abhängigkeit von den städtischen Zentrum geraten.

- **Der Beitrag abgelegener und benachteiligter Gebiete von wirtschaftlichem Wert.** Diese Gebiete sind – auf der Basis ihrer natürlichen und ökologischen Ressourcen – von bedeutendem wirtschaftlichem Wert; Berg- und Waldgebiete stellen Wasser, Boden, saubere Luft, eine Senkung der Treibhausgase, biologische Vielfalt und zunehmend auch alternative Energiequellen bereit – zum Wohl aller europäischen Bürger.

Das **REMEDY Projekt** (Remote telematic solutions for patient diagnoses and the training of health care professionals in sparsely populated areas) – ein INTERREG III B-Projekt des Programms „Nördliche Peripherie“ mit Partnern aus drei Ländern – versucht die praktische Nutzung telemedizinischer Betreuung innerhalb verschiedener Zweige der Gesundheits- und Medizindienste in dünn besiedelten, abgelegenen Gebieten der nördlichen Peripherie voranzubringen. Dabei soll die Patientensicherheit zu erhöht, die Versorgungsqualität verbessert und die gesetzlichen Rechte der Patienten im Bereich der Telemedizin geschützt werden. In enger Zusammenarbeit mit Patienten und deren Verwandten wurde ein IT-basiertes Schulungsprogramm für Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen als Grundlage für eine europäische Standardqualifikation entwickelt.

► www.vannas.se/kommun/forvaltningar/vord-omsorg/MEMO/Utkast.htm

Sicherung einer ausreichenden öffentlichen Daseinsvorsorge für eine ausgewogene räumliche Entwicklung

(163) In abgelegenen Gebieten mit einzelnen Kernstädten liegt die Hauptaufgabe darin, städtische Zentren als Wachstumspole für die gesamte Region zu stärken – und damit geteilten Verantwortung für ein größeres Gebiet – und in der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge (v.a. Gesundheitsversorgung und Bildung) entsprechend der Bevölkerungsgröße und der Entfernung zu größeren Städten. Vor diesem Hintergrund sollten die folgenden raumpolitischen Fragestellungen bei der Halbzeitbewertung der Kohäsionspolitik und der Politik für den ländlichen Raums behandelt werden. Die Europäische Kommission und die Raumentwicklungsminister sollten den Anstoß zu einem Stakeholder-Dialog über die folgenden Themen geben:

- **Nutzung ländlicher Ressourcen.** Welches sind die wichtigsten Ressourcen in abgelegenen ländlichen Räumen, z.B. Landwirtschaft, Produktion erneuerbarer Energien, Tourismus, Freizeit, Kultur und unberührte Natur. Hierbei geht es auch um eine Diversifizierung der wirtschaftlichen Grundlagen. Wichtiger noch als die Nutzung des materiellen ländlichen Potenzials ist es, die Menschen in ländlichen und abgelegenen Räumen zu aktivieren und zu beteiligen („Empowerment“). Der Beitrag entsprechender Politiken danach bewertet werden, wie der Aufbau von sozialem Kapital unterstützt wird und wie die lokale Bevölkerung vorhandene Ressourcen nutzen und aktivieren kann, d.h. die Inwertsetzung kultureller Werte, die Stärkung der Wirtschaftsstruktur und die Verbesserung institutioneller Leistungsfähigkeit.
- **Folgen des demographischen Wandels für die Regionalentwicklung.** Überalterung und verstärkte Abwanderung führen zu einem Bevölkerungsrückgang und gefährden die Daseinsvorsorge in abgelegenen und dünn besiedelten Räumen. Für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind daher integrierte Maßnahmen erforderlich.
- **Auswirkungen steigender Energiepreise auf abgelegene Regionen.** Es ist anzunehmen, dass abgelegene Regionen mit geringer Erreichbarkeit durch steigende Energiepreise besonders benachteiligt werden, was in diesen Räumen zu einem Teufelskreis führen könnte. Daher sind Strategien notwendig, die verhindern, dass die wirtschaftliche Grundlage dieser Räume durch steigende Energiepreise geschwächt wird.
- **Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien.** Häufig können moderne Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) einen Beitrag zur Bereitstellung von

Dienstleistungen in abgelegenen Regionen leisten. In ländlichen und besonders in abgelegenen und dünn besiedelten Räumen fehlt jedoch oft der Zugang zu moderner IKT-Infrastruktur. Lösungen wie Breitbandbündelungen sollten deshalb eingesetzt werden um in diesen Gebieten einen ausreichenden Zugang zu IKT zu gewährleisten, so dass ländliche Räume den Anforderungen der Informationsgesellschaft gewachsen sind.

Im **North Sea Rural Projekt** – ein INTERREG III B-Projekt aus dem Nordseeraum mit Partnern aus sechs Ländern – wollen sechs Regionen auf transnationaler Ebene innovative Lösungen für die ländliche Entwicklung in den Bereichen Zugang zu Sozialdienstleistungen, effiziente öffentliche Verkehrsmittel und Wirtschaftsentwicklung erarbeiten. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass eine gleichzeitige und koordinierte Vorgehensweise in diesen miteinander in Zusammenhang stehenden Bereichen sehr viel Erfolg versprechender ist als voneinander unabhängige Ansätze. Innovative Methoden werden in einer Reihe von Pilotprojekten getestet, z.B. die Gründung eines gemeinsamen Gesundheitszentrums für Allgemeinmediziner über die öffentliche Krankenversicherung in Thy (Viborg Bezirksrat). Das gemeinsame Gesundheitszentrum ist ein Konzept, das die Möglichkeiten zur Einstellung des notwendigen qualifizierten Fachpersonals erweitert, indem ein professionelles Umfeld, moderne Technik und flexible Arbeitsmöglichkeiten geboten werden.

► www.northsearural.org

4.3 Förderung (trans)nationaler wettbewerbsfähiger und innovativer Cluster

(164) In der Analyse wird deutlich, dass sich regionale Cluster seit den frühen 90er Jahren vorwiegend im nationalen Kontext gebildet haben. Als Ergebnis der Globalisierung, des wachsenden Wettbewerbs zwischen Regionen und der Notwendigkeit Ressourcen nachhaltig zu nutzen wächst die Notwendigkeit, auch grenzüberschreitende Cluster anzuregen. Außerdem ist ein Paradigmenwechsel notwendig: von der Sicherung des „fair play“ innerhalb eines Systems hin zur Begleitung und Unterstützung von Clustern, damit diese global wettbewerbsfähig werden. Nationale Akteure spielen bei der Unterstützung von Netzwerken eine tragende Rolle. Außerdem wird kein Weg daran vorbei führen, statt schwache Potentiale zu subventionieren in die starken Potenziale von Gebieten zu investieren. In diesem Zusammenhang sollten im Zeitraum 2007 bis 2010 die folgenden Aktionslinien ausgearbeitet werden:

Förderung (trans)nationaler wettbewerbsfähiger und innovativer Cluster durch die Stärkung der internationalen Identität und Spezialisierung von Städten und Regionen sowie durch die Identifizierung der Prioritäten für die Zusammenarbeit und der Synergien bei Investitionen

(165) Städte und Regionen verorten die Lissabon-Strategie und bringen sie auf die lokale Ebene. Starke Partnerschaften sind gefragt. Solche Bottom-up-Prozesse effektiver zu unterstützen, ist eine zentrale Herausforderung für die Europäische Union. Echte europäische Cluster werden gebraucht. Aber Cluster- und Innovationspolitiken sind tendenziell immer noch nationaler Natur. Innovationspolitiken wären effektiver, wenn eine stärkere und direktere Verbindung mit regionalen Entwicklungspolitiken bestünde. Vor dem Hintergrund der Halbzeitbewertung der Kohäsionspolitik sollten die Europäische Kommission und die Raumentwicklungsminister den Anstoß zu einem Dialog über die Ausarbeitung einer europäischen Clusterpolitik oder -strategie geben. Ein Diskurs über europäische Clusterpolitik sollte die folgenden territorialen Themen behandeln:

- **Internationales Benchmarking.** Mit Hilfe von ESPON und anderen Instrumenten der Europäischen Union wie dem Urban Audit ist ein detailliertes internationales Benchmarking der europäischen Städte und Regionen möglich; schließlich sind für einen effektiven Wissens- und Erfahrungsaustausch präzise Profile aller Regionen und Städte erforderlich.
- **Spezialisierung und Arbeitsteilung anregen.** Viele Informationen aus globalen Kontaktpunkten werden in anderen Orten angepasst und weiterentwickelt und umgekehrt (die Verbreitung von Wissen verläuft in beide Richtungen). Klein- und Mittelstädte und ländliche Räume sollten funktional an größere kreative Innovationszentren und nationale Innovationssysteme angebunden werden, ohne eine Strategie anzuwenden, die ausschließlich „Gewinner“ auswählt.

- **Förderung der vorhandenen Stärken der Regionen.** Regionen und Städte mit ähnlichen und sich ergänzenden Profilen (funktionale Cluster) sollten dabei unterstützt werden, Vernetzungsmöglichkeiten zu identifizieren. Spezialisierung kann ein Risiko mit sich bringen, weshalb für Regionen und Städte, die eine Spezialisierungsstrategie wählen, auf entsprechende Absicherungen geachtet werden, falls es aufgrund externer Faktoren zum Scheitern der Strategie kommt. Entsprechend ihrer Größe gilt dies insbesondere auch für Inseln.
- **Bildung und Ausbildung.** Für einen Cluster-Ansatz sind für Verwaltung, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen breite, sektorübergreifende Ausbildungsaktivitäten erforderlich. Unternehmertum und Kompetenzaufbau von Regierungsstellen sollten gefördert und die wirtschaftliche Ausrichtung sowie die Professionalität des Personals gestärkt werden.
- **Stärkung der Dreifachhelix.** Cluster werden gebildet durch Akteure aus drei Bereichen: Wirtschaft, Forschung und öffentliche Hand. Aufgabe der Akteure der öffentlichen Hand ist es, die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Forschung zu unterstützen und transnationale Netzwerke aufzubauen. Dies sollte auch Teil der regionalen Entwicklung sein. Eine Weiterentwicklung des sozialen Kapitals durch regionale Akteure sollte angeregt werden. Öffentlich-öffentliche Partnerschaften scheinen oft schwieriger zu sein als öffentlich-private Partnerschaften, was auf eine stark sektorbezogene Ausrichtung der Regionalentwicklung schließen lässt. Maßnahmen der Union können öffentlich-private Partnerschaften für Innovation (einschließlich FuE) fördern und so innovationspolitische Aktivitäten auf regionaler und nationaler Ebene erhöhen.
- **Ausgewogenheit und breite Perspektive.** Alle Innovationsarten und Phasen von Innovationsprozessen – von der Grundlagenforschung bis hin zur Vermarktung – sollten durch Investitionen gedeckt sein. Wissensintensive Dienstleistungen sind häufig von großer Bedeutung. Eine Ausgewogenheit von materiellen (z.B. Maschinen, Gebäude) und immateriellen Investitionen (z.B. FuE, Formen der Zusammenarbeit) sollte sichergestellt werden.
- **Territoriale Zusammenarbeit zum Aufbau von Clustern.** Offensichtlich verfügen nicht alle Regionen über die kritische Masse zur Clusterbildung. Regionale Zusammenarbeit sollte unterstützt werden, sobald Engpässe aufgrund der relativen Größe mit Hilfe von Technologietransfer, Ausbildung und Einrichtungen zur Unterstützung von Unternehmen überwunden werden können.

Eine gute praktische Lösung aus Finnland, die in verschiedenen europäischen Ländern angewandt wird, ist Bestandteil des Programm „Centres of Expertise“, welches sich zwischen 1994 und 2006 auf die innere Dynamik konzentrierte und von 2007 bis 2013 schwerpunktmäßig auf regionalisierte Netzwerkcluster ausgerichtet sein wird. Das bedeutet, dass mindestens zwei städtische Regionen ein gemeinsames Interesse haben müssen. Vernetzung städtischer Regionen ist somit ein entscheidendes Kriterium. Der logische nächste Schritt auf dem Weg zu einem europaweiten Kompetenzprogramm wäre die Ausweitung dieses Modells auf internationaler Ebene.

► www.oske.net/in_english/centres_of_expertise

4.4 Stärkung der transeuropäischen Verkehrs-, IKT- und Energienetze: Verbindung von Knotenpunkten in der Union und Verbesserung der Anbindung an sekundäre Netze

(166) Eine gute Dienstleistungs- und Infrastrukturausstattung ist Grundvoraussetzung für die Entwicklung wettbewerbsfähiger Regionen. Auf europäischer Ebene sind insbesondere Infrastrukturnetze und Dienstleistungen in den Bereichen Verkehr, IKT und Energie von Bedeutung. Die Analyse der territorialen Situation zeigt, dass es in all diesen Bereichen beträchtliche territoriale Unterschiede gibt. Während einige Regionen Zugang zu guter Infrastruktur und Dienstleistungen haben, sind andere in einer weniger günstigen Lage oder könnten von gegenwärtigen Politiken und Entwicklungstendenzen negativ betroffen werden. Für eine optimale Nutzung des vorhandenen Potenzials und von Synergien zwischen verschiedenen politischen Agenden muss der territorialen Vielfalt politisch Rechnung getragen werden. In diesem Zusammenhang sollten im Zeitraum von 2007 bis 2010 die folgenden Aktionslinien ausgearbeitet werden.

Stärkung der transeuropäischen Hauptverkehrsnetze (Straßen-, Schienen-, Luft- und Seeverkehr) und ihrer Anbindung an sekundäre Netze

(167) Die größte Herausforderung für die territoriale Kohäsion liegt in der Schaffung einer effektiven und nachhaltigen Integration transeuropäischer Verkehrsnetze und Sekundärnetze, die sich vorzugsweise auf den Schienenverkehr, aber auch auf Küsten- und Seeverkehr konzentriert („Kabotage“). Vor diesem Hintergrund sollten die folgenden raumpolitischen Themen Bestandteil der Halbzeitbewertung der EU Kohäsionspolitik und der Politik für den ländlichen Raum, der Debatte über das neue Weißbuch „Verkehr“ und der Erarbeitung des 7. Umweltaktionsprogramms sowie der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und verschiedener EU Förderprogramme sein. Die Europäische Kommission und die Raumentwicklungsminister sollten zu folgenden Punkten den Anstoß für einen Stakeholder-Dialog geben:

- **Erreichbarkeit in der Peripherie.** Es muss näher untersucht werden, wie die Erreichbarkeit in peripheren Räumen nachhaltig erhöht werden kann und wie geringe Erreichbarkeit kompensiert werden kann. Dies gilt in besonderer Weise für Inseln, in Abhängigkeit ihrer jeweiligen Größe und Beschaffenheit. Eine spezifische Frage ist der Umgang mit den negativen Auswirkungen des Anstiegs des Straßenverkehrs, insbesondere im ländlichen Raum und in Mittel- und Osteuropa.
- **Sekundäre Netze und Multimodalität.** Erreichbarkeitsdefizite und unzureichende Verkehrsnetze und Verkehrsdienstleistungen in ländlichen Räumen und in nationalen Randgebieten sind durch bessere sekundäre Netze zu behandeln. Es stellt sich die Frage, mit welchen konkreten Maßnahmen das Hinterland nachhaltig an Verkehrszentren und -netze angebunden werden kann. Eine besondere Herausforderung liegt in der Multimodalität des Verkehrs zur besseren Verbindung von Primär- und Sekundärnetzen.
- **Hochgeschwindigkeitszug.** Die Weiterentwicklung und Modernisierung von Systemen für Hochgeschwindigkeitszüge und die Verbindung der Knotenpunkte für Hochgeschwindigkeitszüge mit dem Hinterland sind wichtige Aspekte für das zukünftige EU-Verkehrssystem. Das gilt auch für den Schienenfrachtverkehr.
- **Luftverkehr.** Tragfähige Regionalflughäfen mit guten Verkehrsdienstleistungen sind für periphere Räume von großer Bedeutung. Noch nicht ausreichend geklärt ist, wie sichergestellt werden kann, dass Regionalflughäfen qualitativ hochwertig bedient werden können. Vorhandene Beispiele müssen genauer geprüft werden.
- **Binnengewässer- und Seewege.** Um diese bislang zu wenig genutzten Verkehrswege besser zu nutzen und damit weitere Verkehrsüberlastungen zu vermeiden, müssen Hafendienstleistungen (sowohl von See- als auch von Binnenhäfen), Hafenanlagen und Flussufer vernetzt werden. Zusätzlich müssen die Sicherheitsnormen für den Seeverkehr verbessert werden. Wissenschaftlich gestütztes Integriertes Flussgebietsmanagement und Integrierte Flussgebietsplanung sollten umgesetzt werden. Sie bieten sowohl wirtschaftliche als auch ökologische Lösungen.
- **Energiepreise.** Für den Umgang mit wachsenden territorialen Erreichbarkeitsunterschieden aufgrund steigender Energiepreisen müssen Maßnahmen diskutiert werden.

Durch Verlagerung des transalpinen Frachtverkehrs von der Straße auf die Schiene mit Hilfe innovativer regionaler und überregionaler Konzepte, versucht **AlpFrail** (Alpine Freight Railway) – ein INTERREG III B-Projekt aus dem Alpenraum mit Partnern aus vier Ländern – ein Umdenken von Politikern und Eisenbahnunternehmen in Richtung von Netzwerken und Systemen anzuregen. Die neuen Denkmuster soll das alte Schema von Nord-Süd-Achsen und Ost-West Routen im Alpenraum ersetzen. Das Projekt dient der Förderung dieser neuen Netzwerke und der Schaffung von Managementstrukturen, um vorhandene Infrastrukturnetze zu nutzen. Der transalpine Verkehr und die Erreichbarkeit im Alpenraum ist für Europa von entscheidender Bedeutung, wie die jüngsten Katastrophen in Alpentunneln und daraus resultierende Verkehrsengpässe gezeigt haben.

► www.alpfrail.com

Stärkung der transeuropäischen Informations- und Kommunikationsnetze (IKT-Netze) und ihrer Anbindung an sekundäre Netze

(168) Die größte Herausforderung liegt darin die Bereitstellung von guter Infrastruktur und Dienstleistungen zu erleichtern und zu fördern, indem territoriale Unterschiede in der IKT-Kultur, IKT-Kompetenzen und politischen Konzepten besser genutzt werden. Vor diesem Hin-

tergrund sollten die folgenden territorialen Politikfelder Bestandteil der Halbzeitbewertung der Kohäsionspolitik und der Politik für den ländlichen Raum sowie der Debatte über das neue Weißbuch "Verkehr" sein. Die Europäische Kommission und die Raumentwicklungsminister sollten den Anstoß für einen Stakeholder-Dialog zu den folgenden Themen geben:

- **Ländliche und periphere Räume.** Die Konzentration von IKT-Infrastruktur und Dienstleistungen auf städtische und dicht besiedelte Gebiete muss durch eine Reihe verschiedener Maßnahmen für ländliche und periphere Gebiete von europäischen, nationalen und regionalen Akteuren in Angriff genommen werden.
- **Digitale Kompetenz.** Da die territorialen Unterschiede in digitalen Kompetenzen in Europa direkte Auswirkungen auf die Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt haben, ist dieser Politikbereich für das Erreichen der Lissabon-Ziele von großer Bedeutung.
- **Lebenszyklus und Wissen der Informationsgesellschaft.** Territoriale Disparitäten müssen im Hinblick auf alle Aspekte des Lebenszyklus der Informationsgesellschaft (von der Fähigkeit, IKT zu nutzen, über die Intensität der Nutzung bis hin zu den Auswirkungen der Nutzung) abgebaut werden, um (im Sinne des lebenslangen Lernens) gute Voraussetzungen für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit aller europäischen Regionen zu gewährleisten.
- **Kulturelle Vielfalt.** Die unterschiedlichen Kommunikations- und Informationsverarbeitungskulturen in Europa müssen im Hinblick einer besseren Nutzung der Vielfalt Europas diskutiert werden.

Das **HERMES Projekt** – ein INTERREG III B-Projekt aus dem CADSES-Raum mit Partnern aus acht Ländern – fördert und unterstützt nachhaltige Regionalentwicklung, indem es ein innovatives Zusammenspiel von kulturellem Erbe und kulturellen Ressourcen mit neuen elektronischen Medien unterstützt. Zielsetzung des Projektes ist insbesondere die Aufwertung regionaler Identität, indem die Wahrnehmung kultureller Ressourcen mit Hilfe neuer Medieninstrumente verbessert wird, sowie die Erhaltung von Kulturerbestätten, indem neue Nutzungen eingeführt und dadurch das kulturelle Erbe in Wert gesetzt wird. Alle Aktivitäten basieren auf einem völlig neuen Konzept zur Interaktion zwischen städtischen, regionalen, kulturellen und medialen Räumen. Durch den Einsatz neuer Medieninstrumente, z.B. Internetradio (Radio Lotte) wird ein Beitrag zur Überbrückung großer räumlicher Distanzen geliefert, ohne dass die traditionelle physische Infrastruktur bereit gestellt werden muss. Besonders für junge Fachleute und Multiplikatoren im Bereich Kultur werden Ausbildungskurse und Qualifizierungen angeboten.

► www.swkk.de/hermes

Stärkung der transeuropäischen Energienetze

(169) Europa steht vor den Herausforderungen einer weltweit steigenden Nachfrage nach Energie, begrenzter Reserven nicht-erneuerbarer Energien, der Sicherung von Strukturen der Energieeinfuhr und steigender Energiepreise. Im Folgenden geht es um territoriale Strategien zur Unterstützung einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen und sicheren Energieversorgung in Europa. Die europäischen Regionen sind aufgrund der Unterschiede in der Nachfragestruktur und im Hinblick auf vorhandene Ressourcen in unterschiedlicher Art und in verschiedenem Maß betroffen. Die europäischen Regionen können zu einer sicheren Energieversorgung beitragen, indem neue Energieträger und Technologien erforscht werden; eine zukunftsfähige europäische Raumstruktur muss "resistent" gegenüber steigenden Energiepreisen sein. Vor diesem Hintergrund sollten die folgenden raumpolitischen Fragen Bestandteil der Halbzeitbewertung der Kohäsionspolitik und der Politik für den ländlichen Raum sowie der Erarbeitung des 7. Umweltaktionsprogramms sein. Auch die Tätigkeit der hochrangigen Gruppe für Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt (2006 von der Europäischen Kommission eingesetzt) sollte berücksichtigt werden. Die Europäische Kommission und die Raumentwicklungsminister sollten den Anstoß für einen Stakeholder-Dialog zu folgenden Themen geben:

- **Energiepreise.** Die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen steigender Energiepreise in vielen Regionen müssen eingeschätzt und durch vorausschauende Politiken bewältigt werden, um die wirtschaftliche Tragfähigkeit aller regionalen Wirtschaftsräume zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere für Regionen, deren Wirtschaft hochgradig anfällig für Änderungen der Energiepreise ist und gleichzeitig eine geringe Fähigkeit zur Deckung des eigenen Energiebedarfs besitzt.

- **Neue Energiequellen.** Die Untersuchung neuer Energiequellen ist ein Beispiel dafür, dass es raumdifferenzierter Ansätze bedarf, um territoriale Potenziale zu identifizieren, besonders wenn diese eine dezentralisierte Produktion erneuerbarer Energien ermöglichen und fördern.
- **Stärkung grenzüberschreitender Kapazitäten zur Stromübertragung.** In ihrem Grünbuch "Die Europäische Strategie für Nachhaltige, Wettbewerbsfähige und Sichere Energie" (2006) schlägt die Europäische Kommission in Zusammenhang mit der Errichtung eines Einheitlichen Europäischen Strommarktes einen Aktionsplan für den Zusammenschluss von Übertragungsnetzen vor. Dies würde Fragen des Überlastungsmanagements lösen helfen und zu einer sicheren Versorgung beitragen. Beachtet werden sollten die Engstellen in nationalen horizontalen Netzwerken.
- **Sicherere und sauberere Energieversorgung.** Energieproduktion, Energietechnologien und Energietransport müssen hinsichtlich ihrer Effizienz, Sicherheit und Umweltverträglichkeit weiter erforscht und ausgebaut werden. Isolierte Energienetze ("Energy Islands") in der EU (Irland, Malta, Baltische Staaten), Energie-Engpässe (z.B. zwischen Frankreich und Spanien) und die Notwendigkeit besserer externer Verbindungen (z.B. Europa und Afrika) müssen berücksichtigt werden. Energieinfrastruktur und -ressourcen müssen gegen natürliche, technische, politische und terroristische Risiken und Gefahren abgesichert werden.
- **Schaffung von Arbeitsplätzen.** Aufgrund ihres dezentralen Charakters können erneuerbare Energien über die Nutzung natürlicher Ressourcen (Biomasse, Forstwirtschaft, Wind, Wasser, Solar) äußerst positive Auswirkungen auf die lokale Beschäftigung und Einkommenserzeugung haben, insbesondere in ländlichen und abgelegenen Räumen.
- **Energieeffizienz.** Das Grünbuch über Energieeffizienz der Europäischen Kommission von 2005 hat gezeigt, dass bis zu 20% des Energieverbrauchs in der EU eingespart werden könnten. Die räumliche Infrastruktur bietet ein besonders großes Einsparungspotenzial, vor allem im Verkehrs- und Wohnungsbereich. Die für Raumentwicklung, für Verkehr, für Wohnen oder für Stadtentwicklung zuständigen Minister können eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung und Unterstützung europäischer Politiken auf dem Gebiet der Energieeffizienz spielen.
- **Politische Synergien.** Europa steht hinsichtlich Energieeffizienz und Technologien für erneuerbare Energien an der Weltspitze. Über seine eigenen Bedürfnisse hinaus produzierend, ist Europa zu einem der größten Exporteure in diesem Bereich geworden. An diesem Punkt treffen Kohäsionspolitik und Energiepolitik mit den Ziele der Lissabon-Strategie zusammen. Die Synergien zwischen diesen Politikfeldern sollten weiter untersucht und verbessert werden. Außerdem wurden kürzlich handelbare Zertifikate und Instrumente wie der europäische Emissionshandel und das europaweite System "weißer Zertifikate" aufgelegt. Die EU unterstützt die Ausweitung des Angebots und des Anwendungsbereichs solcher Instrumente mit dem Ziel der weltweiten Anwendbarkeit. Regionale Auswirkungen und Anwendbarkeit wurden jedoch noch nicht ausreichend untersucht. Aus diesem Grund ist noch nicht hinreichend geklärt, inwiefern Wechselwirkungen dieser Instrumente mit anderen europäischen Politiken (hauptsächlich der Kohäsionspolitik) auftreten.

Das **NSBE Projekt** (North Sea Bio Energy) – ein INTERREG III B-Projekt aus dem Nordseeraum mit Partnern aus drei Ländern – versucht die Einführung von Prozessen biologischer Energieerzeugung im Nordseeraum zu beschleunigen. Es bietet neue Lösungen für aktuelle Probleme und gestaltet innovative Prozesse, um die Nutzung von Biomasse zur Energieerzeugung zu optimieren. Um praktische, rechtliche und technische Fragen in Angriff zu nehmen, die einer Ausweitung des Anbaus von Biomasse-Pflanzen bisher im Wege standen, wurde ein strukturiertes Austauschnetzwerk ins Leben gerufen. Ein wichtiges Anliegen ist, dass politische Entscheidungsträger über alle gesetzgeberischen Faktoren informiert werden, welche die Produktion von Bioenergie unterstützen oder einschränken. So kann das EU-Gemeinschaftsrecht besser zur Unterstützung des Bioenergiesektors harmonisiert werden. NSBE plant auch die Einführung eines virtuellen Marktplatzes, damit Länder aus diesem Raum im Internet mit Biomasse und Emissionen handeln können.

► www.northseabioenergy.org

4.5 Förderung des transeuropäischen Managements der technologischen und natürlichen Risiken einschließlich einer integrierten Entwicklung von Küstenzonen, Meeres-, Fluss- und Berggebieten

(170) Generell stellen Naturgefahren ein Risiko für Menschen und Güter dar, wohingegen sich die Natur und ihre Ökosysteme immer an Naturkatastrophen angepasst haben. Naturgefahren können durch menschliches Handeln zunehmen und dann eine Bedrohung für Ökosysteme darstellen, zumindest aus Sicht des Menschen. Technologische Gefahren sind ausschließlich eine Folge menschlichen Handelns und stellen somit eine Gefahr sowohl für den Menschen als auch für die Natur dar, können allerdings durch natürliche Ereignisse ausgelöst werden. Technologische Unfälle können zu langfristigen Störungen von Ökosystemen und der menschlichen Gesundheit führen.

(171) Da Küstenzonen, See-, Fluss- und Berggebiete immer stärker durch menschliches Handeln belastet werden, sind diese Gebiete samt ihrer ökologischen Belastbarkeit zunehmend gefährdet. Entstandene Schäden können nur durch Einsatz umfassender finanzieller Mittel gelindert werden. Aus diesem Grund müssen unter Berücksichtigung umweltbedingter und geographischer Realitäten wirtschaftliche Interessen mit ökologischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden. Risiken haben unterschiedliche territoriale Merkmale und stellen für bestimmte Gebiete unterschiedliche Belastungen dar. Dies macht besondere Maßnahmen zur Prävention, Abmilderung oder Anpassung von Risiken erforderlich. Vor diesem Hintergrund sollten die folgenden Aktionslinien im Zeitraum 2007 bis 2013 ausgearbeitet werden.

Förderung des transeuropäischen (grenzüberschreitenden und transnationalen) Managements technologischer und natürlicher Risiken

(172) Die Steuerung oder Beeinflussung der den Risiken zugrunde liegenden Dynamiken ist eine der größten Herausforderung für den territorialen Zusammenhalt. Wirtschaftswachstum und Bevölkerungskonzentration führen in gefährdeten Gebieten zu einer erhöhten Schadenanfälligkeit, auch wenn die Risiken nicht häufiger eintreten als zuvor. Diese Kombination aus natürlichen und von Menschenhand geschaffenen Einflussfaktoren ist der Hauptgrund dafür, dass der durch Naturkatastrophen verursachte Schaden in Europa rasch wächst. Vor diesem Hintergrund sollten die folgenden raumpolitischen Fragen bei der Halbzeitbewertung der EU-Kohäsionspolitik behandelt werden. Die Europäische Kommission und die Raumentwicklungsminister sollten den Anstoß für einen Stakeholder-Dialog über die folgenden Themen geben:

- **Verminderung der Anfälligkeit.** Naturgefahren werden zum Risiko für den Menschen und für soziökonomische Systeme wenn sich Siedlungen, Infrastruktur, Anlagen und Industrie in durch Naturkatastrophen gefährdeten Gebieten befinden. Da die Gefahr von Naturkatastrophen nicht vollständig ausgeräumt werden kann, besteht die sinnvollste Strategie in einer Reduzierung der Anfälligkeit, beispielsweise durch raumspezifische Vorbeuge- und Anpassungsmaßnahmen. In einigen Regionen hat dieser Prozess bereits eingesetzt. Auf europäischer Ebene gibt es jedoch weder ein Konzept zur Verminderung der Anfälligkeit, noch einen generellen Anpassungsprozess welcher die Auswirkungen des Klimawandels auf Naturkatastrophen einbezieht.
- **Umfassende Strategien.** Im Bereich der technologischen Gefahren werden Sicherheitsmaßnahmen eingerichtet, um Unfälle so weit wie möglich zu vermeiden. Aber abgesehen von gesetzlichen Leitlinien auf operativer Ebene wurde der Aspekt der Schadenanfälligkeit bisher außer Acht gelassen. Mit anderen Worten, Fragen der Schadenanfälligkeit, welche erst aus einer Gefahr ein Risiko und aus einem Unfall eine Katastrophe machen, werden momentan auf der Ebene von Einzelinstitutionen anstelle von umfassenden Strategien behandelt. Die Frage nach einer möglichen Rolle der Europäischen Union in dieser Angelegenheit muss beantwortet werden.
- **Gefahrenübergreifender politischer Rahmen.** Momentan tendiert die Gefahrenforschung zur Abschottung, da sie nur selten über die Grenzen individueller Sektoren, Disziplinen, Regionen und Kulturen hinaus agiert. Deswegen existieren für unterschiedliche Arten von Gefahren unterschiedliche Gefahren- und Risikoabschätzungsmethoden. Es wäre jedoch hinsichtlich der territorialen Dimension von Risiken sinnvoller, Entscheidungen in einem gefahrenübergreifenden Rahmen zu treffen. Folglich ist eine einheitlichere

und interdisziplinäre Perspektive für die Einschätzung und das Management von Gefahren und Risiken notwendig.

- **Prioritäten setzen.** Da Gefahren und Risiken nicht gleichmäßig über das europäische Territorium verteilt sind, muss die territoriale Risikoabschätzung priorisiert werden. Der Schwerpunkt sollte auf den Auswirkungen aller potenziellen, regional relevanten Gefahren für die Raumentwicklung liegen. Im Übrigen sollte berücksichtigt werden, dass - selbst in Bezug auf vergleichbare Risiken - der Begriff "akzeptables Risiko" in verschiedenen europäischen Regionen unterschiedlich interpretiert werden könnte, da soziokulturelle Aspekte und die Anpassungsfähigkeit an Gefahren auch die Wahrnehmung von Risiken beeinflussen. Die Frage nach der Rolle der Union bei der Schaffung eines gefahrenübergreifenden Rahmens und der Schwerpunktsetzung muss beantwortet werden.
- **„Risiko-Governance“.** Risikomanagement wird immer stärker politisiert und ist mehr und mehr umstritten. Oft stimmen das statistische und das wahrgenommene Risiko nicht überein. Die für Risikomanagement und Öffentlichkeitsarbeit Verantwortlichen müssen also zunächst einmal ein Verständnis für die emotionalen Reaktionen Betroffener auf Risiken entwickeln. Die Entwicklung eines derartigen Prozesses der "Risiko-Governance" erfordert die Rücksprache und Einbindung von Stakeholdern in den gesamten Prozess der Risikoabschätzung und des Risikomanagements. Die Frage nach der Rolle der EU bei der Förderung von Risiko-Governance muss beantwortet werden.

Das **ASTRA Projekt** (Developing Policies and Adaptation Strategies to Climate Change in the Baltic Sea Region) – ein INTERREG III B-Projekt aus dem Ostseeraum mit Partnern aus sieben Ländern – evaluiert die regionalen Auswirkungen des anhaltenden Klimawandels mit Schwerpunkt auf dem Ostseeraum und entwickelt im Anschluss adäquate Strategien und Politiken für die Anpassung an den Klimawandel. Zu Beginn des Jahres 2006 hat der Stadtrat der estnischen Stadt Pärnu – als Projektpartner – entschieden, endgültige Planungsentscheidungen über Maßnahmen zum Schutz von Gebäuden und Infrastruktur in hochwassergefährdeten Gebieten auf die Ergebnisse des Projekts zu gründen.

► www.astra-project.org

Integrierte Entwicklung in Küstenzonen, Meeres-, Fluss- und Berggebieten

(173) Die wichtigste Herausforderung liegt darin, Wirtschaftsentwicklung und ökologische Belastbarkeit in diesen Gebieten in Einklang zu bringen. Vor diesem Hintergrund sollte den folgenden raumpolitischen Themen bei der Halbzeitbewertung der Kohäsionspolitik und der Politik für den ländlichen Raum sowie bei der Erarbeitung des 7. Umweltaktionsprogramms und einer EU-Meerespolitik Rechnung getragen werden. Die Europäische Kommission und die Raumentwicklungsminister sollten den Anstoß für einen Stakeholder-Dialog zu folgenden Themen geben:

- **Integrierte Politiken und Governance.** Integrierte Raumentwicklungspolitiken müssen sowohl durch klare gesetzliche Vorgaben als auch durch verwandte Maßnahmen gefördert werden. Neue Formen von Governance und räumlichen Anpassungsstrategien sind notwendig. Auf europäischer Ebene muss ein weiterer Diskurs darüber geführt werden, wie sektorbezogene EU-Politiken eine stärker ausgewogene und nachhaltigere Entwicklung dieser Gebiete unterstützen können (z.B. bezüglich Energie, Verkehr, Siedlungsstruktur, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Tourismus, Bodenschutz und Erosionsmanagement, öffentliche Gesundheit, Wasser, Abfall). Gemeinsam mit allen Stakeholdern müssen Qualitätsmanagementinstrumente entwickelt und auf der Basis eines gemeinsamen Verständnisses angewandt werden. Als Beispiele können das Integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM) und die Raumordnung auf dem Meer dienen. Ein entscheidender Bestandteil der Konzeptausarbeitung ist eine fundierte Evaluierung und Bewertung, z.B. durch die Strategische Umweltprüfung (SUP).
- **Wettbewerbsfähige Wirtschaft.** Vor dem Hintergrund der Lissabon-Agenda müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, um Anreize für eine wettbewerbsfähige Meeres-, Fluss- und Bergwirtschaft zu bieten. Innovative Produktzyklen sollten unterstützt werden.
- **Städtische Flusslandschaften in Europa.** In städtischen Gebieten müssen Humankapital, positive Wachstumsstrukturen und weiche Standortfaktoren gestärkt werden, um Investitionen anzuziehen und die regionale Identität zu stärken.
- **Risikomanagement von Seeufern.** Seeufer in ganz Europa haben verschiedene gemeinsame Eigenschaften und sehen sich zahlreichen typischen gemeinsamen Umwelt-

und Nachhaltigkeitsherausforderungen gegenüber. Ein professionelles Netzwerk könnte dabei helfen, gemeinsame Europäische Prinzipien und Leitlinien zum Management und zur Planung dieser Gebiete im Einklang mit dem Integrierten Küstenzonenmanagement erarbeiten. Naturgefahren und Risikomanagement könnten eine Aufgabenbereich dieses Netzwerks sein.

- **Harmonisierung von Daten.** Zur Evaluierung und Bewertung der territorialen Dimensionen von Küstenzonen, Meeresgebieten, Flussgebieten und Berggebieten und zur entsprechenden Erarbeitung integrierter Politiken müssen harmonisierte und kontinuierlich gepflegte Daten bereitgestellt werden. Hierfür muss ein virtuelles Netzwerk verwandter Institutionen ins Leben gerufen werden. Die mögliche Rolle ESPON in diesem Netzwerk muss berücksichtigt werden.

Das **BaltCoast Projekt** – ein INTERREG III B-Projekt im Ostseeraum mit Partnern aus fünf Ländern – war eine Pilotinitiative zur Unterstützung des Integrierten Küstenzonenmanagements und der Entwicklung im Ostseeraum. Die Projektergebnisse werden für das neue **PlanCoast Projekt** genutzt – ein INTERREG III B-Projekt im CADSES-Raum mit Partnern aus elf Ländern – welches die nachhaltige Entwicklung der Küstenzonen der Ostsee, der Adria und des Schwarzen Meers fördern wird. Das PlanCoast Projekt wird auf kohärente Weise und im Einklang mit internationalen Standards den neuen Politikbereich der Raumordnung auf dem Meer (Sea Use Planning) entwickeln, einführen und umsetzen. Dabei werden der Austausch und Vergleich von Informationen auf internationaler Ebene gefördert und gleichzeitig lokale und regionale Bedürfnisse berücksichtigt. Dies wird die Umsetzung des Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) in der Europäischen Union unterstützen, indem die Rolle der Raumplanung innerhalb des IKZM verstärkt wird.

► www.baltcoast.org

► www.plancoast.org

Das **Übereinkommen von Albufeira** (Konvention von Albufeira über die Zusammenarbeit für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Gewässer der spanisch-portugiesischen Flussgebiete), das 1998 abgeschlossen wurde und zwei Länder umfasst, zielt auf das notwendige Gleichgewicht zwischen Umweltschutz und Wassernutzung als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung beider Länder ab. Außerdem wird der Notwendigkeit koordinierter Anstrengungen zur Sicherung eines optimalen Wissens und Managements der gemeinsamen Flussgebiete Rechnung getragen. Die Zusammenarbeit besteht aus vier grundlegenden Elementen (regelmäßiger und systematischer Austausch von Informationen, Konsultationen über spezifische bilaterale Einrichtungen, Maßnahmen, um Verwaltungsverfahren in Bezug auf Wassernutzung in beiden Ländern kompatibel zu machen, und die gesetzliche Regelung von Flussläufen), in denen auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und das Management von Risiken und Ausnahmesituationen wie Hochwasser und Dürren berücksichtigt werden. Die aus dem Übereinkommen resultierende Koordinierung der Managementpläne, -programme und -maßnahmen steht im Einklang mit der europäischen Wasserrahmenrichtlinie von 2001. Beide Länder haben sich auf gemeinsame Ziele geeinigt. Anschließend wurden auf nationaler Ebene Programme und Maßnahmen beschlossen, um unter Aufrechterhaltung eines ständigen Informationsaustauschs diese Ziele erreicht werden.

► www.cadc-albufeira.org

► www.mma.es/portal/secciones/acm/aguas_continent_zonas_asoc/ons/medias_ons/acuerdos.htm

Das **TUSEC-IP Project** (Techniques of Urban Soil Evaluation in City Regions. Implementation in Planning Processes) – ein INTERREG III B-Projekt aus dem Alpenraum mit Partnern aus fünf Ländern – versucht, die wirtschaftliche Entwicklung in Berggebieten unter Berücksichtigung von Aspekten des Bodenschutzes und der Bodendegradation anzukurbeln. Maßgebliche Stakeholder, einschließlich Unternehmen, werden in die Lage versetzt, relevante und zukunftsorientierte Entscheidungen zu treffen.

► www.tusec-ip.org

4.6 Stärkung der transeuropäischen ökologischen Strukturen und kulturellen Ressourcen

(174) Die Analyse der territorialen Situation hat gezeigt, dass das natürliche und kulturelle Erbe ein wichtiger Bestandteil der Umwelt- und Lebenssituation (auch für Minderheiten) und der wirtschaftlichen Entwicklung in einigen Regionen ist. Über die letzten fünfzehn Jahre hat die Ausweisung von Schutzgebieten in der Europäischen Union deutlich zugenommen, auch wenn die meisten Gebiete geschützte "Inseln" geblieben sind.

(175) Das natürliche und kulturelle Erbe wird von einer Vielzahl von Risiken bedroht, unter anderem durch Umweltverschmutzung, Hochwasser, Erdbeben, Erschütterung, Beschädigungen und "Souvenir-Sammeln" als Begleiterscheinung des Massentourismus. Diese Risiken können identifiziert und gemeinsame Risikomanagementstrategien erarbeitet werden. Vor diesem Hintergrund sollten die folgenden Aktionslinien im Zeitraum 2007 bis 2010 ausgearbeitet werden.

Stärkung der transeuropäischen ökologischen Strukturen

(176) Eine zentrale Herausforderung besteht in der Weiterentwicklung des vorhandenen Netzwerks in eine integrierte, stabile und nachhaltige transeuropäische ökologische Struktur. Vor diesem Hintergrund sollten die folgenden raumpolitischen Themen bei der Halbzeitbewertung der Kohäsionspolitik und der Politik für den ländlichen Raum sowie bei der Erarbeitung des 7. Umweltaktionsprogramms und der EU-Meerespolitik und bei der Evaluierung der NATURA 2000-Richtlinie berücksichtigt werden. Die Europäische Kommission und die Raumentwicklungsminister sollten den Anstoß für einen Stakeholder-Dialog über diese Themen geben:

- **Verbesserung der Effektivität der Habitat-Richtlinie.** Die bevorstehende Evaluierung der Habitat-Richtlinie ist ein geeigneter Zeitpunkt, um ihre Effektivität und Ökoeffizienz zu verbessern. Bestehende ökologische Netze, die Schutzgebiete von europäischer, nationaler und regionaler Bedeutung verbinden, müssen weiter ausgebaut werden. Das Netzwerk der Nationalparks scheint in den neuen EU-Mitgliedstaaten gut etabliert zu sein. Diese Länder sollten in der Zukunft die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben sicherstellen und die weniger restriktiven Formen von Schutzgebieten ausdehnen, insbesondere geschützte Kulturlandschaften. Beitrittsländer und möglicherweise auch Nachbarländer sollten in diese Netzwerke eingebunden werden. Außerdem sollte die Effektivität der NATURA 2000-Vorgaben und Verfahren in Bezug auf spezifische territoriale Herausforderungen geprüft werden, besonders was die Herausforderung einer integrierten Gebietsentwicklung in dicht besiedelten Gebieten betrifft.
- **Kohäsionspolitik und Politik für den ländlichen Raum.** Momentan spielen die Strukturfonds und der Kohäsionsfonds eine wesentlich größere Rolle für die Landnutzung als NATURA 2000, da diese Fonds das Ausmaß an EU-geförderter Infrastruktur und Unternehmensinvestitionen bestimmen. Dies gilt auch für die Höhe der GAP-Mittel für die Agrarumwelt und die ländliche Entwicklung. Es ist daher wichtig, dass diese Fonds das Ziel von NATURA 2000 ergänzen und unterstützen. Außerdem sollten sie danach beurteilt werden, inwiefern sie zur Entstehung gemeinsamer grenzüberschreitender Naturschutzgebiete und zur Erhaltung und Entwicklung charakteristischer Landschaften in Räumen, die von der Aufgabe der Landwirtschaft betroffen sind, beitragen.
- **Abgelegene Gebiete.** Die EU-Kohäsionspolitik hat die am meisten abgelegenen Gebiete, die mit Armut und anderen schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben, identifiziert. Zu diesen zählen 25 Inseln (unter anderem die Kanaren, Madeira und die Azoren) und überseeische Gebiete (Guyana). Geographische Nachteile müssen aber nicht zwangsläufig eine ungünstige wirtschaftliche Lage zur Folge haben. Gerade diese geographischen Faktoren können entscheidend für einen komparativen Vorteil sein, nicht nur für die Menschen vor Ort sondern auch für unternehmerisches Handeln. Dieser Aspekt muss von ESPON und anderen Quellen weiter geprüft werden.

Das **SOSTENP Projekt** (Sustainable Development Strategies in Nature Protection Areas in the Macaronesia) – finanziert durch INTERREG III B Azoren, Madeira und Kanaren - ist eine Initiative der regionalen Regierungen der portugiesischen (Azoren, Madeira) und spanischen (Kanaren) makaronesischen Inselgruppen und hat zum Ziel, ländliche Siedlungen in oder in

der Nähe von Naturschutzgebieten nachhaltig zu entwickeln und die Entvölkerung zu verhindern. Aufgrund der zwangsweisen Reduktion traditioneller Aktivitäten (Landwirtschaft, Fischerei) – bei gleichzeitig zum Teil negativer Haltung gegenüber Naturschutzgebieten - und der jüngsten Verschiebung des wirtschaftlichen Schwerpunkts hin zum Dienstleistungssektor (z.B. Tourismus) besteht eine erhöhte Notwendigkeit, Naturschutzgebiete zu schaffen, um die Ökosysteme und reichhaltige Biodiversität sowie die sozioökonomische Entwicklung der Inselgruppen zu erhalten. Alle relevanten lokalen und regionalen Stakeholder (lokale Gemeinschaften, Landwirte, Reisebüros, lokale und Inselbehörden) sind beteiligt. Eine Reihe von Planungs- und Entwicklungsinstrumenten wird ausgearbeitet: Integriertes Landschaftsmanagement, Integriertes Küstenzonenmanagement, Bodenmanagement, Nachhaltigkeitsindexe. Die afrikanische Nation Cabo Verde, ebenfalls eine makaronesische Inselgruppe, nimmt an dem Projekt teil.

► www.gobiernodecanarias.org/cmayot/interreg

Stärkung der wichtigsten transeuropäischen Kulturwerte

(177) Europas Kulturerbe ist Ausdruck seiner Identität und seiner weltweiten Bedeutung. Es ist außerdem Teil des alltäglichen Umfelds und der Lebensqualität vieler Menschen. Rigorose Schutzmaßnahmen, wie sie zur architektonischen Erhaltung bestimmter Gebiete, Stätten und Denkmäler vorgesehen sind, können nur einen kleinen Teil dieses Erbes schützen. Für den größeren Teil ist ein kreativer Ansatz gefordert um das kulturelle Erbe für zukünftige Generationen bewahren zu können. Vor diesem Hintergrund sollte den folgenden raumpolitischen Themen bei der Halbzeitbewertung der EU-Kohäsionspolitik und der Politik für den ländlichen Raum Rechnung getragen werden, wobei vor allem auch CULTURE 2007 zu berücksichtigen ist (ein vorgeschlagenes EU-Programm zur Unterstützung der transnationalen Mobilität von Beschäftigten im Kultursektor und zur Förderung des interkulturellen Dialogs und somit zur Sensibilisierung für die kulturelle Vielfalt der EU). In diesem Zusammenhang sollten die Europäische Kommission und die Raumentwicklungsminister den Anstoß für einen Stakeholder-Dialog geben.

- **Schaffung von Beschäftigung und Einkommen.** Kulturelles Erbe kann sowohl direkt als auch indirekt Einkommen und Beschäftigung schaffen. Berühmte kulturelle Denkmäler können als Orte für Feste, Aufführungen und andere kulturelle, oder politische Veranstaltungen genutzt werden, welche wiederum zusätzliche Beschäftigungs- und Einkommensquellen darstellen. Über Multiplikationseffekte generieren diese direkten Einkommensströme zusätzliches Einkommen. Indirekte Effekte sind gleichermaßen wichtig. Die Bedeutung des kulturellen Umfelds bei der Standortwahl wächst angesichts des schnell steigenden Ausbildungsniveaus von Unternehmensführung und Mitarbeitern. Städte mit Kulturdenkmälern profitieren wiederum von dieser Standortwahl, da neue Sponsoren und Förderer für das kulturelle Leben und kulturelle Dienstleistungen gewonnen werden können. Vor dem Hintergrund der Lissabon-Strategie sollte die Rolle der Europäischen Union mit Blick auf diese Herausforderung definiert werden.
- **Bewahrung von Traditionen.** Das Kulturerbe umfasst auch das immaterielle Erbe, das sich definieren lässt als die Gesamtheit der kulturellen und sozialen Ausdrücke, die eine Gemeinschaft kennzeichnen und die auf Traditionen basieren. Das immaterielle Erbe, welches von Generation zu Generation weitergereicht wird, verändert sich im Laufe der Zeit durch einen Prozess mit gemeinsamen Zielsetzungen. Es ist besonders schutzbedürftig. Das mündliche und immaterielle Erbe ist international als wesentlicher Faktor der kulturellen Identität, der Förderung von Kreativität und der Erhaltung der kulturellen Vielfalt anerkannt. Es spielt eine wichtige Rolle für die nationale und internationale Entwicklung, für Toleranz und das harmonische Zusammenleben der Kulturen. In einer Zeit der Globalisierung drohen viele Arten des kulturellen Erbes zu verschwinden, indem sie durch kulturelle Standardisierung, bewaffnete Konflikte, die schädlichen Auswirkungen des Massentourismus, Industrialisierung, Landflucht, Migration und Umweltzerstörung bedroht sind.
- **EU-Verordnungen und territoriale Identitäten.** Die Wahrung von Dorf- und Landschaftsarchitektur, volkstümlichen Künsten, kulinarischen Traditionen und die Schaffung von Kunstobjekten für den täglichen Gebrauch sollte als wichtiger Bestandteil des kulturellen Erbes anerkannt sein. Als solcher kann sie als Teil der wirtschaftlichen Grundlage einer Gemeinschaft und als Instrument zur Stärkung der lokalen und regionalen Identität dienen. Gesetzlicher Schutz von Natur- und Kulturwerten ist eine wichtige und notwendi-

ge Maßnahme, aber gesetzlicher Schutz kann nicht auf alle Werte ausgedehnt werden und er sollte auf kulturellen und auch wirtschaftlichen Überlegungen gründen. Andererseits sollten die Auswirkungen von EU-Politiken auf die unermessliche Vielfalt territorialer Traditionen und Identitäten Europas genauer untersucht werden, da diese Vielfalt für manche Räume ein großes Entwicklungspotenzial birgt.

- **Stärkung kultureller Routen.** Koordinierte transnationale Interventionen sollten das Ziel einer Weiterentwicklung "kultureller Routen" verfolgen, nicht nur um den unterschiedlichen Charakter verschiedener Gemeinschaften (Communities) zu wahren und das Vorhandensein gemeinsamer Werte hervorzuheben, sondern vor allem, um das kulturelle Erbe in Wert zu setzen und es so zu entwickeln. Die EU-Programme für Europäische Territoriale Zusammenarbeit sollten an ihrem Beitrag zur Schaffung kultureller Routen gemessen werden.

Das Kulturerbe ist ein wichtiger Faktor zur Stärkung regionaler Identität und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für größere transnationale europäische Regionen. Durch transnationale Anstrengungen und Projekte wie das **ERIH**, das **ARTERY** und das **EuRoB** – finanziert durch INTERREG III B Nordwesteuropa bzw. Ostseeraum, mit Partnern aus fünf, sieben und drei Ländern - sind europäische Beispiele geschaffen worden, die wichtige Kulturwerte oder -landschaften verschiedener Länder erhalten, vermarkten und nachhaltig verwalten. Abgesehen vom Tourismus handelt es sich auch um attraktive und innovative wirtschaftliche Rahmenbedingungen, z.B. industrielle Innovationen, kreatives Wohnen und hochwertige kulturelle Veranstaltungen. Gemeinsam betriebene Schauplätze fungieren auch als "Tor" zu anderen regionalen Attraktionen in den jeweiligen Gebieten und als Motoren für mehr Beschäftigung in der Kultur und anderen Bereichen.

► www.erih.net

► www.eurob.org

► www.artery.eu.com

(178) Die Beschreibung der möglichen Prioritäten bietet kein umfassendes Bild dessen, was möglich ist und dessen, was getan werden sollte. Einige wichtige Zusammenhänge innerhalb des breiten Spektrums an fachpolitischen territorialen Maßnahmen werden hervorgehoben. Betrachtet man die politischen Ansätze verschiedener Sektorpolitiken, so wird deutlich, dass es zur Harmonisierung ihrer territorialen Effekte einer integrierten Politik bedarf. Die für die Raumentwicklung zuständigen politischen Entscheidungsträger sehen ihre Rolle nicht darin, diese Politiken zu dominieren. Vielmehr ist es ihr Ziel eine harmonische Entwicklung des europäischen Raums zu koordinieren, was direkt zu den Themen „Government“ und „Governance“ überleitet.

5. Mögliche Prioritäten zur Sicherung kohärenter raumwirksamer EU-Politiken

Wege zu kohärenten raumwirksamen EU-Politiken

(179) Eine effektive territoriale Führung und Steuerung (Governance) ist eine Grundvoraussetzung zur Stärkung der territorialen Kohäsion. Die wichtigste Herausforderung liegt darin, dass sich Sektor- und Wirtschaftspolitiken der EU und die Raumentwicklungspolitiken der EU-Mitgliedstaaten wechselseitig verstärken müssen, um eine effektive Nutzung von Europas territorialem Kapital zu gewährleisten. Die EU-Raumentwicklungsminister sollten diese Fragen zwischen 2007 und 2010 in einem Dialog mit den wichtigsten Stakeholdern klären, vor allem mit der Kommission. Schließlich handelt es sich bei der territorialen Governance um ein äußerst komplexes und sensibles Themenfeld.

5.1 Integration der territorialen Dimension in den politischen Entscheidungsprozess der EU

(180) Governance zur Stärkung der territorialen Kohäsion erfordert "Teamarbeit" zwischen der Kommission und den EU-Raumentwicklungsministern, um für andere Stakeholder als treibende Kraft zu fungieren. Vor diesem Hintergrund sollten zwei spezifische Aktionslinien im Zeitraum 2007 bis 2010 ausgearbeitet werden:

(181) Die Herausforderung der Territorialen Agenda der EU liegt darin, innerhalb der EU-Politiken ein kohärenteres Konzept zur Stärkung des territorialen Zusammenhalts zu erarbeiten: Zielsetzung ist es, die die Umsetzung der Lissabon- und Göteborg-Ziele zu unterstützen, indem die vielfältigen Potenziale Europas besser ausgenutzt werden. Die Agenda sollte die folgenden Eigenschaften haben:

- *Operativ*: Die Agenda sollte sich auf die tatsächlichen territorialen Herausforderungen Europas fokussieren, aufbauend auf einer weiterentwickelten Datenbasis (hauptsächlich von ESPON und nationalen Analysen und Praktiken bereit gestellt).
- *Zielgerichtet*: Sie sollte raumwirksame Schlüsseldossiers der europäischen politischen Agenda von 2007 bis 2012 näher betrachten, u.a. die Lissabon-Strategie, die Kohäsionspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) die Politik für die Entwicklung des ländlichen Raums, die Strategie zur nachhaltigen Entwicklung der EU (SNE), die Umweltpolitik, die Kulturpolitik, die Verkehrspolitik, die Energiepolitik, die Forschungs- und Innovationspolitik, die Binnenmarkt- und Wettbewerbspolitik sowie Verfassungs- und Governance-Fragen (siehe nachstehenden Kasten).
- *Offen*: Die Agenda sollte die wichtigsten territorialen Fragen in Bezug auf diese Dossiers identifizieren und in einem interaktiven Dialog mit Stakeholdern erörtern.
- *Ergebnisorientiert*: Die Agenda solle zielgerichtete Folgeabschätzungen für diese Dossiers und eine operative Einschätzung der territorialen Situation und Perspektiven der Union 2010 enthalten sowie spezifische Raumentwicklungsaufgaben und Governance-Konzepte in der Union hervorbringen.

Hiefür sollten sich die Minister darauf verständigen, eine gemeinsame Arbeitsstruktur und ein Verfahren einzurichten, damit die maßgeblichen, laufenden europäischen Politikdossiers verfolgt und bewertet werden können und für jene Politikdossiers mit größter Relevanz die in der Territorialen Agenda der EU definierten territorialen Prioritäten vorbereitet und eingebracht werden können. Die nachfolgend aufgeführten laufenden und künftigen Aktivitäten der politischen Agenda auf EU-Ebene in Verbindung mit den möglichen Prioritäten der Territorialen Agenda der EU (wie in Teil C, Kapitel 4 aufgezeigt) können als Grundlage für weitere Überlegungen dienen (diese Liste stelle eine erste unvollständige Übersicht dar):

EU Lissabon-Strategie

Politische Agenda: (überarbeitete) nationale Lissabon-Reformprogramme (2008 – 2010); jährliche Fortschrittsberichte; Überarbeitung der Integrierten Leitlinien (2008); Debatte über die Lissabon-Strategie nach 2010.

Relevante territoriale Themen: verschiedene regionale Potentiale und territoriales Kapital aller EU Regionen mobilisieren und fördern; transeuropäische Cluster-Politiken entwickeln, einschließlich Spezialisierung und Arbeitsteilung, Aus- und Fortbildung, Vermarktung von Innovationen; wettbewerbsfähige europäische Netzwerke von Metropol- und Stadtregionen in globaler Perspektive; ausgewogene, integrierte territoriale Entwicklungsstrategien.

EU-Kohäsionspolitik

Politische Agenda: Mitteilung zu Kohäsionspolitik und Städten (Juli 2006); 4. Kohäsionsbericht (Mai 2007) und jährliche Fortschrittsberichte; Mitteilung "Die Lissabon Agenda vor Ort auf den Weg bringen: Die Programme der Kohäsionspolitik 2007-2013" (Oktober 2007), Überprüfung der Finanziellen Vorausschau der EU 2008/2009; Halbzeitbewertung der Strukturfondsprogramme (2010); Debatte über die Kohäsionspolitik nach 2013.

Relevante territoriale Themen: wettbewerbsfähige und integrierte Metropol- und Stadtregionen; polyzentrische und ausgewogene Metropolnetze und nachgeordnete Städtesysteme; grenzüberschreitende und transeuropäische Cluster; integrierte Stadtentwicklungspolitiken; gemeinsame Entscheidungen über räumliche Investitionen durch öffentliche und private Akteure; Stadt-Land-Partnerschaften; an den demographischen Wandel angepasste Bereitstellung von Dienstleistungen und Infrastruktur (Verkehr, IKT); Unterstützung von Naturschutzgebieten; Stärkung des kulturellen Erbes.

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und EU-Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums

Politische Agenda: Überprüfung der Finanziellen Vorausschau der EU 2008/2009; Zusammenfassende Fortschrittsberichte und Halbzeitbewertung zur Politik für die Entwicklung des ländlichen Raums (2010); Prüfung der GAP Reformen (2008); Debatte über GAP nach 2013.

Relevante territoriale Themen: integrative und maßgeschneiderte Strategien für höchst unterschiedliche ländliche Ausgangslagen; Rolle kleiner und mittlerer Städte als regionale Motoren; integrierte Sichtweise ländlicher und städtischer Entwicklung innerhalb ausgeglichener und gleichberechtigter Stadt-Land Partnerschaften; Bereitstellung von ausreichenden Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sowie von Anbindungen (einschließlich IKT); demographischer Wandel; nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und Diversifizierung der wirtschaftlichen Basis (z.B. Gewinnung erneuerbarer Energien); Unterstützung der Natura 2000 Ziele; Erhalt und Nutzung kultureller Ressourcen.

EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung (SNE)

Politische Agenda: überarbeitete EU-Nachhaltigkeitsstrategie; (überarbeitete) nationale Nachhaltigkeitsstrategien; Fortschrittsberichte (Herbst 2007); laufende Überprüfung der Fortschritte und Prioritäten, umfassende Überarbeitung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie (spätestens 2011).

Relevante territoriale Themen: soziale und ökologische Nachhaltigkeit erhalten; wirtschaftliche Entwicklung und ökologische Tragfähigkeit durch integrierte Entwicklungsstrategien für ökologisch sensible Gebiete in Einklang bringen; transeuropäische Risikoversorgung und -management (Verringerung von Schadenpotenzialen, umfassende Strategien und gefahrenübergreifende politische Szenarien);

EU-Umweltpolitik

Politische Agenda: Überprüfung des 6. Umweltaktionsprogramms (UAP, 2007) und dessen thematische Strategien (z.B. städtische Umwelt, Bodenschutz, nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, Meeresumwelt); die Entwicklung des 7. UAP (2010); Überprüfung / Änderung der Habitat Richtlinie; Mitteilung "Eindämmung des Verlusts der biologischen Vielfalt bis zum Jahr 2010 - und darüber hinaus" (2006); Mitteilung Auf dem Weg zu einer künftigen EU Meerespolitik (November 2007); Weißbuch zu einem gemeinsamen Meeresraum der EU (2008/2009).

Relevante territoriale Themen: Raumplanung für schadstoffarme und umweltfreundliche Siedlungsstrukturen; kluges Management von natürlichen und kulturellen Ressourcen und Werten; Erhalt und Vernetzung ökologischer und kultureller Strukturen von europäischer, nationaler und regionaler Bedeutung; integrierte Entwicklung von Küstenzonen, Meeresbecken, Flusseinzugsgebieten, und Bergregionen; gemeinsame Ansätze zur Begegnung des Klimawandels und von Risiken.

EU Kulturpolitik

Politische Agenda: Umsetzung und Überprüfung des Programms Kultur 2007

Relevante territoriale Themen: Stärkung des kulturellen Erbes und der Vielfalt, von Traditionen sowie regionalen Identitäten als zentrale transeuropäische kulturelle Ressourcen und wichtiges territoriales Kapital

EU-Verkehrspolitik

Politische Agenda: Halbzeitbilanz Verkehrsweißbuch (2006); Grünbuch zu städtischem Verkehr (September 2007); Aktionsplan zur Logistik im Güterverkehr (Herbst 2007); Strategie zur elektronischen Eingliederung – eInclusion (November 2007); Ermittlung des Mehrjahresinvestitionsprogramms für die TEN bis 2013 (2008); Mitteilungen für Binnenwasserstraßen, Häfen and und Seetransport (2007); Debatte über die Verkehrspolitik nach 2010.

Relevante territoriale Themen: Stärkung transeuropäischer Netzwerke; regionales und grenzüberschreitendes Verkehrsmanagement; effektive, sichere, nachhaltige und multimodale Verkehrsverbindungen und sekundäre Netzwerke; IKT-Zugang and digitale Kompetenz; Anbindung von ländlichen und peripheren Gebieten; nachhaltiges Management zunehmender Verkehrsvolumen; Binnen- und Seeschiffahrtswege.

EU Energiepolitik

Politische Agenda: "Energiepaket der Kommission" (2007); Halbzeitbewertung des Aktionsplans zur Energieeffizienz (2009); Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden; Mitteilung "Begrenzung des globalen Klimawandels auf 2 Grad Celsius. Der Weg in die Zukunft bis 2020

und darüber hinaus" (Januar 2007); Grünbuch zur Klimapolitik der EU nach 2012 (April 2007); Weißbuch "Ein künftiges Europäisches Programm zur Anpassung an den Klimawandel" (November 2007)

Relevante territoriale Themen: gegenüber steigenden Energiepreisen unanfällige europäische Raumstruktur; wettbewerbsfähige, sichere und ökologisch sinnvolle Energieversorgung (neue Energiequellen und Technologien); dezentralisierte, effiziente, sichere und umweltfreundliche Erzeugung erneuerbarer Energien; energieeffiziente Siedlungsstrukturen und räumliche Infrastrukturen (Gebäude and Verkehr); Verbesserung der grenzüberschreitenden Infrastruktur für Energienetze;

EU Forschungs- und Innovationspolitik

Politische Agenda: Umsetzung und Überprüfung des 7. Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung

Relevante territoriale Themen: Förderung transnationaler wettbewerbsfähiger und innovative regionaler Cluster in Partnerschaft zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung; Verknüpfung von Innovations- mit Regionalentwicklungspolitiken mit Rücksicht auf territoriale Prioritäten bei der Zuteilung von Forschungsmitteln und -infrastrukturen; Entwicklung transeuropäischer Innovationsprofile von Metropolräumen, Stadtregionen und Regionalzentren.

Binnenmarkt- und Wettbewerbspolitik

Politische Agenda: Mitteilung "Eine Europäische Strategie für Dienstleistungen im allgemeinen Interesse" (November 2006); Gesetzgebungspaket zu den Richtlinien für Öffentliche Aufträge (2004); Grünbuch und Mitteilung zu Öffentlich-Privaten Partnerschaften); Aktionsplan Staatliche Beihilfen (2005–2009)

Relevante territoriale Themen: Bereitstellung ausreichender Dienstleistungen der Daseinsvorsorge; interkommunale Zusammenarbeit und Stadt-Land-Partnerschaften; öffentlich-private Partnerschaften zur Bereitstellung räumlicher Infrastrukturen und öffentlicher Dienstleistungen.

Verfassungs- und Governance-Fragen

Politische Agenda: Debatte über die EU-Verfassung (2007-2009) und die laufende Diskussion über europäisches Regieren (Folgeabschätzung, Mehrebenen- und sektorübergreifende Ansätze, etc.).

Relevante territoriale Themen: territoriale Kohärenz von Fachpolitiken mit räumlichen Auswirkungen auf allen Ebenen; Kohärenz und Synergien zwischen EU-Politiken und nationalen oder regionalen räumlichen Strategien; neue Wege der territorialen Governance durch Partnerschaft und Vernetzung zwischen Regionen und Städten, einschließlich grenzüberschreitender, transnationaler und interregionaler Zusammenarbeit und die Einbindung der Wirtschaft; integrierte und Mehrebenen-Politikansätze für jede spezielle territoriale Situation.

Berücksichtigung der Raumwirksamkeit von EU-Politiken

(182) In Abwesenheit von offiziellen Verpflichtungen oder Anreizen, die territoriale Wirkung von EU-Politiken im Politikprozess der Union zu berücksichtigen, liegt die Hauptaufgabe für das Management der territorialen Wirkungen der EU-Politiken darin, die politische Führung und operative Steuerung seitens der Kommission und der Raumentwicklungsminister sicherzustellen. Beide haben dabei ihre jeweilige Rolle zu spielen. Zwischen 2007 und 2010 sollten sich beide mit den folgenden Themen befassen:

- Die Evidenzgrundlage sollte gestärkt und auf die politische Agenda der Union ausgerichtet werden.
- Die Minister sollten das Bewusstsein für die Herausforderungen, die aus der Raumwirksamkeit von EU-Politiken entstehen, schärfen und einen Dialog sowohl mit Stakeholdern als auch im jeweiligen nationalen Kontext organisieren.
- Die Kommission sollte eine transparente Anlaufstelle für territoriale Kohäsion und für die Integration von Raumverträglichkeitsbewertungen in den Entscheidungsfindungsprozess der Europäischen Union einrichten, z.B. über das Folgenabschätzungsverfahren und die directionsübergreifende Konsultation.

(183) Ein starkes Netzwerk zur Verbesserung der territorialen Kohäsion braucht nicht nur politische Führung und Steuerung (Governance) sondern auch großes politisches Engagement

und Verantwortungsgefühl (Ownership) seitens der wichtigsten Stakeholder. Deswegen sollte das entstehende Netzwerk in den nächsten Jahren vertieft und ausgeweitet werden. Vor diesem Hintergrund sollten zwei spezifische Aktionslinien im Zeitraum von 2007 bis 2010 ausgearbeitet werden:

Strukturierung und Steuerung des Stakeholder-Dialogs

(184) Die größte Herausforderung liegt darin, ein gut funktionierendes Netzwerk zu schaffen, in dem Schlüsselfragen identifiziert, diskutiert und in den EU-Politikprozess eingebunden werden. Für ein solches Netzwerk bedarf es mehr als nur politischer Führung und Steuerung und sollte vordringlich auf folgenden Elementen basieren:

- *Eine Lenkungsgruppe* einschließlich der Präsidentschaft und der Kommission und mit angemessener Unterstützung durch ein Sekretariat für das laufende Management der Territorialen Agenda der EU und insbesondere für die Organisation des Dialogs mit und unter den Stakeholdern.
- *Eine Webseite* um Informationen zu sammeln, auszutauschen und zu verbreiten, unter Federführung der jeweiligen Ratspräsidentschaft.

Förderung von Engagement und Verantwortungsgefühls (Ownership) der Stakeholder in Bezug auf die Territoriale Agenda

(185) Eine wichtige Herausforderung der Raumentwicklungsminister ist die interaktive Einbindung von Stakeholdern, indem jeweilige Interessen anerkannt werden und ihnen durch die Behandlung der territorialen Dimension von EU-Politiken gedient wird. Dies könnte wie folgt erreicht werden:

- Bereitstellung zielgerichteter Analysen
- Organisation sowohl offener EU-Konferenzen als auch gezielter Treffen mit bestimmten Stakeholdern
- Ausweitung des Dialogs zur Einbindung von Akteuren, die an der Entwicklung von EU-Sektorpolitiken oder Raumentwicklungspolitiken in den Mitgliedstaaten, Städten und Regionen beteiligt sind, oder aus dem privaten Sektor kommen.

(186) Um gegenwärtige Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Raumwirksamkeit im EU-Politikprozess optimal zu nutzen, bedarf es eines besseren Einsatzes der entstehenden Evidenzgrundlagen, welche hauptsächlich aus ESPON-Studien und aus nationalen Quellen stammen. Vor diesem Hintergrund sollten zwei spezifische Aktionslinien im Zeitraum von 2007 bis 2010 ausgearbeitet werden:

Bereitstellung gezielter ESPON-Produkte für die politische Agenda der EU von 2007 bis 2010

(187) Eine wichtige Herausforderung besteht darin, territoriale Analysen zu erstellen, die von Stakeholdern, insbesondere von der Kommission, genutzt werden können und auch tatsächlich genutzt werden. Hierfür ist erforderlich, dass:

- ESPON weiterhin territoriale Indikatoren, Typologien, Szenarien, Methoden, etc. entwickelt, und insbesondere Analysen, die auf die oben genannten Dossiers der politischen Agenda der EU ausgerichtet sind.
- *die Lenkungsgruppe* die Erstellung solcher gezielter Analysen fördert, die wichtigsten Stakeholder informiert und diskutiert, ob und wie die Analysen in den EU-Politikprozess integriert werden können.

Berücksichtigung der Raumwirksamkeit mit Hilfe des Verfahrens zur Folgenabschätzung

(188) Eine besondere Herausforderung sind in dieser Hinsicht Raumverträglichkeitsprüfungen (Territorial Impact Assessment – TIA), welche die spezifischen politischen Herausforderungen unterschiedlicher Raumtypen näher betrachten können. Raumverträglichkeitsprüfungen könnten in den offiziellen Folgenabschätzungsbericht eingegliedert werden oder separat vorgestellt werden, als Input für die directionsübergreifende Diskussion über den Entwurf des Folgenabschätzungsberichts. Die folgenden Elemente sind erforderlich für eine erfolgreiche Raumverträglichkeitsprüfung:

- Ein allgemeingültiges Format, eventuell aufbauend auf der von ESPON entwickelten Methode.
- Eine weitere Ausarbeitung der Raumverträglichkeitsprüfung, veranlasst durch die Lenkungsgruppe
- Eine aufmerksame Beobachtung der Folgeabschätzungen der Europäischen Kommission während des Zeitraums 2007-2010.

(189) Für die Integration der territorialen Dimension in den EU-Politikprozess sind nicht nur territoriales Wissen und Informationen notwendig, sondern auch Fachwissen. In diesem Zusammenhang muss festgestellt werden, welche Art territorialen Fachwissens die Diskussion über raumrelevante EU-Dossiers bereichern könnte. Dies ist nur mit Hilfe eines aktiven europäischen Netzwerks möglich. Die Lenkungsgruppe könnte eine Schlüsselrolle bei der Identifizierung geeigneter Experten spielen.

Sicherung einer effektiven Komitologie für den Strukturfondszeitraum 2007-2013 und darüber hinaus

(190) Zur Diskussion strategischer Raumentwicklungsfragen in der EU-Komitologie sind sowohl politischer Wille als auch effektive Strukturen erforderlich. Vor diesem Hintergrund liegt die wichtigste Herausforderung für den Zeitraum 2007 bis 2013 darin, territoriale Analysen in operative politische Entscheidungen zur territorialen Kohäsion einzubinden, vor allem angesichts der einmal unterzeichneten EU-Verfassung. Dies kann nur unter bestimmten Voraussetzungen erfolgreich umgesetzt werden, nämlich:

- einer klaren Trennung zwischen informellen Diskussionen über territoriale Fragen und formalen Entscheidungen (zum Beispiel zum Management der EU-Regionalpolitik), wobei beide einander bereichern sollten.
- Einem Fokus auf der Operationalisierung territorialer Kohäsion auf der Basis von territorialen Analysen und praktischen Fällen, mit besonderem Augenmerk auf der Rolle der Städte und Regionen als Entwicklungsmotoren.
- dem Ziel, die Halbzeitbewertung der EU-Kohäsionspolitik 2010 zu beeinflussen.

5.2 Nationale und regionale Raumentwicklungsstrategien zur Verbesserung territorialer Governance in der EU

(191) Europas Städte und Regionen stehen vor der Herausforderung einer schnellen Globalisierung; der internationale Wettbewerb zwingt sie, ihre spezifischen territorialen Vorteile klarer herauszuarbeiten und sich im europäischen Kontext zu positionieren. Zugleich setzen EU-Politiken einen engeren Rahmen für ihre Raumentwicklungspolitiken, wodurch sie gezwungen sind, die EU-Agenda aktiver zu beobachten, um ein gewisses Maß an politischer Kohärenz zu wahren. Vor diesem Hintergrund sollten die folgenden zwei Aktionslinien von 2007 bis 2010 verfolgt werden:

Stärkung der territorialen Identität, Spezialisierung und Positionierung in Europa

(192) Eine wichtige Herausforderung für den Zeitraum 2007 bis 2010 liegt darin, Städte und Regionen in die Lage zu versetzen, ihre spezifischen territorialen Vorteile innerhalb ihrer Raumentwicklungspolitiken zu identifizieren. Hierfür müssen einige Voraussetzungen gegeben sein:

- Die Verfügbarkeit vergleichbarer und operationeller europaweiter Daten und Analysen, die es Regionen ermöglichen, ihr spezifisches territoriales Potenzial genauer sichtbar zu machen.
- Die Möglichkeit zum europaweiten Austausch von Praktiken und Wissen.
- Aktivitäten zur Sensibilisierung für diese Herausforderungen und zur Einbindung der Städte und Regionen in den Stakeholder-Dialog.

Vorausschau und Einbindung von EU-Politiken in Raumentwicklungspolitiken

(193) Eine wichtige Aufgabe ist es, die von der EU gesetzten Bedingungen und gebotenen Möglichkeiten, bei der sektorübergreifenden nationalen und regionalen Koordinierung von Raumentwicklungspolitiken mit einzubeziehen. Hierfür muss eine sektorübergreifende territo-

riale Dimension bei der nationalen Umsetzung der überwiegend sektorspezifischen EU-Politiken berücksichtigt werden. Der jeweils günstigste Ansatz unterscheidet sich zwar von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. Ein Meinungs austausch über unterschiedliche Governance-Konzepte wäre allerdings ein äußerst wichtiger Bestandteil des Stakeholder-Dialogs zur Stärkung der territorialen Dimension im Rat.

(194) Territoriale Prioritäten müssen (im Sinne der obigen Ausführungen) bei förmlichen nationalen Verhandlungen berücksichtigt werden, um nationale und regionale Raumentwicklungs politiken mit den für die territoriale Kohäsion wichtigen strategischen Rahmenpolitiken der EU in Einklang zu bringen. Vor diesem Hintergrund sollten die folgenden zwei Aktionslinien im Zeitraum von 2007 bis 2010 ausgearbeitet werden:

Diskussion territorialer Schlüsselfragen in der Halbzeitbewertung der EU-Kohäsionspolitik und der Politik für den ländlichen Raum

(195) Eine zentrale Aufgabe ist es, territoriale Schlüsselfragen dieser Politiken zu identifizieren und möglichst frühzeitig mit Stakeholdern auf nationaler Ebene zu diskutieren, so dass die Verantwortlichen bereit sind, diese während der Verhandlungen zu berücksichtigen. Deswegen sollte mit der Identifizierung der Schlüsselfragen und dem Dialog bereits 2007 angefangen werden.

Diskussion territorialer Schlüsselfragen in der Überprüfung der nationalen Lissabon-Aktionsprogramme 2008

(196) In diesem Fall besteht eine vergleichbare, aber noch schwierigere Herausforderung, da es noch keine offizielle Anerkennung der territorialen Dimension der Lissabon-Ziele gibt. Aktivitäten im Sinne der oben genannten Aktionslinie könnten zu einer besseren Anerkennung der territorialen Dimension der Lissabon-Ziele führen.

(197) Grenzüberschreitende und transnationale Raumentwicklungsstrategien können bei der Stärkung der europäischen territorialen Integration eine Schlüsselrolle spielen, hierfür sind jedoch effektive Governance-Regelungen erforderlich. Vor diesem Hintergrund liegt die Hauptaufgabe darin, eine strategische Zusammenarbeit zwischen den Städten und Regionen Europas anzustoßen, einschließlich einer Zusammenarbeit, welche die strategischen Entwicklungsprioritäten der EU unterstützt, indem diese in einen spezifischen transeuropäischen territorialen Kontext übertragen werden. Vor diesem Hintergrund sollten die folgenden Aktionslinien von 2007 bis 2010 verfolgt werden:

- Als Bestandteil des Stakeholder-Dialogs können die Europäische Kommission und die EU-Raumentwicklungsminister eine stärkere europäische Perspektive bieten durch
 - territoriale Analysen (ESPON)
 - Austausch von guten praktischen Lösungen (INTERACT)
- Die EU-Raumentwicklungsminister können eine strategischere Zusammenarbeit von Städten und Regionen im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit auch durch die Bereitstellung von Humanressourcen und anderen Ressourcen unterstützen.
- Die EU-Raumentwicklungsminister können innerhalb ihrer Länder einen Beitrag zur Förderung der Kohärenz und der Koordinierung der Ausrichtungen A, B und C der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit leisten.

Teil D – Kurzfassung

Der europäische Kontinent zeichnet sich durch eine große territoriale Vielfalt aus. Diese Vielfalt beinhaltet sowohl Potentiale, die besser mobilisiert und aktiviert werden können, als auch große Herausforderungen und Ursachen für Disparitäten sowie Risiken im Hinblick auf eine nachhaltige und ausgeglichene Entwicklung der Regionen und Städte Europas. Der Bericht gibt Antworten auf fünf Fragestellungen:

- 1) Warum sollte für Entwicklungspolitiken und die Lissabon- und Göteborg-Strategien ein territorialer Ansatz verfolgt werden?
- 2) Was bedeutet territoriale Vielfalt und was sind die zentralen Merkmale und Herausforderungen des europäischen Raums?
- 3) Weshalb sollten EU-Politiken in die Betrachtung einbezogen werden und was sind deren Auswirkungen auf die territoriale Entwicklung?
- 4) Wie kann ein wettbewerbsfähigeres Europa der regionalen Vielfalt erreicht werden und welche thematischen Prioritäten sind hierzu notwendig?
- 5) Wie können EU-Politik mit territorialen Auswirkungen kohärenter gestaltet werden?

Die Umsetzung der Lissabon-, aber auch der Göteborg-Strategie, zählt zu den zentralen politischen Anliegen der EU, wodurch Europa zur „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt werden soll, die im Stande sein soll, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. Die Experten kommen zu dem Schluss, dass territoriale Entwicklungspolitiken sehr wohl in erheblichem Maße zu nachhaltigem Wachstum, Innovation und Arbeitsplätzen sowie zu einer sozialen und ökologischen Entwicklung beitragen können. Eine zentrale Aufgabe stellt die Stärkung des territorialen Kapitals aller europäischen Städte und Regionen dar. Dies kann dadurch erreicht werden, dass vorhandene regionspezifische Potentiale nachhaltig genutzt, die Integration und Erreichbarkeit innerhalb Europas und weltweit unterstützt und umfassende sowie umsichtige territoriale Steuerungsprozesse eingerichtet werden. Vor dem Hintergrund regionspezifischer Kontexte und Situation erfordert dies jedoch auf der einen Seite differenzierte Politiken und auf der anderen eine thematische Integration und Kohärenz von Fachpolitiken sowie die Partnerschaft zwischen allen betroffenen öffentlichen und privaten Interessenträgern.

Um einen kohärenten territorialen Entwicklungsansatz zu erreichen, bedarf es zunächst einer vertieften Kenntnis der spezifischen Merkmale und Herausforderungen Europas. Aus europäischer Sicht zeigt das Territorium nach wie vor eine Zentrum-Peripherie-Orientierung: Bruttoinlandsprodukt, Innovationskapazitäten und hochwertige Arbeitsplätze konzentrieren sich im so genannten Kernraum sowie in einigen städtischen Ballungsräumen außerhalb davon. Grundsätzlich wird das europäische Städtesystem mit seinen Metropolregionen, Mittel- und Kleinstädten als Motor für eine ausgewogenere und nachhaltigere Entwicklung angesehen. Insbesondere mit der EU-Erweiterung haben die regionalen Unterschiede innerhalb Europas jedoch stark zugenommen, und auch wenn die neuen EU-Mitgliedstaaten inzwischen in vielen Bereichen aufholen, stehen sie nach wie vor gravierenden Problemen gegenüber, um die Herausforderungen zu bewältigen. Wachsende wirtschaftliche und soziale Ungleichgewichte und Disparitäten werden außerdem durch eine gleichzeitige Verlagerung von Arbeitsplätzen innerhalb und außerhalb der EU verursacht. Die Integration unserer Regionen in den globalen Wettbewerb und die zugleich immer größer werdenden weltweiten Abhängigkeiten der Regionen und Städte nehmen immer mehr zu. Darüber hinaus wird die zukünftige territoriale Entwicklung stark durch eine alternde Bevölkerung, Zu- und Abwanderungsprozesse sowie interne Wanderungen auf den Arbeitsmärkten beeinflusst. Dies wird direkten Einfluss auf die öffentliche Daseinsvorsorge, den Wohnungsmarkt sowie das Zusammenleben der Menschen in unseren Städten und Regionen haben. Es ist zu erwarten, dass Stadt-Land-Beziehungen sich weiter entwickeln und sich die Grenzen zwischen Stadt und Land in einigen Fällen mehr und mehr auflösen werden.

Einige der größten Herausforderungen für ein regional ausgeglichenes Wirtschaftswachstum und die ökologische Nachhaltigkeit werden in den Bereichen Verkehr und Energie auftreten. Europa wird wachsende Verkehrsprobleme auf überlasteten Korridoren zu bewältigen haben, ohne die Mobilität von Personen und Gütern sowie die Standortvorteile von Wirtschaftsregio-

nen einzuschränken. Der Anstieg der Energiepreise wird neue Ungleichgewichte entstehen lassen: Bestimmte Regionen, besonders in Osteuropa sowie ländliche Gebiete, sind sehr anfällig für energetische Problemlagen; territoriale Potenziale für ein neues, auf erneuerbaren Energiequellen basierendes Energieparadigma sind ungleich verteilt. Darüber hinaus werden die Auswirkungen des Klimawandels die Voraussetzungen für die territoriale Entwicklung auf sehr unterschiedliche Weise beeinflussen und regionale Politiken werden die Verringerung von Naturrisiken berücksichtigen müssen. Viele dicht besiedelte städtische Räume werden von einer anhaltenden Übernutzung ihrer ökologischen Ressourcen und, insbesondere aufgrund zunehmender Zersiedlung, von einem wachsenden Verlust ihrer biologischen Vielfalt betroffen sein, während periphere Gegenden einer Entvölkerung entgegensehen.

Vor dem Hintergrund der Ziele von Lissabon und Göteborg und der facettenreichen territorialen Strukturen und Herausforderungen der EU haben sich sechs Prioritäten zur Stärkung des territorialen Kapitals und Potenzials aller europäischen Regionen sowie zur Förderung der territorialen Integration herausgebildet:

- Förderung einer territorialen Politik für Metropolregionen, Städte und andere städtischer Gebiete als europäische Entwicklungsmotoren in einem polyzentrischen räumlichen Muster;
- Stärkung von Stadt-Land-Partnerschaften und Sicherung einer ausreichenden Daseinsvorsorge für eine ausgeglichene räumliche Entwicklung;
- Förderung (trans-)nationaler wettbewerbsfähiger und innovativer Cluster (durch die Stärkung der internationalen Identität und Spezialisierung von Städten und Regionen und das Erkennen von Investitionssynergien und Prioritäten für die Zusammenarbeit);
- Stärkung der wichtigsten transeuropäischen Verkehrs-, IKT- und Energienetze im Hinblick auf die Verbindung wichtiger wirtschaftlicher Knotenpunkte in der EU und deren Verbindungen zu Sekundärnetzen;
- Förderung eines transeuropäischen Gefahrenmanagement für technologische und Naturrisiken, einschließlich einer integrierten Entwicklung von Küstenzonen, Meeresbecken und Bergregionen;
- Stärkung der wichtigsten transeuropäischen ökologischen Strukturen und kulturellen Ressourcen.

Diese Prioritäten müssen in Abhängigkeit vom jeweiligen sozialen, physischen und geographischen Kontext sowie der politischen Ebene, auf der sie umgesetzt werden, flexibel gehandhabt werden. Die ersten drei Prioritäten stellen die Rolle von Städten als Motoren für die räumliche Entwicklung in den Mittelpunkt und sprechen die Potenziale von Stadt-Land-Partnerschaften und transnationalen Städteclustern auf europäischer oder globaler Ebene an. Die letzten drei Prioritäten beziehen sich auf transeuropäische Strukturelemente der EU, die entscheidend für die Stärkung des territorialen Zusammenhalts sind.

Anhang – Zusätzliche Fallbeispiele (Best Practices) der territorialen Zusammenarbeit

Agglomération Franco-Valdo-Genevoise – Ligne Ferroviaire du CEVA (Cornavin – Eaux-Vives – Annemasse)

► www.ceva.ch

Alsace / Bade-Wurtemberg / Nord-Ouest de la Suisse : BioValley – un Réseau Trinational à la Pointe des Biotechnologies

► www.biovalley.com

Alps-Adriatic Working Community

► www.alpeadria.org

Arc Jurassien – Mise en Place d'un Radar Météorologique Transfrontalier

► www.interreg.ch/news/_f_nl08_3a_jura_f.htm

Baltic String Project

► www.balticstring.net

BEEN Project

► www.been-online.net

Centre Transfrontalier de Développement Industriel et Commercial

► www.cfdic.com

CER² Project

► www.cer2.net

ClimChAlp Project

► www.climchalp.net

COINCO Project

► www.coinco.nu

Competence Centre Programme of Stuttgart Region

► www.rekiz.de

Connect Baltic Sea Region Project

► www.connectnordic.com

Contrat de Rivières Transfrontalier “Pays de Gex – Léman”

► www.geneve.ch/eau

Création d'une Chaîne de Télévision Franco-Espagnole

► www.lepetitjournal.com/content/view/full/1623/270/

Cross-Border Air Rescue Project

► www.drf.de/Englisch/Niebuell.htm

Danube Regions Project

► www.cadses.net/projects/apprpro.html

Desertification Information System for the Mediterranean (DISMED)

► www.dismed.eionet.europa.eu

DesertWATCH – Desertification Monitoring Service

► www.dup.esrin.esa.it/desertwatch/

ELLA Project

► www.ella-interreg.org

ENLOCC Project

▶ www.enlocc.net

Eurocité Basque Bayonne San Sebastian

▶ www.eurocite.org

Europäischer Verflechtungsraum Oberrhein

▶ www.region-suedlicher-oberrhein.de

Greater Cambridge Partnership

▶ www.gcp.uk.net

Grünzug Neckartal Project

▶ www.bbr.bund.de

HARBASINS Project

▶ www.harbasins.org

Hôpital Transfrontalier à Puigcerda

▶ www.espaces-transfrontaliers.org/detail_projet.php?idprojet=113

InServNet Project

▶ www.inservnet.net

INTERPORTS Project

▶ www.interports.org

IPAM Project

▶ www.ipam.info

ISA Map Project

▶ www.isamap.info

Identification and Characterisation of the Landscapes of the Iberian Peninsula and Islands Study

▶ www.mma.es/portal/secciones/desarrollo_territorial

▶ www.dgotdu.pt/PresentationLayer/dgotdu_site_docpub02.aspx?PublicacaoID=54

LHASA Project

▶ www.lhasa-online.net

Lille Eurométropole Franco-Belge

▶ www.lillemetropole.fr

▶ www.euro-met.com

Malopolska Informatics Cluster

▶ www.eklaster.org

METEORISK Project

▶ www.meteorisk.com

MOSETO Project

▶ www.sensiblegebiete.at/eng/frameset.htm

OderRegio Project

▶ www.oderregio.org

Parc Marin International des Bouches des Bonifacio

▶ www.espaces-transfrontaliers.org/detail_projet.php?idprojet=21

Partenariat entre les CCI et Perpignan et de Girona

▶ www.espaces-transfrontaliers.org/detail_projet.php?idprojet=59

Perpignan / Leida : Création d'un Centre de Produits Agricoles Biologiques

▶ www.interreg3france-espagne.org/article.php3?id_article=106

Podkarpacka Aviation Valley

▶ www.dolinalotnicza.pl

POWER Project

▶ www.offshore-power.net

PUSEMOR Project

▶ www.pusemor.net

Radar du Nord

▶ www.espaces-transfrontaliers.org/detail_projet.php?idprojet=107

Regional Centre Programme

▶ www.intermin.fi/intermin/hankkeet/aky/home.nsf/pages/indexeng

Region Sachsendreieck

▶ www.region-sachsendreieck.de

REGINS Project

▶ www.regins.org

Réseau des Places Fortes

▶ www.fortifications.org

River Basin Agenda Alpine Space Project

▶ www.flussraumagenda.de

ScanBalt Campus Project

▶ www.scanbalt.org

SEAPLANE Project

▶ www.seaplane-project.net

Schéma de Développement Durable Transfrontalier pour l'Espace Mont-Blanc

▶ www.espace-mont-blanc.com

TECNOMAN Perspectives Project

▶ www.tecnoman.net

Ticaderu : Les Nouvelles Technologies au Service du Développement Rural

▶ www.ticaderu.com

Tisza River Basin Initiative

▶ www.rec.hu/tisza/

Urban Sustainability Indicators and the URBANGUARD Tool

▶ www.moi.gov.cy/moi/urbanguard/urbanguard.nsf

Wielkopolski Furniture Cluster

▶ www.klastermeblarski.warp.org.pl